



Reader

Vorwort zum Reader

InEUMANITY

In den letzten Jahren wurde in der europäischen Öffentlichkeit immer wieder die gleiche Einordnung der Rolle der EU im "Sommer der Migration" vorgenommen. Das Leiden und Sterben der Menschen auf dem Weg nach und durch Europa wird als ein unvermeidbares Naturunglück dargestellt, auf welches die EU nur mit humanitärer Notfallhilfe reagieren könne. Auch in der Zivilgesellschaft wird an diese Darstellung angeknüpft, indem lediglich Einzelschicksale skandalisiert werden und die einzige Forderung an europäische Repräsentant*innen ist, die humanitäre Hilfe zu verbessern. Dabei wird ausgeblendet, dass die EU durch ihre Außen- und Wirtschaftspolitik eine große Verantwortung an der Entstehung der Fluchtbewegungen trägt. Es wird vergessen, dass das Leid der Menschen während der gefährlichen Flucht nicht naturgegeben ist, sondern Folge einer politischen Entscheidung in Europa – der Entscheidung für die Abschottung. In der vereinfachten öffentlichen Darstellung erscheint das Abbremsen und Stoppen der Migrationsbewegungen als "Fluchtursachenbekämpfung". Doch nur eine tiefere Analyse der Geschehnisse, welche die neoliberale Globalisierung und deren Folgen wie Staatszerfall, Urbanisierung, gewaltsame Konflikte sowie soziale Ungleichheiten thematisiert, kann aufzeigen, wie Fluchtursache bekämpft werden können – aber richtig.

Mit diesem Reader wollen wir die Einflussnahme und das Handeln der EU thematisieren, indem wir die Zusammenhänge zwischen Fluchtursachen, Abschottungspolitik und europäischer Wirtschaftspolitik aufzeigen. Dafür haben wir Texte ausgesucht, die an einigen Beispielen deutlich machen, inwiefern die EU immer wieder daran beteiligt ist koloniale Abhängigkeiten aufrechtzuerhalten, Menschen, die fliehen und migrieren gewaltsam von den europäischen Zentren fernzuhalten und dieses Handeln immer wieder durch den Mythos der friedensstiftenden EU zu legitimieren.

Die ersten zwei Texte konzentrieren sich auf Fluchtursachen. Krieg, Umweltzerstörung und Perspektivlosigkeit können nicht nur lokal verstanden werden, sondern müssen in ihren globalen Zusammenhängen erklärt werden. Somit muss auch die Rolle der europäischen Staaten als globale Akteure stärker in den Fokus rücken. Zum Beispiel nutzt die EU Entwicklungsgelder als Druckmittel, um Freihandelsabkommen im Interesse Europas zu erpressen und somit unfaire Weltmarktbedingungen zu schaffen. Dabei gilt grundsätzlich, dass die Integration des globalen Südens in den internationalen Markt vor allem dazu führt, dass Gewinne ins Ausland fließen und nur noch für die Bedürfnisse des globalen Nordens produziert wird. All dies ist kein neues Phänomen, sondern muss als Folge und Fortsetzung kolonialer und imperialer Machtpolitik verstanden werden. Wir wollen eine tiefgründige Auseinandersetzung mit den Gründen, weshalb Menschen ihre Familie verlassen und die Gefahren einer Flucht auf sich nehmen. Der Kampf für die Aufnahme von Geflüchteten und das Recht auf Bewegungsfreiheit muss Hand in Hand gehen mit der Bekämpfung und Kritik an globaler Ungerechtigkeit.

Der Text „Im Namen der Demokratie: Flüchtlingsabwehr um jeden Preis“ füllt den Begriff Festung Europa mit Inhalt. Wichtig ist der Begriff vor allem seit die Bilder von Grenzzäunen auch aus überregionalen Medien nicht mehr wegzudenken sind. Tatsächlich meint der Begriff aber nicht die medienwirksame Schließung der Grenzen im Sommer 2015. Schon viel länger arbeiten EU Institutionen an einer Masse von Verträgen, Gesetzen und technologischen Neuheiten, die mittlerweile ein kompliziertes System von Regelungen bilden, welches es immer unmöglicher machen die EU lebend

zu erreichen. Dabei werden Deals mit autokratischen Staaten abgeschlossen, grundlegende Asylrechte massiv eingeschränkt, Grenzkontrollen schon auf den afrikanischen Kontinent ausgelagert (sog. Externalisierung von Grenzen) und neueste Technologie eingesetzt, um Menschen zu überwachen. Spätestens mit den systematischen Menschenrechtsverletzungen in Libyen ist unmissverständlich klar geworden, dass die EU die Toten und Verletzten nicht nur ignoriert, sondern als Geldgeberin der libyschen Einheitsregierung aktiv an der Herstellung der lebensgefährlichen und aussichtslosen Lage beteiligt ist. Welche Strategien und Entwicklungen sich dabei in den letzten Jahren abzeichnen, soll in diesem Text thematisiert werden.

Dabei stellt sich die Frage, weshalb die EU Milliarden von Euro für den Ausbau der Abschottung ausgibt und den Tod tausender Menschen vor den Grenzen in Kauf nimmt. Welche Interessen stehen hinter dieser Politik? Ist die europäische Abschottungspolitik Folge der zunehmenden Prekarisierung weiter Bevölkerungsteile und des damit einhergehenden Rechtsrucks? Einer Ideologie, die nicht die aktuelle Produktionsweise oder eine scheiternde Sozialpolitik in die Verantwortung zieht, sondern mit ihrer nationalistischen Denkweise die Migrant*innen, die unter den selben Produktionsbedingungen leiden, zum Feindbild macht. Oder ist diese Politik das Ergebnis neoliberaler Einwanderungspolitik, die zum einen in den Migrant*innen neue billige Arbeitskräfte sehen, aber auf die Ausgrenzung eines Großteils der Weltbevölkerung aus den nationalen Sozialsystemen angewiesen ist? Mit Texten von Fabian Georgi und Tobias Pieper wollen wir uns aus verschiedenen Perspektiven der Frage nähern, warum es die Festung Europa gibt und warum ein Großteil der Gesellschaft die grausamen Konsequenzen dieser Grenzen nicht hinterfragt.

Dieser Reader soll ein Anstoß sein, neben praktischer Solidarität und konkreter Unterstützung für Betroffene auch die grundsätzlichen Zusammenhänge der europäischen Migrationspolitik zu analysieren und zu kritisieren. Diese Analyse liefert die Erkenntnis, dass der Kampf um Bewegungsfreiheit untrennbar ist von einem Kampf gegen Rassismus, Nationalismus und Kapitalismus.

Inhaltsverzeichnis

Flüchtlingspolitik: Ein Jahr nach Lampedusa. Die Toten an den EU-Außengrenzen sind unvermeidlich – wofür?

Arian Schiffer-Nasserie

Warum fliehen Menschen? Ursachen von Flucht und Migration

Medico International / Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Im Namen der Demokratie: Flüchtlingsabwehr um jeden Preis

Johannes Simon

Der lange Sommer der Migration: Krise, Rekonstruktion und ungewisse Zukunft des europäischen Grenzregimes

Sabine Hess / Bernd Kasperek / Stefanie Kron / Mathias Rodatz / Maria Schwertl / Simon Sontowski

Widersprüche im langen Sommer der Migration. Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse

Fabian Georgi

The Role of Racism in the European ›Migration Crisis‹. A historical materialist perspective

Fabian Georgi

Migration, Kapitalverwertung und Nationalstaaten– ein Widerspruch?

Tobias Pieper

Flüchtlingspolitik: Ein Jahr nach Lampedusa

Die Toten an den EU-Außengrenzen sind unvermeidlich - wofür?

von Arian Schiffer-Nasserie

Weltrekord! Über 50 Millionen Menschen waren laut UNHCR im vergangenen Jahr auf der Flucht - mehr als je zuvor seit Weltkrieg Nummer 2 und allein sechs Millionen mehr als im Vorjahr. Ein kleiner Teil der Flüchtenden erreichte die Außengrenzen der EU und versuchte Mauern, Zäune und Seegrenzen ohne Erlaubnis des Staatenbündnisses zu überwinden.

Etwas mehr als ein Jahr liegt die „Flüchtlingskatastrophe“ von Lampedusa bereits zurück. An öffentlicher Anteilnahme, an zur Schau gestellter Scham, Trauer und Betroffenheitsbekundungen der europäischen Eliten hatte es danach ja keinesfalls gemangelt. Sogar politische Konsequenzen wurden in Aussicht gestellt: Alles sollte anders werden. Davon will man ein Jahr später kaum noch etwas wissen.

Allein seit dem 3. Oktober 2013 kostete der Versuch der unerlaubten Einreise mehr als 3000 Menschen das Leben. Das ist ebenfalls Rekord. Die meisten von ihnen ertranken im Mittelmeer - und das während einer flüchtlingspolitischen Sonderphase, in der die italienische Küstenwache die Seenotrettung von Flüchtlingen noch vor deren Abwehr stellte. Innerhalb eines Jahres rettete das Programm „Mare Nostrum“ nach Angaben der Regierung in Rom und gegen den Willen der Bundesrepublik, die sich an den Kosten nicht beteiligen wollte, zum Preis von ca. 9 Mio. Euro monatlich immerhin 120.000 Menschenleben. Das Nachfolgeprogramm „Triton“ bemüht sich denn inzwischen auch wieder ganz im Sinne der Bundesregierung um die gewünschte Abschreckung, Abschottung und Abschiebung; mit den bekannten Folgen.

So geht das Sterben rekordverdächtig weiter. Entgegen aller öffentlichen Verlautbarungen hat das Flüchtlingselend also offenbar doch viel mehr mit den vitalen Interessen der europäischen Staaten zu tun, als dies Politik-, Presse-, und Kir-

chenvertreter öffentlich wahrhaben wollen. Wenngleich die vielen Grenztoten der EU - im Unterschied zu den etwa 200 Maueropfern in 40 Jahren DDR-Geschichte - nicht zur Verurteilung eines Staats oder gar eines ganzen Staatenbündnisses herangezogen werden dürfen und ein Schluss auf das ökonomische System des Westens unerwünscht ist, so ist Kritik doch erlaubt und wird auch geäußert: Europaweit werfen Flüchtlings- und Kirchengruppen, Linke und Menschenrechtler den Verantwortlichen Abschottung vor. Sie konstatieren, dass die EU keinen Schutz *für* Flüchtlinge, sondern Schutz *vor* Flüchtlingen betreibe. Öffentlich verurteilt werden die Repräsentanten der EU für ihre angeblich „unterlassene Hilfeleistung“ (vgl. etwa H. Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 7. 10. 2013) und ihre „Verantwortungslosigkeit“.

Der vorliegende Beitrag will die hier angerissenen Aspekte in zwei Teilen genauer untersuchen. Teil eins geht der Frage nach, warum und wofür die Flüchtlinge und ihr massenhafter Tod an den EU-Außengrenzen - allen öffentlichen Beteuerungen zum Trotz - offenbar unvermeidlich sind. Teil zwei behandelt die öffentliche Auseinandersetzung und Kritik nach der so genannten „Flüchtlingskatastrophe von Lampedusa“ anhand von drei Beispielen.

Teil I - Fluchtursachen und Flüchtlingspolitik

Wenn in Deutschland über die Lage von Flüchtenden, über Flüchtlingskatastrophen und Flüchtlingspolitik nachgedacht und gestritten wird, dann zeichnen sich bei aller Kontroversität zwei als selbstverständlich unterstellte Vorannahmen ab:

Die erste geht davon aus, das Flüchtlingselend müsse eigentlich nicht sein, wenn nur alle Beteiligten - also die Flüchtlinge aus den Armut- und Kriegsregionen



Foto: Patryk Witt/Zentrum für Politische Schönheit

Mauerkreuze an der EU-Außengrenze, Aktion des Zentrums für Politische Schönheit, 2014 (<http://www.politicalbeauty.de/>)

selbst, die Regierungen ihrer Herkunftsländer, die Schleuser, Frontex und die (un)verantwortlichen Politiker der EU – ihrer Verantwortung korrekt nachkämen. Auf diesem festen Glaubenssatz baut die deutsche Diskussion mit viel Emphase auf und es wird munter je nach politischer Position darum gerechnet, wem die Schuld für den massenhaften Tod auf dem Meer zu geben sei. Die Antworten fallen den politischen Standpunkten entsprechend, also leider in aller Regel äußerst gehässig, aus.

Vorannahme zwei diskutiert Deutschland ausschließlich als Aufnahme- und Helferland oder zumindest als potentielle Schutzmacht für die Bedrängten dieser Welt. Flüchtlingsfeinde und Flüchtlingsfreunde teilen einträchtig auch diesen Grundsatz – um auf dessen Basis wild darüber zu streiten, ob Deutschland schon viel zu viele Flüchtlinge aufnehme oder aber seiner humanitären Verantwortung ganz unzureichend gerecht werde.

In Anbetracht solcher Gewissheiten erscheint es angezeigt, zunächst die in der deutschen Flüchtlingsdiskussion bezeichnend wenig thematisierten Fluchtursachen zu betrachten. Sie sind dazu geeignet, einige grundlegende Illusionen der Diskussion in Frage zu stellen. Es wird sich zeigen, dass das Flüchtlingseleid keinesfalls auf vermeidbares Fehlverhal-

ten der Beteiligten zurückzuführen ist – also auch nicht durch moralisierende Appelle an die vermeintlich Schuldigen zu bewältigen ist – sondern regelrecht *systematische* Ursachen hat. Die zentrale These lautet: *Die Flüchtlinge und ihre leichenträchtige Abwehr sind für die ökonomischen, politischen und militärischen Interessen der EU unvermeidlich.* Dies soll im Folgenden bewiesen werden.

Ökonomisch sind die Flüchtlinge für den europäischen Kapitalismus unvermeidlich,

1. weil die EU – Deutschland vorneweg – mit überlegenen Unternehmen und subventionierten Waren die afrikanischen und arabischen Ökonomien erfolgreich kaputt konkurriert und den betroffenen Menschen damit ihre Lebensgrundlage nimmt. Dies geschieht durch die Zerstörung traditioneller Wirtschaften und Märkte, wo diese noch vorhanden sind (zum Beispiel durch den Export von Hühnchenflügeln und Schlachtabfällen aus Niedersachsen in die Märkte Zentralafrikas). Oder durch die Ruinierung der heimischen Unternehmen, insbesondere der verarbeitenden Gewerbe (zum Beispiel der Fischindustrie des Maghreb), die dann ihrerseits keinen Gebrauch mehr von den eigentumslosen Arbeitskräften machen, so dass die abhängig Beschäftigten ihrer Existenzgrundlage

beraubt sind,

2. weil die Lebensmittel bzw. fruchtbaren Böden (zum Beispiel die Palmölplantagen in der Elfenbeinküste, Rosen aus Kenia, Erdnüsse aus dem Senegal usw.), die Fischfanggebiete (Beispiel Mauretanien) und die Rohstoffvorkommen ihrer Heimat (zum Beispiel Uran aus Niger, Tschad und Mali) exklusiv der Verwertung westlicher Kapitale dienen - und damit der örtlichen Bevölkerung als Lebensgrundlage entzogen werden,

3. weil die Menschen vor Ort zwar genau wie die abhängig Beschäftigten in Europa

wortlich um den eigenen Gelderwerb kümmern zu dürfen, die tatsächliche Möglichkeit dazu in ihrer Heimat keineswegs einschließt.,

5. weil die Überflüssigen seit der Eurokrise selbst als Wanderarbeiter und Erntehelfer in der EU weniger gebraucht werden. Und dort, wo sie weiterhin beschäftigt werden, besteht die bittere Ironie ihres „Glücks“ darin, dass sie mit ihren Dritte-Welt-Löhnen kombiniert mit der Produktivität europäischer Betriebe unfreiwillig dazu beitragen, den auswärtigen Erfolg Europäischer Unternehmen

Exkurs zu den Fortschritten der freiheitlichen Weltordnung

Man kann es gar nicht oft genug betonen: Freiheit - nicht Zwang charakterisiert das Elend der Überflüssigen in der heutigen Weltordnung! Wurden zu Kolonialzeiten die Arbeitssklaven zwangsweise in Ketten und auf Kosten ihrer europäischen und amerikanischen Anwender über das Meer geschifft, so ist die Situation im Zeitalter der globalen Geltung von Freiheit und Eigentum weit fortgeschritten: Die ehemaligen Sklaven rudern inzwischen selber! Und zwar aus eigenem Entschluss und auf eigene Kosten als freie und eigentumslose Personen. Die ehemaligen Kolonial- und Sklavenhalterstaaten in Europa und Nordamerika, inzwischen allesamt Hüter der universellen Menschenrechte, können bequem nach eigenem Bedarf entscheiden, ob und wem sie die Gnade gewähren, in ihren Ländern den privaten Reichtum ihrer Unternehmen zu mehren. Wenn schon nicht in der Vermeidung von Not und Leid, so sind die neuen Weltordnungsmächte ihren historischen Vorgängern zumindest bezüglich dieser freiheitlichen und grundsoliden Herrschaftstechnik weit überlegen ...

in Ermangelung alternativer Lebensgrundlagen existenziell darauf angewiesen sind, von einem Arbeitgeber angewendet zu werden, um leben zu können, im Unterschied zu europäischen Arbeitnehmern aber in der Regel als Lohnabhängige nicht gebraucht werden, sich in der Konkurrenz um Lohnarbeit folglich immer weiter unterbieten und deshalb massenhaft verelenden,

4. weil sie also für das kapitalistische Geschäft in der großen Masse schlicht überflüssig sind, d.h. „Überbevölkerung“, die stört, wo immer sie rumvegetiert und deshalb nicht selten ein Fall für die Armut-, Kriminalitäts-, und Aufstandsbekämpfung durch Polizei, Militär und Ordnungspolitik werden. Mit anderen Worten: Weil die Freiheit, die den ehemaligen Kolonisierten gewährt wird, sich selbstverant-

und damit die Ruinierung der heimischen Ökonomie ihrer Herkunftsländer weiter voran zu treiben,

6. weil Weltbank und IWF darauf bestehen, dass die arabischen und afrikanischen Staaten die Ernährung ihrer Völker nicht subventionieren dürfen, wenn sie weiterhin vom Westen Kredit wollen. (Die Liste ließe sich leider noch fortsetzen.)

Politisch sind die Flüchtlinge eine notwendige Folge westlicher Weltordnung,

1. weil nicht geduldet wird, wenn sich die Überflüssigen in ihrer Not gegen ihre politische Herrschaft auflehnen oder anderen politischen Mächten zuwenden, sofern dies den Ordnungsvorstellungen europäischer und amerikanischer Mächte widerspricht. Historisch war dies in der Phase der Entkolonialisierung der Fall,

als sich viele Befreiungsbewegungen der gerade entstehenden Dritten Welt Hilfe suchend an die alternative Weltmacht UdSSR oder die junge Volksrepublik China wandten und dafür direkt (Korea, Vietnam, Laos, Kambodscha, Algerien, Simbabwe usw.) oder indirekt (Kuba, Chile, Nicaragua, Angola, Namibia, Mocambique, Palästina, Ägypten, Syrien usw.) mit Stellvertreterkriegen, Milizen und Embargos vom Westen bekämpft wurden. Heute ist das der Fall, wenn entsprechende Staaten oder Bewegungen ihr Heil in der ökonomischen Erschließung durch China, durch Bündnisse und Beistandsbekundungen mit den „Schurken“ der Weltordnung, insbesondere Russland, Iran, Kuba, Venezuela und Nordkorea oder in der Hinwendung zum politischen Islam entdecken,

2. weil EU und USA die Verzweifelten in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten in Zentralasien für ihre Einfl ussnahme auf die Regionen zu instrumentalisieren suchen und westliche Regierungen die Aufstände der Überfl üssigen – je nach Bedarf – gegen unliebsame Regierungen unterstützen oder unterdrücken (Syrien, Libyen, Libanon, Iran, Ägypten usw.),

3. weil sie, wo dies zur Durchsetzung der eigenen Interessen opportun erscheint, zur ethnischen und religiösen Spaltung ganzer Staaten beitragen und die dafür nötigen Kriege fi nanzieren (früher Eritrea, heute Sudan, Irak, Syrien), so dass ethnische Säuberungen und Vertreibungen die zwangsläufige Konsequenz sind,

4. weil die Staaten des Westens unliebsame Bewegungen und Organisationen bespitzeln, verfolgen, ihre Mitglieder und deren Angehörige foltern, sie mit Drohnen beschießen, sie von Milizen vernichten lassen usw. (Jemen, Pakistan, Somalia, Afghanistan...),

5. weil sie befreundete und verbündete Regime bei ihrer Kriegführung unterstützen (Saudi-Arabien, Katar, Arabische Emirate, Jordanien, Türkei usw.), d.h. Diktaturen, Demokratien, Monarchien und Gottesstaaten für ihre Beiträge zur westlichen Weltordnung aus- und aufrüsten und so von sich abhängig machen,

6. weil sie mit Wirtschaftsembargos und Blockaden die Lage der Völker in unliebsamen Staaten weiter zu verschlechtern suchen (allein dem Irak-Embargo der USA, politisch gegen S. Hussein gerichtet, fi elen durch Mangelernährung und fehlende Medikamente 500.000 irakische Kinder zum Opfer), um sie in Hungeraufständen gegen ihre Regierung aufzubringen,

7. weil sie Putschs gegen antiwestliche Regierungen, die auf demokratischem Wege an die Macht gekommen sind, und dazugehörige Militärdiktaturen offen unterstützen (Algerien) oder zumindest decken und militärisch ausrüsten (Ägypten).

Und militärisch sind Flüchtlinge Teil der „Kollateralschäden“ des westlichen Engagements,

weil die USA und die EU-Staaten überall dort, wo diese friedliche Diplomatie nicht ausreicht, um ihre Interessen durchzusetzen, entweder im Alleingang, im NATO-Bündnis oder in einer Koalition der Willigen zur offenen Kriegführung übergehen, Söldnertruppen zusammenstellen oder gleich selber „Luftschläge erteilen“, bombardieren, einmarschieren und besetzen. Und das alles bekanntlich nur – um die „Zivilbevölkerung zu schützen“.

Die Flüchtenden sind also tatsächlich die ebenso unerwünschte wie unvermeidliche Konsequenz der ökonomischen, politischen und militärischen Konkurrenzanstrengungen der EU-Staaten, ihrer Verbündeten und ihrer Unternehmen. Die Flüchtenden sind der auch in den Metropolen wahrnehmbare Ausdruck der Ruinierung weiter Teile der Welt durch die herrschende Weltordnung.

Flüchtlingspolitik an den Grenzen der Europäischen Union Schließlich werden die Überfl üssigen und Vertriebenen dann noch Opfer der ebenfalls für die EU-Staaten notwendigen Grenz- und Flüchtlingspolitik: Wenn nämlich diese viel zitierte „Zivilbevölkerung“, auf die sich die westlichen Staaten so gerne bei ihren Kriegsbegründungen berufen, den oben aufgezählten Horror überlebt und aus ihrer Verzweiflung und Ohnmacht den

Schluss zieht, nach Europa oder Nordamerika zu fliehen, dann muss diese Zivilbevölkerung erfahren, dass die „humanitäre Hilfe“ des Westens so nicht gemeint war.

Als Flüchtlinge stoßen sie an die Außengrenzen der Europäischen Union und dürfen nicht einreisen. Der sichere und unkomplizierte Zugang mit Fähren und Fluggesellschaften von ihren Heimatländern aus – die ja nicht selten zugleich beliebte Destinationen des Ferntourismus sind – bleibt ihnen ohne rechtlichen Aufenthaltstitel der EU verwehrt. Jede Hoffnung der „unschuldigen Zivilbevölkerung“, der „schutzlosen Männer, Frauen und Kinder“ auf legale und sichere Weise diesem Horror zu entgehen, wird durch ein hermetisches Grenzregime zunichte gemacht. Der Versuch, es auf unerlaubte Weise doch zu tun, also illegal einzureisen, kostet dann weiteren Tausenden das Leben.

Es ist insofern auch konsequent, dass Fischer nicht helfen und vorbeifahrende Container-, und Kreuzfahrtschiffe die Ertrinkenden nicht retten, ihre Hilferufe nicht erhören, da den Rettern möglicherweise Strafe droht. Es ist auch nur folgerichtig, dass Überlebende angeklagt werden und Fluchthelfer mit hohen Strafen rechnen müssen, noch bevor alle Leichen beseitigt sind, damit kein falsches Signal an jene ergeht, die auf der anderen Seite des Meeres noch leben.¹

Zwischenfazit

Die Flüchtlinge sind notwendig, weil die Ruinierung der Existenzgrundlagen der eigentumslosen Massen in der Dritten Welt zwar nicht der Zweck, aber doch die unvermeidliche Folge der europäischen Wachstumspolitik und ihrer außenpolitisch-militärischen Flankierung ist. Der Zugang der Überflüssigen in die EU ist unerwünscht und folglich vom Gesetzgeber verboten, weil sie in den Zentren nicht gebraucht werden, also nur eine Belastung und Gefährdung der inneren Ord-

nung darstellen. Die Toten an den EU-Außengrenzen sind die zivilen Opfer dieses Erfolgswegs des Europäischen Staatenbündnisses.

Die politökonomische Notwendigkeit des EU-Imperialismus Die oben dargestellte ökonomische, politische und militärische Ruinierung ganzer Weltgegenden durch die EU, ihre Verbündeten und ihre Unternehmen ist – die nötige Unbefangenheit vorausgesetzt – kaum zu übersehen. Und Deutschland ist innerhalb der EU deren größter Nutznießer und folglich auch eine treibende Kraft entsprechender Machenschaften. Will man nicht von der theoretisch unbefriedigenden Idee von lauter „Fehlentwicklungen“ und „Verstößen“ ausgehen, so stellt sich die Frage: Warum betreiben kapitalistisch erfolgreiche Staaten, in diesem Fall also die Staaten der EU, eine so grauenvolle Politik? Die Antwort kann im Rahmen dieses Beitrages nur in stark komprimierter Form in ihrem politökonomischen Kern gegeben werden:

Kapitalwachstum ist die wirtschaftliche Grundlage der politischen Macht der Bundesrepublik wie aller marktwirtschaftlicher Staaten. Von der KiTa über die Autobahn bis zum Panzer kauft sich der moderne Staat die Mittel seiner Politik. Deshalb setzen sich deren Regierungen parteiübergreifend für Wachstum ein. Denn nur wenn private Unternehmen aus ihrem Geld mehr Geld machen, bekommen die Lohnabhängigen überhaupt Arbeit und Gehalt, machen die Unternehmen Gewinne, findet Handel und Kreditgeschäft statt. Und nur dann kann der Fiskus all diese privaten Einnahmequellen, ganz besonders den Lohn, besteuern, d.h. teilweise enteignen, verstaatlichen und schließlich auf das so geschaffene Steueraufkommen seine Verschuldungsfähigkeit gründen. Wachstum, das schon seinem Begriff nach maßlos ist, muss deshalb sein: Wachstum ist die Staatsräson bürgerlicher Herrschaft. Je mehr desto besser. Auf die menschlichen und natürli-

1. Zu dieser Strategie gehört es auch, zum Zwecke der Abschreckung in den Herkunfts- und Transitländern Filme über den qualvollen Tod der Flüchtlinge zu zeigen, die diesseits des Mittelmeeres den Fernsehzuschauer eher nicht zugemutet werden sollen.

chen Grenzen des kapitalistischen Wachstums nehmen moderne Staaten in ihrer Sozial- und Umweltpolitik deshalb nur dann Rücksicht, wenn sie sich davon „nachhaltig“ noch mehr Wachstum versprechen. Und in ihrer Wirtschafts- und Außenpolitik setzen sie sich deshalb dafür ein, dass auch die nationalstaatlichen Grenzen ihrer eigenen Herrschaft keine Grenzen der kapitalistischen Akkumulation darstellen. Im Unterschied zu der eher idealistischen Forderung der radikalen Flüchtlingsfreunde gilt hier wirklich: Grenzen auf für alle! Nämlich für ausländische Rohstoffe, für Waren, Geld, Kapital und ggf. auch für ausländische Arbeitskräfte, wenn diese für die nationale Bilanz wachstumsdienlich sind. Damit die staatlichen Grenzen ihre wachstumsbeschränkende Wirkung verlieren und der kapitalistische Erfolg ihrer Unternehmer

möglichst globale Ausmaße annimmt, bemühen sich Politiker mit aller Macht um die Konvertibilität ihrer Landeswährungen, Zollbestimmungen, Handelsverträge, Abkommen und so weiter. Sie sind also nicht die ohnmächtigen Opfer, sondern die mächtigen Akteure und im Falle der Bundesrepublik auch die Profiteure der allseits beschworenen Globalisierung!

Stichwort EU-Binnenmarkt Sowohl innerhalb Europas als auch weltweit soll deutsches Kapital auf Kosten auswärtiger Konkurrenten expandieren und damit auch auf Kosten anderer Staaten wachsen. Entgegen aller Beteuerungen von Unternehmern, Politikern und Volkswirtschaftlern ist die globale Konkurrenz nämlich weder eine harmonische Einrichtung der „internationalen Arbeitsteilung“

Exkurs zum Pazifismus von SPD, Grünen und Linkspartei

Die Parteigeschichte der deutschen Sozialdemokratie als großes Drama des 20. Jahrhunderts, die Geschichten der Grünen und der Linkspartei als zunehmende Farce; sie alle geben für die o.g. Behauptung die praktische Anschauung. Sie belegen nämlich ebenso die sozial- und friedenspolitische Ernsthaftigkeit der genannten Parteien in ihrer stürmischen Gründungsphase als auch den mühevollen Weg hin zu einer realpolitischen Kraft, die sich zur Regierungsfähigkeit des deutschen Kapitalismus vorgearbeitet hat und die dafür nötigen Härten selbstbewusst vertritt. Das hat einen logischen Grund:

Wer sich vornimmt, den Kapitalismus im Interesse seiner Opfer zu regieren, die politische Macht in der Bundesrepublik also im Namen der Armen und Entrechteten zu erobern, der muss eben auch auf die *ökonomische Grundlage* dieser Macht und ihre weltweiten Verwertungsbedingungen Rücksicht nehmen. Das schließt zahlreiche innen- und außenpolitische Rücksichtslosigkeiten gegen genau jene Adressaten der sozialen, ökologischen und pazifistischen Machtausübung ein, die man im Ausgangspunkt zu beglückten gedachte.

Die interne Begründung für solche Härten auf den entsprechenden Parteitaggen verweist ganz systemimmanent darauf, dass mit einer kriselnden Ökonomie, mit Massenarbeitslosigkeit und leeren Staatskassen auch niemand gedient sei und außenpolitisch ein „robustes Auftreten“ unumgänglich sei, gerade um die hohen Werte der Partei zu verteidigen. Was der Sache nach das Eingeständnis ist, dass sich die bürgerliche Staatsgewalt entgegen der anfänglichen Parteiideale doch nicht einfach zu einer Hilfseinrichtung für ihre Opfer umwidmen lässt, wollen die sozialen Demokraten natürlich genau umgekehrt verstanden wissen; nämlich so, dass ihre Brutalitäten letztendlich nur die realpolitische Vervollkommnung ihrer pazifistischen Ideale seien. Ein solcher politischer Reifungsprozess von der außerparlamentarischen Protest- zur parlamentarischen Oppositions- und schließlich kriegsbereiten Regierungspartei braucht seine Zeit und geht nicht ohne Ausgrenzung von so genannten „Spinnern“ oder „Fundamentalisten“ ab, die darauf insistieren, dass der Kapitalismus „System hat“, also nicht parlamentarisch zu verbessern, sondern revolutionär zu überwinden ist ...

noch eine unsichtbare, aber segensreiche „Hand“, die zum gemeinsamen Nutzen aller Teilnehmer wirkt. Die Ergebnisse der deutschen Konkurrenzanstrengungen sind vielmehr innerhalb der EU (z.B. gegenüber Griechenland) als auch global – z.B. im Verhältnis zur sog. Dritten Welt zu besichtigen.

Weil sich das angestrebte grenzüberschreitende Wachstum somit gegen andere Staaten und deren Kapitalwachstum richtet, bedarf es der diplomatischen, politischen und notfalls militärischen Durchsetzung durch die Staaten mit erfolgreicher Kapitalakkumulation. Es ist insofern kein Zufall, dass die kapitalistisch erfolgreichen Staaten zugleich auch die politischen Hauptakteure auf der Welt sind. Denn je größer und erfolgreicher das akkumulierte Kapital bereits ist, desto größer wird das Bedürfnis nach globaler Expansion. Zugleich liefern die weit entwickelten kapitalistischen Unternehmen ihren Staaten die finanziellen Mittel und die technisch-militärische Ausrüstung, um das imperialistische Bedürfnis erfolgreich durchzusetzen. Der kapitalistische Erfolg auf dem Weltmarkt und die Durchsetzung als nationalstaatliche Weltmacht bedingen sich also wechselseitig.

Das war es also, was der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler – vielleicht etwas ungeschickt – bei einem Interview für das Deutschlandradio am 22. Mai 2010 im Hinblick auf künftige Kriegseinsätze der Bundeswehr seinem Volk sagen wollte:

„Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum

Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen. Alles das soll diskutiert werden und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg. [...] Es wird wieder sozusagen Todesfälle geben. Nicht nur bei Soldaten, möglicherweise auch durch Unfall mal bei zivilen Aufbauhelfern. [...] Man muss auch um diesen Preis sozusagen seine am Ende Interessen wahren. [...]“ (Horst Köhler am 22. Mai 2010 in einem Interview mit dem Deutschlandradio)

Und das weiß auch der aktuelle Bundespräsident Gauck, wenn er von einer größeren „Verantwortung“ Deutschlands in der Welt spricht.

Die nationalstaatlich verfasste Marktwirtschaft ist also der zwingende politökonomische Grund für jene Maßnahmen, die oben in groben Zügen dargelegt wurden. Es sind also gerade *nicht* die Einstellungen oder Denkweisen der Regierenden wie Chauvinismus, Eurozentrismus, Paternalismus (deren Existenz in Teilen der Elite deshalb überhaupt nicht bestritten werden muss). Imperialismus ist auch keine Frage der friedenspolitischen Ernsthaftigkeit der politischen Parteien. Der aggressive und zerstörerische Charakter des außenpolitischen Engagements kapitalistischer Gewinnerstaaten ist überhaupt keine Frage guter oder schlechter Politik, friedliebender oder aggressiver Parteiprogramme.

Erst recht ist Imperialismus – um diesen alten und beinahe tabuisierten Begriff noch einmal zu verwenden – kein Spezifikum besonders „böser“ Nationen, die je nach Standpunkt wahlweise in den USA, Großbritannien, China, Japan oder in Deutschland ausgemacht werden.² Der skizzierte Imperialismus ist schlicht ein politökonomisches Funktionserfordernis

2. Die Beurteilung von Kriegen im Hinblick auf deren Rechtfertigung, die so beliebte Unterscheidung zwischen fremder böser und eigener guter Gewalt (bei Linken ist es manchmal auch anders herum), die Frage, wem auf dem imperialistischen Schlachtfeld unsere Sympathie gebührt – all diese Anstrengungen zeugen überhaupt nur vom parteilichen Nachvollzug der praktischen imperialistischen Konkurrenz.

in nationalstaatlich regierten und erfolgreich wachsenden Marktwirtschaften, das deren Politiker machtvoll gegen andere Staaten durchsetzen und dafür die eigene Bevölkerung rücksichtslos in Anspruch nehmen.

Teil II - Flüchtlingspolitischer Diskurs

Die steigenden Flüchtlingszahlen sind also ein Resultat der außenpolitischen Durchsetzung des Wachstumsprogramms für den Standort Deutschland. Weil die Flüchtlinge und ihr massenhafter Tod ebenso unerwünscht wie unvermeidlich sind, wird ihr Leid in der politischen Öffentlichkeit

- in „normalen“ Zeiten *verharmlost* oder gelegnet und kommt höchstens als Randnotiz in den großen Zeitungen vor;
- in Zeiten besonders großer Leichenberge direkt vor der eigenen Küste wird das Elend als „Drama“ oder „Tragödie“ *skandalisiert* und damit gleichsam das alltägliche Sterben als Normalität *affirmiert*;
- mit staatlichen Ehren und unter Tränen und aufrichtiger Anteilnahme der EU-Prominenz bedacht, während die Grenzsicherung gleichzeitig verschärft ausgebaut wird;
- und bei Bedarf derart umgedeutet, dass sich die Politik im Namen der „Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort“ einen neuen Auftrag zu noch mehr wirtschaftlicher, politischer und militärischer „Verantwortung in der Welt“ erteilt.

Bereits diese verlogenen Diskurse von Politik und Presse werfen ein Licht darauf, dass die erste und die vierte Gewalt offenbar ein Bewusstsein davon haben, dass es für die Staatsräson der Bundesrepublik keine grundlegende Alternative im Umgang mit Flüchtlingen gibt. Anhand von drei Beispielen, nämlich anhand der öffentlichen Stellungnahmen von Politik, Presse und Pro Asyl soll dieser Diskurs nun näher betrachtet werden.

1. „Scham und Trauer“ - die Selbstinszenierung der Macht

Konfrontiert mit der öffentlichen Empörung nach dem hundertfachen Tod der Flüchtlinge vor Lampedusa am 3. Oktober 2013 betreibt Bundespräsident Gauck am Folgetag anlässlich der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes zum Tag der Deutschen Einheit im Schloss Bellevue eine gekonnte Selbstanklage, bei der er – immerhin gelernter Pfarrer – mit der größten Selbstverständlichkeit alle seine Bürger – ob arm, ob reich, ob mächtig oder ohnmächtig – geradezu gleichmacherisch mitverantwortlich macht:

„Leben zu schützen und Flüchtlingen Gehör zu gewähren, sind wesentliche Grundlagen unserer Rechts- und Werteordnung. Zuflucht Suchende sind Menschen – und die gestrige Tragödie zeigt das – besonders verletzte Menschen. Sie bedürfen des Schutzes. Wegzuschauen und sie hineinsegeln zu lassen in einen vorhersehbaren Tod, das missachtet unsere europäischen Werte.“

Damit gibt der Bundespräsident das Muster der öffentlichen Befassung vor. Gemäß der selbst formulierten Anklage lautet der Vorwurf auf *unterlassene Hilfeleistung bei der Rettung der Flüchtlinge*. Bereits durch diese Anklage ist die Bundesrepublik von jeglicher ursächlichen Verantwortung sowohl für die Not der Flüchtlinge in ihren Heimatländern als auch für die tödlichen Konsequenzen ihrer Flucht frei gesprochen. Überhaupt bezichtigt der oberste Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland keineswegs den Staat, dem er vorsteht, sondern großzügig seine Ehrengäste in ihrer Rolle als Rechts- und Wertegemeinschaft. Die angesprochenen Werte sind zwar nicht weiter erläuterungsbedürftig und ohnehin über jeden Zweifel erhaben, erleiden aber ausgerechnet am Nationalfeiertag durch den massenhaften Tod vor Lampedusa einen Imageschaden, so dass ein wenig Scham, Trauer und Betroffenheit dem zur moralischen Gemeinschaft verkärten Staatswesen gar nicht schlecht zu Gesicht steht. Das sieht auch der parteivorsitzende Sozialdemokrat Gabriel so und lässt in Bild am Sonntag wissen, um wen er sich Sorgen macht: *„Was auf Lampedusa passiert, ist eine große Schande*

für die Europäische Union.“(zitiert nach SZ vom 5. 10. 2013)

Nachdem die Stirn den Erfordernissen entsprechend ein paar Momente in dunklen Sorgenfalten verharret, kann der eingangs zitierte Präsident am Ende derselben Rede übrigens auch schon wieder frohlocken: *„Ich weiß schon jetzt, dass ich mich im nächsten Jahr um diese Zeit mit einem Lächeln an diesen Tag erinnern werde.“*

die nächsten Toten auch schon am Folgetag einstellen.

Ganz ähnlich melden sich die meisten Politiker in Deutschland und der EU zu Wort. Ihren Streit über die Dublin II- bzw. Dublin III-Verordnung, also über die Lastenverteilung bei der Flüchtlingsabwehr, die Internierung der Flüchtlinge in meist privatisierten Lagern, über Prozessdurchführung und Abschiebung inszenieren sie unter Berufung auf die Ka-

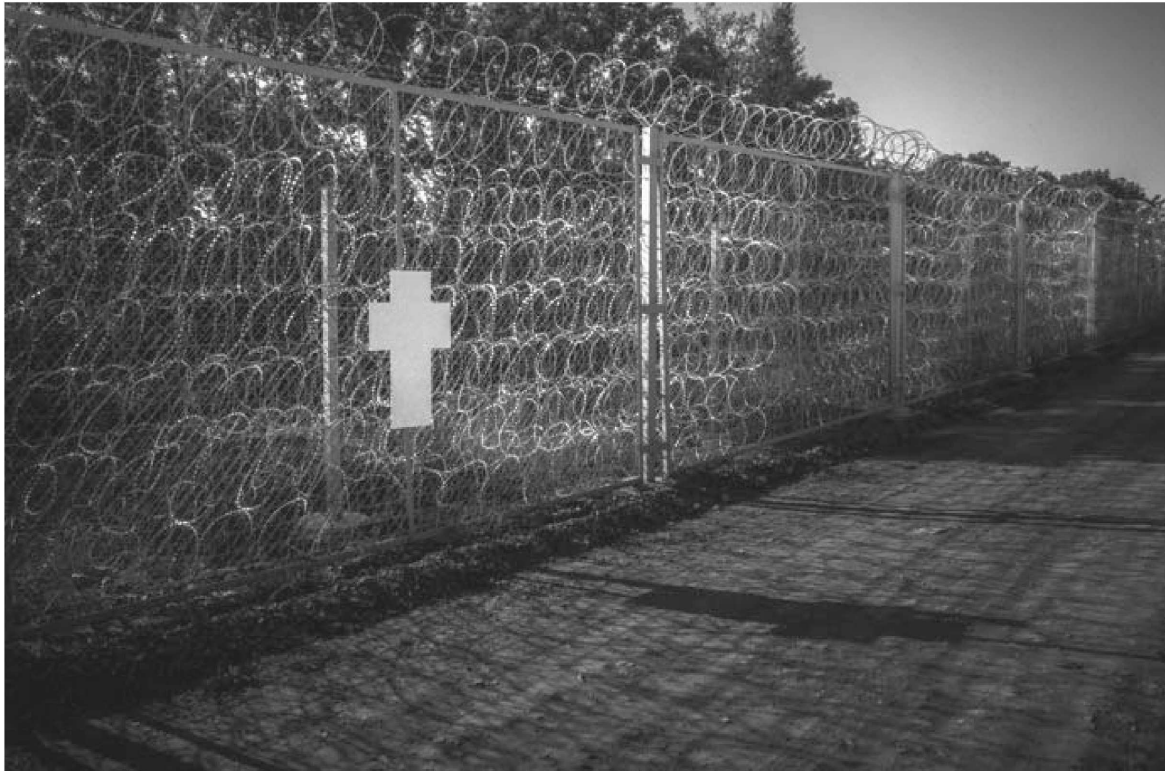


Foto: Patryk Witt/Zentrum für Politische Schönheit

Mauerkreuze an der EU-Außengrenze, Aktion des Zentrums für Politische Schönheit, 2014 (<http://www.politicalbeauty.de/>)

Ebenso realpolitisch wie hochideologisch greift der damalige Innenminister Friedrich (CSU) den Vorwurf der unterlassenen Hilfeleistung auf und erteilt sich selbst, seinem Ministerium und seinen Beamten den einzig systemgemäßen Auftrag für einen verbesserten Flüchtlingsschutz: *„Fest steht, dass wir noch stärker die Netzwerke organisierter und ausbeuterischer Schleusungskriminalität bekämpfen müssen.“* (SZ vom 5. 10. 2013) Dies freilich, ohne deren Geschäftsgrundlage, immerhin die eigene Flüchtlingspolitik, auch nur in Betracht, geschweige denn in Zweifel zu ziehen, so dass sich

tastrophe auf einem Innenministertreffen im Oktober 2013 in Brüssel als Lehren aus den schrecklichen Ereignissen von Lampedusa. Am Ende der Konferenz bleibt alles beim Alten. Deutschland setzt sich gegen Italien, Spanien und Griechenland durch, die auch weiterhin als Erstaufnahmeländer größtenteils die Flüchtlingsabwehr im Interesse Deutschlands zu bewältigen haben. Ganz nebenbei gelingt den versammelten Demokraten unter Mithilfe der meisten Leitmedien dabei die Umdefinition vom tödlichen Problem der Flüchtlinge zum Flüchtlingsproblem der EU! So weit, so brutal, so konsequent

...

2. „Krokodilstränen der Politik“ - die Anklage der kritischen Presse

Entgegen der geheuchelten Warnung etwa der ehemaligen Ausländerbeauftragten der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU), das Mittelmeer dürfe kein Massengrab werden, beginnt Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 7. 10. 2013 den Kommentar „Das Boot ist leer“ mit einer bewussten Entgegensetzung:

„Das Mittelmeer ist (!) ein Massengrab. Die toten Flüchtlinge sind Opfer unterlas-

Hauptinhalt dieser Politik ist.“ (Hervorh. d. Verf.)

Prantl beschönigt nichts und er differenziert. An Stelle einer pauschalisierenden Kollektivverurteilung nach dem Motto „Wir alle“ nennt er das entscheidende Subjekt beim Namen: Die EU-Politik und ihre karrierebewussten Vertreter! Prantl kennt die Prioritäten der Flüchtlingspolitik und sogar ihren Zweck, wenn er festhält: *„In dieser Politik hat die Abwehr von Menschen Vorrang vor der Rettung von Menschen. [...] Der Tod der Flüchtlinge*

„Grenzen auf für alle!“ - Exkurs zur Kritik der radikalen Flüchtlingsfreunde

Wollen die wenigen ernsthaften Kritiker dieses tödlichen Programms wirklich bei der ebenso bornierten wie unrealistischen Forderung stehen bleiben, dass die Staaten, die dieses globale Elend samt lokaler Flüchtlingspolitik zu verantworten haben, ausgerechnet ihre Grenzen für jene öffnen sollen, mit denen Staat und Kapital schon in ihrer Heimat nichts anzufangen wissen? Wollen sie ihre Kritik nicht auf die *Ursachen der Not und deren Verursacher* richten, sondern die Täter erst fälschlich zu Rettern verklären, um diese schließlich wegen unterlassener Hilfeleistung moralisch anzuklagen?

Und wäre es - einmal davon abgesehen, dass die europäischen Regierungen solche Forderungen aus den genannten Gründen ablehnen müssen - überhaupt sinnvoll und wünschenswert, alle Opfer der globalen Weltordnung die Chance zu eröffnen, mit den bereits ortsansässigen Armen um eine Wohnung im segensreichen Moloch deutscher, französischer oder britischer Slums zu konkurrieren, darum zu streiten, wer dort die Klos von McDonalds oder die Flure deutscher Ämter und Behörden putzen darf oder sich mit iberischen Arbeitslosen darum zu schlagen, wer auf den Plantagen spanischer Agrarkonzerne die Chance bekommt, Pestizide zu inhalieren? Wohl eher nicht ...

sener Hilfeleistung; womöglich handelt es sich auch um Tötung durch Unterlassen. Sie sind jedenfalls Opfer der europäischen Flüchtlingspolitik, der Politik des Friedensnobelpreisträgers von 2012, der Europäischen Union. In dieser Politik hat die Abwehr von Menschen Vorrang vor der Rettung von Menschen. [...] Hilfe gilt als Fluchtanreiz. Deshalb ist sie verboten, deshalb wird sie bestraft, deshalb nimmt die EU-Politik den Tod der Flüchtlinge fatalistisch hin. [...] Die Tränen, die nun angesichts des Massentodes vor Lampedusa zerdrückt werden, sind Krokodilstränen; und die Reden dieser Politiker sind Krokodilsreden. Der Tod der Flüchtlinge ist Teil der EU-Flüchtlingspolitik. Er gehört zur Abschreckungsstrategie, die der

ist Teil der EU-Flüchtlingspolitik. Er gehört zur Abschreckungsstrategie, die der Hauptinhalt dieser Politik ist.“ Schließlich ist auch die Schlussfolgerung aus seiner Anklage am Ende des zitierten Kommentars durchaus beachtlich: *„In einem Flugblatt der Weißen Rose hieß es einst: ‚Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den Ihr um Euer Herz gelegt.‘ Diese Sätze aus furchtbarer Zeit sind keine Sätze nur für das Museum des Widerstandes, sie haben ihre eigene Bedeutung in jeder Zeit - auch in unserer!“*

Dennoch ist sein Hauptvorwurf verkehrt. Denn der Vorwurf der „unterlassenen Hilfeleistung“ der Festung Europa geht nicht nur bei Gauck brutal an der Sache vorbei. Die EU tut nicht zu wenig beim

Flüchtlingsschutz. Die EU produziert die Flüchtlinge. Kein Wunder und überhaupt kein Widerspruch ist es daher zu ihrem Auftrag, wenn sie die Opfer ihrer eigenen Erfolgsstrategie nicht haben will! Im Gegenteil: Die Öffnung der Grenzen für die unendlich vielen Verzweifelten, die der Westen von den Philippinen bis Haiti von Afghanistan bis Mali durch seinen Erfolg global erst in Not bringt, stünde tatsächlich im Widerspruch zum Erfolg dieser Staaten und ihren realen Höchstwerten - Dollar und Euro.

3. „Scheitern der europäischen Flüchtlingspolitik“ - die Kritik von Pro Asyl

„PRO ASYL fordert einen völligen Neubeginn in der Flüchtlingspolitik Europas. Die Abschottungspolitik der letzten Dekaden ist gescheitert. Der tausendfache Tod von Flüchtlingen an den Außengrenzen Europas bedeutet den moralischen Bankrott der Flüchtlings- und Menschenrechtspolitik der EU“ (Presseerklärung Pro Asyl 4. 10. 2013)

Pro Asyl spricht angesichts der Toten vor Lampedusa in seiner Presseerklärung vom *Scheitern der europäischen Flüchtlingspolitik*. Dabei ist - zumindest nüchtern betrachtet - offensichtlich nicht die Flüchtlingspolitik der EU, sondern das Leben der Flüchtlinge an der durchaus wirkungsvollen Politik gescheitert. Wie kommt es zu dieser - zunächst einmal „nur“ sachlich verkehrten - Kritik?

Menschenrechts- und Hilfsorganisationen stellen sich offenbar vor, Flüchtlingspolitik habe *eigentlich* (!) dem Schutz für Flüchtlinge und nicht dem Schutz vor Flüchtlingen zu dienen. Über Asyl- und Menschenrechte werden also Ideale, d.h.

Wunschvorstellungen entwickelt und es wird erwartet, dass der real existierende Staat diese zu verwirklichen habe.³ Die gegenteilige Erfahrung in der Wirklichkeit, nämlich die tödliche Abschottungspolitik - Pro Asyl macht die deutsche Öffentlichkeit darauf beharrlich und durchaus dankenswerter Weise aufmerksam - wird nicht als wörtliche und durchaus erfreuliche Ent-Täuschung über die eigenen Ideale genommen, sondern moralisch enttäuscht zur Kenntnis genommen, ganz nach dem Motto: ‚Der Staat wird Aufgaben, die er selbst zwar gar nicht verfolgt, aber an die ich, d.h. Pro Asyl, gerne glaube, gar nicht gerecht! Er entspricht nicht meinen höheren Idealen über ihn.‘

Bei aller Kritik an der politischen Wirklichkeit lässt man sich den guten Glauben an die segensreichen Aufgaben der politischen Gewalt, der man unterworfen ist, nicht nehmen. Heraus kommt eine Kritik, die als Hass-Liebe bezeichnet werden kann. Bei aller Kritik an den real existierenden Politikern bleibt man unerschütterlicher Parteigänger jenes Staates, dessen Interessen die Politiker vertreten.

Um das an einem zweiten Beispiel zu verdeutlichen: Auch Pro Asyl wirft dem deutschen Innenminister „Verantwortungslosigkeit“ vor, wenn dieser mit all seiner Macht in der EU für Dublin II und III und eine verschärfte Flüchtlingspolitik eintritt. Wie dies? - möchte man fragen, wo doch ganz offensichtlich ist, dass der Minister bewusst und öffentlich für seine Ziele eintritt? Offenbar will man sich die Macht demokratischer Politiker nicht *als Macht über* das Leben anderer (in diesem Fall der Flüchtlinge) vorstellen, sondern *als Verantwortung für* die Untergebenen. Auch hier wird die gegenteilige Erfah-

3. Dabei könnte schon Art. 16 GG Absatz 1 „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ hellhörig machen, stellt er doch klar, dass der Gesetzgeber nicht die Not der Flüchtenden, sondern nur den von ihm zu definierenden Tatbestand der „politischen“ Verfolgung durch auswärtige, meist von ihm als feindlich eingestufte Souveräne zum Anlass für eine Asylrechtsgewährung nimmt. Vom Standpunkt des Überlebenswillens der Flüchtenden jedenfalls wäre die sachlich ohnehin kaum haltbare Unterscheidung zwischen politischen und wirtschaftlichen Fluchtgründen gänzlich unerheblich. Dass die Inschutznahme von politisch Verfolgten weniger der Sorge um deren Wohlergehen als vielmehr der damit intendierten Verurteilung der Verfolgerstaaten geschuldet ist, ist denn auch jedermann sofort klar, wenn sich andere, möglicherweise sogar feindliche Staaten wie z.B. Russland im Falle Edward Snowdens dieses außenpolitischen Kampfmittels bedienen. (Vgl. dazu A. Krölls „Das Grundgesetz - ein Grund zum Feiern?“ Hamburg 2009)

rung nicht zum Anlass zunächst einer Selbstkritik, die eigene Idealisierung der Macht betreffend, genommen, sondern im Gegenteil der Macht vorgeworfen, dass sie einmal mehr nicht so gut war, wie man an sie zu glauben bereit ist.

Bei den charakterisierten Denkmustern handelt es sich um Fälle eines enttäuschten *Staatsidealismus*. Der ist und bleibt bei aller Enttäuschung ein Idealismus. Ein Wunschdenken, die eigene Staatsgewalt und ihre menschenrechtlichen Prinzipien betreffend. Die Folge ist der folgenlose und gerade darin staatstragende Ruf nach guten Gesetzen, verantwortungsvollen Politikern, unverbrauchten Parteien. Und genau das ist das Material, mit dem immer neue, unverbrauchte Politikergenerationen ihre Konkurrenz um die Macht im kapitalistischen Nationalstaat betreiben und bei ihren potentiellen Wählern geschickt den Idealismus der Verantwortung gegen den Realismus der Macht ausspielen ...

Statt eines Fazits: Erbauliches zur Weihnachtszeit!

Arian Schiffer-Nasserie, Prof. Dr., unterrichtet Politikwissenschaft an der Evangelischen Fachhochschule R-W-L in Bochum. Schwerpunkte: Migrations- und Sozialpolitik sowie Rassismusforschung. schiffer-nasserie@efh-bochum.de

Zuerst erschienen in standpunkt : sozial 3/2014

*Der Artikel ist im Internet abrufbar unter:
<http://sopos.org/aufsaeetze/55191d63348f7/1.phtml>*

Ein Mann, der etwas davon versteht, predigt seinen Bundesschäfchen öffentlich-rechtlich zu Weihnachten:

„Machen wir unser Herz nicht eng mit der Feststellung, dass wir (!) nicht jeden (!), der kommt, in unserem Land aufnehmen können. Ich weiß ja, dass dieser Satz sehr, sehr (!) richtig ist. Aber zu einer Wahrheit (!) wird er doch erst, wenn wir zuvor unser Herz gefragt haben, was es uns sagt, wenn wir die Bilder der Verletzten und Verjagten gesehen haben. Tun wir wirklich schon alles, was wir tun könnten?“ (Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten 2013; Hervorhebung d. Verf.)

Der betroffene Blick auf die „Verletzten und Verjagten“, die natürlich mit der eigenen Politik nichts zu tun haben; die gekonnt beklommene Frage, ob „wir“ auch genug helfen – sie gehören einfach dazu. Nämlich zur Pfl ege des Glaubens an die höheren Werte und des guten Gewissens einer imperialistischen Nation.

Warum Menschen fliehen

Ursachen von Flucht und Migration –
Ein Thema für Bildung und Gesellschaft



Warum Menschen fliehen

Die Zahl der Flüchtlinge hat weltweit zugenommen. Was sind die Gründe? Und welche Rolle spielt die Ungleichheit zwischen reichem Norden und verarmtem Süden?

Nie zuvor waren so viele Menschen gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. Wie viele es genau sind, kann niemand sagen. Laut Angaben des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen (UNHCR) sind über 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Dies ist die höchste Zahl, die jemals vom UNHCR verzeichnet wurde, und sie wächst rasant. Mehr als 40 Millionen von ihnen sind sogenannte Binnenvertriebene, also Menschen, die innerhalb eines Landes vertrieben wurden. Die UNHCR zählt aber nur diejenigen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung geflohen und entsprechend registriert worden sind. Hinzu kommen jene, die aufgrund ökologischer Krisen wie Dürrekatastrophen oder Überschwemmungen ihrer Lebensgrundlagen beraubt wurden. Den größten Anteil an der gegenwärtigen globalen Migration haben Menschen, die eine Mischung aus Armut, Ausbeutung, Gewalt, Umweltkatastrophen und Chancenlosigkeit zur Flucht bewegt. Sie sind auf der Suche nach einem besseren Leben und wollen sich nicht damit abfinden, keine Perspektive zu haben und sozial ausgeschlossen zu sein.

Viele Ursachen, ein Hauptgrund

Obwohl die Zahl der hier Ankommenden im Jahr 2015 stark gestiegen ist, stellen sie nach wie vor nur einen kleinen Teil der weltweit flüchtenden und migrierenden Menschen dar. Die meisten finden Zuflucht in den Ländern des Südens. Allein der Libanon hat zwischen eine und zwei Millionen Syrerinnen und Syrer aufgenommen. Mindestens ein Fünftel der Bevölkerung sind jetzt Flüchtlinge. Zum Vergleich: Deutschland müsste mehr als 20 Millionen Menschen aufnehmen, um auf ein solches Verhältnis zu kommen. Auch die meisten der Armuts- und Klimaflüchtlinge suchen meist nicht weit entfernt von ihren Herkunftsorten nach angemessenen Lebensumständen. Sie wandern ab in die Slums der größeren Städte oder bleiben in der Region. Allein in Südafrika sollen sich sieben Millionen Migrantinnen und Migranten ohne Papiere aufhalten – das sind mehr als in ganz Europa, wo zehnmals so viele Menschen leben.

Flucht, Vertreibung und Migration sind weltweite Phänomene, die vielfältige Ursachen haben. Der Krieg, der Familien in die Flucht treibt, kann bereits Ergebnis zerfallender Staatsstrukturen, eines Kampfes um knappe Ressourcen oder den Zugang zu profitablen Rohstoffen sein. Fliehen Menschen vor einer Dürre, kann dies Folge des Klimawandels sein und nur deshalb so dramatische Auswirkungen haben, weil die Ernährung aufgrund von Armut schon vorher kaum gesichert war. Ob Krieg und Gewalt, Verfolgung und Diskriminierung, Armut und Perspektivlosigkeit, Umweltzerstörung und Klimawandel oder Rohstoffhandel und Landraub – meist sind diese Fluchtursachen eng miteinander verwoben. Und fast immer hängen sie mit der zunehmenden globalen Ungleichheit zwischen reich und arm zusammen.

Die Ungleichheit zwischen Armen und Reichen wächst

Dass die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, hat mit der Ausdehnung der kapitalistischen Lebens- und Wirtschaftsweise über den gesamten Globus zu tun. Der Handel wurde in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen liberalisiert, also immer mehr von Handelshemmnissen wie Zöllen oder Qualitätsvorschriften befreit. Gleichzeitig wurden Dienstleistungen und die Produktion von Waren zunehmend internationalisiert. Zahlreiche Unternehmen mit Stammsitz in einem industriell entwickelten Land haben ihre Arbeitsplätze in Billiglohnländer des Südens verlagert. Fabriken und Produktionsstätten wurden vor allem dort errichtet, wo die Unternehmen von Steuern befreit und die Hürden durch Arbeits- und Umweltschutz gering sind, mit anderen Worten: wo Menschen stärker ausgebeutet und größere Profite erzielt werden können. Das Versprechen, dass dabei auch etwas für die Armen abfallen würde, hat sich jedoch als Trugschluss erwiesen. Tatsächlich hat sich die Ungerechtigkeit dramatisch verschärft. Heute besitzt gerade einmal ein Prozent der Weltbevölkerung fast die Hälfte des weltweiten Vermögens. Demgegenüber führen 1,2 Milliarden Menschen einen schier hoffnungslosen Überlebenskampf. Sie leben von weniger als einem Euro am Tag. Millionen von ihnen leiden Hunger.

Heute besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung die Hälfte des weltweiten Vermögens.*

Im Zuge der Globalisierung haben die Länder des Nordens inklusive einiger so genannter Schwellenländer ihre politische und wirtschaftliche Dominanz ausgebaut. So haben sie in den letzten Jahren gegenüber vielen schwächeren Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika Handelsabkommen durchgesetzt, mit denen sie sich den Zugriff auf wichtige Rohstoffe sichern. Die Gewinne aus dem Abbau und dem Handel mit Rohstoffen fließen dabei an internationale Konzerne und lokale Eliten. So kommt es, dass Länder wie Sierra Leone oder Mali, die über reichhaltige Rohstoffvorkommen verfügen, heute zu den ärmsten Ländern der Welt gehören. Gleichzeitig dienen die Länder des Südens als Absatzmärkte für Produkte aus dem Norden.

Die Europäische Union etwa überschwemmt mit hochsubventionierten, also mit öffentlichen Mitteln geförderten, landwirtschaftlichen Produkten Märkte in Afrika. Vielerorts ist Gemüse, das in Europa gezogen wurde, günstiger als das aus heimischem Anbau. Bäuerinnen und Bauern in Kenia oder Haiti, die diesem europäischen Agrardumping nichts entgegenzusetzen haben, müssen aufgeben. Ihnen bleibt dann oft nichts anderes, als in die Städte abzuwandern. Mitverantwortlich für die Landflucht sind Konzerne, die sich die fruchtbarsten Agrarflächen aneignen. Riesige Plantagen, die oft durch die Abholzung von Regenwäldern entstehen, dienen der Herstellung von Biosprit oder Palmfett – Produkte, die „wir“ benötigen, nicht aber die Menschen vor Ort. Auch bei diesen Geschäften geht die lokale Bevölkerung meist leer aus, mehr noch: Sie verliert ihre bisherige Existenzgrundlage. Die Welt ist also nicht nur näher zusammengerückt – sie ist gleichzeitig gespaltener denn je: Hier der reiche globale Norden mit seiner wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Übermacht, dort der globale Süden mit seinen Zonen des Elends, der Chancenlosigkeit und Ausgrenzung.

Was also heißt es, wenn heute allseits darüber gesprochen wird, Fluchtursachen zu bekämpfen? Es ist bemerkenswert, dass nicht die ungerechten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die weltweit dominierende Produktionsweise mit ihrem hohen Ausstoß von Treibhausgasen, die Ausplünderung von Rohstoffvorkommen oder die Zerstörung lokaler Märkte als

Ursachen angesehen werden. Vielmehr wird das in den Blick genommen, was daraus resultiert: der Zerfall von Staaten, die Verstädterung, gewaltsame Konflikte und menschengemachte Naturkatastrophen. Ausgeblendet wird dabei die Rolle, die der reiche Norden bei dieser Entwicklung spielt. Entsprechend konzentrieren sich die Überlegungen auf Maßnahmen, die an den eigentlichen Ursachen nichts ändern: auf den Ausbau der Entwicklungshilfe, die Bekämpfung von Schleuserbanden und die Errichtung von Auffanglagern weit vor den europäischen Außengrenzen. Selbst Abkommen mit Staaten, die die Menschenrechte missachten, wie Eritrea, der Sudan oder die Türkei sind europäischen Politikerinnen und Politikern recht, um Flüchtlinge in ihren Herkunftsregionen zu halten. Offenkundig zielt diese Politik nicht auf das Beheben von Fluchtursachen, sondern auf das Ausbremsen der Fluchtbewegungen Richtung Europa. Dabei pochen die Menschen, die sich auf den Weg machen, nur auf einen anderen Aspekt der Globalisierung, der für uns selbstverständlich ist: auf Freizügigkeit.

Globalisierung von unten

In den weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen drückt sich daher nicht nur Ungleichheit und Vernichtung von Lebensgrundlagen aus, sondern auch der Anspruch auf ein würdiges Leben, auf eine „Globalisierung von unten“. Mit ihrem Aufbruch werfen Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten folgende zwei Fragen auf: Wieso sollen Waren und Finanzströme ebenso wie Geschäftsleute und Touristen aus dem globalen Norden ungehindert von A nach B ziehen dürfen, während ihnen das gleiche Recht vorenthalten wird? Und wenn der Markt längst globalisiert ist, warum nicht auch die Demokratie und das Recht auf Schutz, auf Freiheit und ein gutes Leben in Würde?

* <https://www.oxfam.de/system/files/20170116-oxfam-factsheet-wirtschaftssystem-fuer-alle.pdf>

Krieg und Gewalt



Ort des Krieges, aber auch des Überlebenswillens in Syrien: Die kurdische Symbolstadt Kobanê an der syrisch-türkischen Grenze nach dem Sieg über den Terror des „Islamischen Staates“.

In fast jedem siebten Land der Erde herrscht Krieg.*



Krieg ist weltweit die zentrale Fluchtursache. Laut Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR gab es im Jahr 2015 fast 65 Millionen Menschen, die aufgrund bewaffneter Konflikte und Gewalt von ihrem Zuhause vertrieben waren. In den letzten zehn Jahren haben sich die Flüchtlingszahlen aufgrund von Krieg und Gewalt fast verdoppelt. Und in allen zehn Staaten, die 2015 die größten Fluchtbewegungen zu verzeichnen hatten, herrschte Krieg.

Als mit dem Fall der Mauer in Deutschland die Nachkriegsordnung, die die Welt seit Ende des Zweiten Weltkriegs dominierte, zusammenbrach, schien eine Ära des Friedens weltweit möglich. Der Ost-West-Konflikt mit seinem bedrohlichen Potential eines Atomkriegs war beendet. Nun, ein Vierteljahrhundert später, hat sich diese Hoffnung auf Frieden als trügerisch erwiesen. Anstelle der alten Ordnung, die unterschiedliche Konflikte entlang der Ost-West-Achse sortierte und einhegte, leben wir heute in Zeiten einer neuen Unordnung, in der sich lokale Konflikte sehr schnell in unübersichtliche internationale Konflikte mit einer unüberschaubaren Zahl an ausländischen Akteuren verwandeln. Der Syrien-Konflikt steht dafür geradezu beispielhaft mit den USA, Russland, Saudi-Arabien, Iran und der Europäischen Union als Beteiligte, die entweder direkt oder indirekt in die kriegerischen Auseinandersetzungen involviert sind.

Während des Kalten Krieges gab es verheerende Stellvertreterkriege, die viele zivile Opfer forderten. Mit den USA und der Sowjetunion waren jedoch die internationalen Player überschaubar. Dem Konflikt zugrunde lagen unterschiedliche Ideologien und Systeme. Mit dem Ende dieses Konflikts der „Supermächte“ gelang es, manche der Stellvertreterkriege zu befrieden. So zum Beispiel in Angola und Mozambique. Andere jedoch verwandelten sich nach kurzer Atempause wieder in Konfliktzonen, in denen die Weltordnung, die von einer Globalisierung der kapitalistischen Wirtschaft geprägt ist, mit kriegerischen Mitteln neu ausgefochten wird. Einschneidende Ereignisse in diesem Sinne sind die US-amerikanisch geführte Intervention in Afghanistan nach dem Anschlag auf das World Trade Center in New York im Jahr 2001, der ebenfalls von den

USA angeführte Krieg gegen das diktatorische Regime im Irak 2003, die internationale Libyen-Intervention 2011, der kriegerische Konflikt in der Ost-Ukraine und die russische Besetzung der Krim.

Die Folgen dieser Entwicklung sind fatal: Allein aus der umkämpften Ostukraine brachten sich bis zu zwei Millionen Menschen in Sicherheit, aus Syrien weit über sechs Millionen. In Kriegsregionen wie Afghanistan oder Somalia dauert das Flüchtlingschicksal schon seit Generationen an. Eines der größten Flüchtlingslager der Welt befindet sich in Kenia: Dadaab, eine Flüchtlingsstadt in der Wüste mit über einer halben Million Bewohnerinnen und Bewohnern. Sie existiert seit 1992. Wer kann, geht von dort ins 60 Kilometer entfernte Nairobi. Und wenn die kenianische Regierung von der Repatriierung somalischer Flüchtlinge spricht, dann meint sie ihre Rückführung in dieses Lager. Es zeichnet sich bei all den genannten Konflikten ab, dass eine Lösung nicht in Sicht ist, da sie eines politischen Willens aller Beteiligten bedürfte, eigene politische und ökonomische Interessen hintanzustellen, um zu einer Befriedung zu gelangen. Vom Frieden gar nicht zu reden.

Jedes Jahr verkauft Deutschland für mehrere Milliarden Euro Waffen und Rüstungsgüter in alle Welt. Nach den USA, Russland, China und Frankreich gehört Deutschland zu den größten Waffenexporteuren weltweit.

* www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2015.pdf

Perspektivlosigkeit und Armut



Auf dem Weg zum großen Wasser. Migrantinnen und Migranten ziehen in Richtung Sahara, um von den Maghreb-Staaten aus eine der lebensgefährlichen Überfahrten nach Europa anzutreten.

In Deutschland liegt die Lebenserwartung mehr als dreißig Jahre höher als in vielen afrikanischen Staaten.*



Armut macht krank – und Krankheit macht arm. Weltweit leiden rund 700 Millionen Menschen unter extremer Armut. Das heißt, dass fast jeder zehnte Mensch hungrig schlafen geht. Doch selbst wenn Menschen „genug zum Überleben“ haben, bedeutet das nicht, dass sie ein Leben unter menschenwürdigen Bedingungen führen können. Wenn Menschen keinen Zugang zu gesunder Ernährung haben, zu sauberem Wasser und sanitären Anlagen, zu guten Arbeitsbedingungen und Bildung, gilt ihr Recht auf Leben nur eingeschränkt. Die Ungleichheit kann beziffert werden: In Mali sterben 178 von 1.000 lebend geborenen Kindern bevor sie das fünfte Lebensjahr erreichen. In Deutschland sind es vier. Auch die Lebenserwartung verdeutlicht die soziale Spaltung: Wer in Deutschland lebt, wird durchschnittlich 81 Jahre alt, in Sierra Leone nur 47 – also 34 Jahre weniger.

Die Unterschiede zeigen sich auch im Zugang zu medizinischer Versorgung. Nur in wenigen Ländern des globalen Südens gibt es ein funktionierendes, allgemein zugängliches Gesundheitssystem, vielerorts fehlt es an Fachpersonal. In Mali etwa muss sich ein Arzt oder eine Ärztin im Schnitt um 10.000 Menschen kümmern, in Deutschland sind es 39 Ärztinnen und Ärzte. Die heutige Misere ist auch dadurch entstanden, dass zahlreiche Staaten die Ausgaben für Gesundheit massiv gekürzt haben. Dazu waren sie u.a. aufgrund der Strukturanpassungsprogramme gezwungen, die ihnen von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds als Bedingung für Kreditvergabe oder Schuldenerlass auferlegt worden waren. Öffentliche Krankenhäuser wurden geschlossen oder an private Anbieter abgetreten, bei denen jede Leistung von den Patientinnen und Patienten bezahlt werden muss. Wer arm ist, findet oftmals gar keinen Arzt und keine Ärztin oder kann sich die Behandlung und die Medikamente nicht leisten. Viele verschulden sich und sind am Ende ärmer als zuvor. All das müsste nicht sein, denn es ist genug für alle da. Allerdings ist der Reichtum extrem ungleich verteilt. In den Entwicklungs- und Schwellenländern des Südens leben 84 Prozent der Weltbevölkerung. Während sie 92 Prozent der weltweiten Krankheitslast tragen, kommen ihnen nur 16 Prozent der globalen Ausgaben für Gesundheit zugute. Hieran hat ihre Einbindung in den Weltmarkt

nichts geändert – im Gegenteil. Zwar haben die Internationalisierung der Produktion und Freihandel auch Wohlstand geschaffen und soziale Aufstiege ermöglicht. Gleichzeitig aber haben sie die sozialen Ungleichheiten verschärft: Allein in den letzten fünf Jahren hat sich das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung fast halbiert, während die Reichen noch reicher geworden sind. Heute besitzen die acht reichsten Männer der Welt so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, rund 3,6 Milliarden Menschen.

Flucht ist für die Allerärmsten oft kein Ausweg. Denn wer nicht genug zu essen und zu trinken hat, kann sich die Kosten einer Flucht nicht leisten. Daher migrieren oft eher diejenigen, die mindestens über das Allernötigste verfügen, vor Ort aber keine Perspektive mehr sehen. Auswanderung einzelner Angehöriger ist zu einer Überlebensstrategie für ganze Familien geworden. So sind in den vergangenen Jahren Tausende philippinische Krankenschwestern ausgewandert. Während sie zuhause durchschnittlich 146 US-Dollar im Monat verdienen, sind es in den Golfstaaten 500 Dollar, in den USA 3.000 Dollar (Zahlen von 2003). Die zurück gebliebenen Familien leben davon, dass wenigstens eine Tochter im reichen Norden untergebracht werden konnte und Geld nach Hause schickt.

Die acht reichsten Männer der Welt besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, rund 3,6 Milliarden Menschen.

* www.oxfam.de/system/files/20160118-wirtschaftssystem-superreiche.pdf

Weißes Gold ohne Wert

Warum Mali trotz der großen Nachfrage nach Baumwolle arm ist

Mali ist nicht nur der drittgrößte Goldproduzent Afrikas, sondern auch der zweitgrößte Erzeuger von Baumwolle. Doch trotz der großen Nachfrage nach dem „weißen Gold“ auf dem Weltmarkt leben heute vier von fünf Baumwollbauern und -bäuerinnen in Mali in Armut. Die Region Sikasso, wo ein Großteil der Baumwolle angebaut wird, gilt als die ärmste des Landes.

Der Anbau und die Weiterverarbeitung von Baumwolle stellte für Mali lange Zeit eine wichtige Strategie zur Minderung der Armut auf dem Land dar. Eine verstaatlichte Wirtschaft kaufte den Bäuerinnen und Bauern die Rohbaumwolle zu einem stabilen Preis ab. Tausende Familien sicherten so ihr Überleben. Nach und nach geriet das Land jedoch in eine schwere Schuldenkrise. In den 1980er Jahren entwickelten Weltbank und Internationaler Währungsfonds Strukturanpassungsprogramme als Bedingung für die Vergabe von Krediten und den Erlass von Schulden. Dazu gehörte eine strikte Privatisierung der staatlichen Betriebe, also ihre Umwandlung in Privatunternehmen, und eine Anpassung an die vom Weltmarkt vorgegebenen – deutlich niedrigeren – Preise. Für die malischen Baumwollbauern und -bäuerinnen hatte das verheerende Konsequenzen. Viele haben den Anbau eingestellt und sind in die städtischen Zentren abgewandert oder versuchen, im Bergbau Arbeit zu finden. Dass sie auf dem Weltmarkt kaum konkurrenzfähig sind, liegt auch an den hohen Subventionen, die die USA, China und die EU ihren Produzentinnen und Produzenten zahlen, so dass diese ihre Baumwolle deutlich günstiger anbieten können. Die Regierung Malis versucht daher gemeinsam mit anderen Ländern des Südens, die Welthandelsorganisation (WTO) zu einer Abschaffung der Baumwollsubventionen zu drängen. Bislang vergeblich.

Indem die Wirtschaft in Ländern wie Mali weitgehend schutzlos dem Weltmarkt ausgesetzt wurde, sind viele lokale Strukturen und Märkte zerstört worden. Massenprodukte aus China oder Lebensmittel aus Europa verdrängen heimische Produkte und die eigenen Rohstoffe werden meist anderswo weiterverarbeitet. Da in Mali immer weniger Menschen in der Baumwollverarbeitung oder in anderen Bereichen ein Auskommen finden,

wächst die Zahl der Armen. Laut UN-Angaben leben inzwischen sieben von zehn Malierinnen und Maliern unterhalb der nationalen Armutsgrenze.

Seit Anfang 2012 wird insbesondere der Norden Malis von kriegerischen Auseinandersetzungen erschüttert, die Hunderttausende zur Flucht zwingen. Angesichts von Perspektivlosigkeit und zunehmender Gewalt hat inzwischen ein Viertel aller Malierinnen und Malier das Land verlassen. Die meisten bleiben in der Region, nur wenige versuchen nach Europa zu gelangen. Da es kaum noch legale Migrationsmöglichkeiten für sie gibt, müssen sie die gefährliche Flucht durch die Sahara und über das Mittelmeer wagen. Das Geld, das die Ausgewanderten an ihre Familien überweisen, ist heute eine der wichtigsten Einnahmequellen des Landes geworden. Die Summe ist höher als die Investitionen ausländischer Unternehmen oder als die Entwicklungshilfegelder, die ins Land fließen.



Wenn Arbeit arm macht. Viele Baumwollpflückerinnen und -pflücker in Mali verlassen das Land, weil die Weltmarktpreise die lokalen Ökonomien kaputt machen.

Diskriminierung und Verfolgung



Ein Bürgerkrieg im Verborgenen: Die Gemeinschaft der Roma wird diskriminiert, lebt ausgegrenzt ohne Rechte und wird gesellschaftlich in die Armut gedrängt. Roma-Ehepaar aus dem Kosovo.

Foto: Reuters

In mindestens drei von fünf Ländern werden Menschen gefoltert oder anderweitig misshandelt.*



Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand. Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“ So heißt es in den ersten drei Artikeln der UN-Menschenrechtscharta. Es sind glasklare Formulierungen, die auch in die Verfassungen zahlreicher Staaten aufgenommen wurden. Zwischen diesen Idealen und der Realität besteht jedoch ein gewaltiger Graben.

Zumeist ist es die stumme Gewalt der Lebensverhältnisse, die Menschen ein Leben in Würde, Freiheit und Sicherheit unmöglich macht. Überall dort, wo Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser, ausreichend Nahrung, einem Dach über den Kopf, zu Bildung und Gesundheit haben, werden ihre Rechte missachtet. Darüber hinaus werden Menschen in ihren Rechten durch Gesetze und staatliches Handeln beschnitten. Das zeigt auch der jüngste Report der Menschenrechtsorganisation amnesty international. Ihm zufolge schränken drei von vier Regierungen weltweit die Meinungsfreiheit ein. In mehr als drei von fünf Ländern werden Menschen gefoltert oder anderweitig misshandelt. In 78 Ländern gibt es Gesetze, die einvernehmliche sexuelle Beziehungen zwischen gleichgeschlechtlichen Erwachsenen unter Strafe stellen. Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass die Verfolgung von politischen Meinungen und von der Mehrheit abweichenden Lebensweisen auf der Welt nicht die Ausnahme, sondern die Regel darstellt. Es zeigt aber auch das Scheitern der Annahme, die Einbindung von Staaten und Märkten in eine globale Wirtschaft würde das Entstehen von demokratischen und freiheitlichen Verhältnissen fördern. In vielen Ländern funktioniert eine kapitalistische Wirtschaftsweise auch ohne Demokratie und den Schutz der Menschen vor Verfolgung.

Nach Angaben der Vereinten Nationen werden weltweit 900 Millionen Menschen aus den jeweiligen Gesellschaften ausgegrenzt, benachteiligt und zum Teil auch verfolgt, weil sie einer

ethnischen oder religiösen Minderheit angehören. Hierzu zählen zum Beispiel die tamilische Minderheit auf Sri Lanka, die Angehörigen der jesidischen Religion im Irak, oder die Kurdinnen und Kurden in der Türkei. Die Diskriminierung durch den Staat verlängert sich oft auch in die Gesellschaft – etwa dann, wenn Menschen aufgrund ihrer Religion, ihres Aussehens oder ihrer Identität auf dem Wohnungs- oder dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden.

Verfolgung und Diskriminierungen zwingen überall auf der Welt Menschen dazu, ihr Zuhause zu verlassen und anderswo Schutz, Freiheit und Gerechtigkeit zu suchen. Aus keinem Land Afrikas etwa kommen so viele Flüchtlinge nach Europa wie aus Eritrea. Vertrieben werden sie nicht von einem Krieg – sie fliehen vor Zwangsarbeit, unbefristetem Militärdienst und willkürlichen Inhaftierungen. Im Zuge der Bekämpfung von Fluchtursachen hat die Europäische Union im Herbst 2015 dennoch beschlossen, 200 Millionen Euro an Eritrea zu zahlen, um die Auswanderung zu begrenzen. Die Gelder gehen an das autoritäre Regime, das für die massiven Menschenrechtsverletzungen im Land verantwortlich ist.

Deutschland hat alle internationalen Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte unterzeichnet. Gleichzeitig vergibt die EU jedoch Milliarden an Staaten wie Eritrea, Sudan, Marokko oder die Türkei, wo die Menschenrechte systematisch missachtet werden, damit sie Menschen von der Flucht in Richtung Europa abhalten.

* www.amnesty.de/amnesty-international-report-2016

Rohstoffhandel und Landraub



Der Abbau von Diamanten im ländlichen Sierra Leone zerstört die Natur, macht die Menschen krank und internationale Rohstoffkonzerne reich.

Die zehn ärmsten Länder der Welt sind alle reich an Rohstoffvorkommen.*



Über Jahrhunderte haben die reichen Staaten des Nordens Mittel und Wege gefunden, sich in anderen Regionen der Welt das zu holen, was sie für ihre Wirtschafts- und Lebensweise benötigen: Aus den Kolonien wurden Gold, Silber und Metalle aller Art bezogen, aber auch Kaffee, Tee und Gewürze importiert. Auch heute gibt es Bedarf an Rohstoffen, die in Europa, den USA oder auch China nicht oder nicht in ausreichendem Maße existieren: Es geht um Öl und Diamanten, um Mangan für die Stahlerzeugung, Kobalt für Metalllegierungen oder Coltan, ein Erz, das in jedem Mobiltelefon steckt. Obwohl die Länder, in denen solche Rohstoffe vorkommen, längst keine Kolonien mehr sind, profitieren ihre Gesellschaften noch immer nicht von dem natürlichen Reichtum. Im Gegenteil: In einer Vielzahl rohstoffreicher Länder, vor allem in Afrika, lebt die Mehrheit der Bevölkerung in Armut.

Einer der Gründe ist, dass das koloniale Erbe nachwirkt: Viele nationale Wirtschaften blieben einseitig auf den Rohstoffabbau ausgerichtet und der Norden behielt in hohem Maß die Kontrolle über den Abbau und die Handelsbedingungen. So kommt es, dass internationale Konzerne noch heute unmittelbaren Zugriff auf den Abbau und die Veräußerung der Ressourcen haben. Gestützt werden die Interessen der Konzerne von der internationalen Politik. Über Kreditaufgaben, Entschuldungsprogramme, aber auch mittels Handelsvereinbarungen, die die Konzerne begünstigen, sind Regierungen im globalen Süden immer wieder dazu gebracht worden, dem Norden den Zugriff auf die benötigten Ressourcen zu gewähren.

All das funktioniert nicht zuletzt deshalb, weil Entscheidungsträgerinnen und -träger in den rohstoffreichen Staaten davon profitieren. Rohstoffdeals haben die Eliten vor Ort noch reicher und mächtiger gemacht – und damit zunehmend unabhängiger von der eigenen Bevölkerung. Um ihre Macht zu erhalten, sind sie nicht darauf angewiesen, sich um die Bedürfnisse der Menschen zu kümmern. Fast nirgendwo haben Einnahmen aus dem Rohstoffhandel die Verhältnisse gerechter und demokratischer gemacht. Sei es im Sudan, in Sierra Leone oder in Nigeria, in zahlreichen Ländern haben die Konflikte um den Zugriff auf

Rohstoffe sogar blutige Kriege ausgelöst – mit Millionen von Toten und Vertriebenen. Werden neue Abbaugelände erschlossen, muss die angestammte Bevölkerung oftmals weichen. Die Menschen werden enteignet oder im besten Fall mit niedrigen Entschädigungen abgespeist. In den Minen oder Schürfgeländen arbeiten Menschen, häufig auch Kinder, unter skandalösen Bedingungen. Hinzu kommt, dass in manchen Bereichen, etwa im Gold- und Rutilabbau, die Umweltverschmutzung extrem hoch ist. Böden und Wasser werden auf Dauer verseucht. Der Rohstoffabbau in dieser Form führt also dazu, dass Menschen massenhaft ihrer Existenzgrundlage beraubt werden. Vielen bleibt nichts anderes, als in die Städte oder in Nachbarländer abzuwandern.

In den vergangenen Jahren ist ein weiterer „Rohstoff“ entdeckt worden: fruchtbare Böden. Industrieländer, Agrarkonzerne, aber auch internationale Banken und Investmentfonds erwerben oder pachten riesige Ländereien, um auf ihnen Getreide für Biosprit anzubauen oder Plantagen für Palmöl zu entwickeln – Agrarprodukte, die vor Ort gar nicht gebraucht werden. Auch hierbei steht die lokale Bevölkerung auf der Verliererseite. Hirten, Kleinbäuerinnen, Fischer, Landarbeiterinnen und Nomaden verlieren durch das „Landgrabbing“ den für ihre Ernährungsgrundlage wichtigen Zugang zu Land und Wasser und werden in Armut gestürzt. Was bleibt, ist die Abwanderung.

Ressourcenreichtum schafft oft die Rahmenbedingung für extreme Ungleichheit, brutale Repression und Bürgerkrieg.

* www.frieden-fragen.de/entdecken/weltkarten.html

Der Fluch der Diamanten

Die internationale Ausbeutung der Bodenschätze in Sierra Leone

Zwangsmigration ist eine Folge von Rohstoffausbeutung“, sagt Patrick Tongu vom Network Movement for Justice and Development (NMJD) in Sierra Leone. Die Aktivistinnen und Aktivisten wissen, wovon sie sprechen: Seit Jahren beraten sie einzelne Menschen und ganze Dorfgemeinschaften, die von Bergbauunternehmen gewaltsam von dem Land vertrieben werden, das bereits ihre Vorfahren bewirtschaftet haben. Der Abbau der Diamanten stürzt ausgerechnet diejenigen in Not und Elend, die das Land bewohnen, in dem die Bodenschätze lagern.

Das westafrikanische Land Sierra Leone ist so groß wie Bayern und verfügt über zahlreiche mineralische und landwirtschaftliche Rohstoffe. Die Vorkommen an Diamanten, Bauxit, Rutil, aber auch das fruchtbare Land könnten einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung des Landes leisten. Tatsächlich aber lebt die übergroße Mehrheit der fünf Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Sierras unter der Armutsgrenze.

Seit Jahrzehnten verdienen an dem Abbau und Handel der Bodenschätze vor allem ausländische Unternehmen und eine kleine Elite in Sierra Leone. Statt mit den Einnahmen ein Bildungs- und Gesundheitssystem aufzubauen und die Bevölkerung an dem Wohlstand teilhaben zu lassen, flossen sie in die Taschen weniger. Das löste zunehmend Protest aus. Als 1991 eine Rebellenbewegung einige Diamantenminen unter ihre Kontrolle brachte, brach ein grausamer Bürgerkrieg aus. Elf Jahre lang wurde um den Zugriff auf die Bodenschätze und die damit verbundene Macht gekämpft. Vor allem europäische Konzerne kauften die wertvollen Steine und finanzierten damit die Waffenkäufe aller Kriegsparteien. Die Skandalisierung dieses Zusammenhangs durch zivilgesellschaftliche Akteure führte zu einem Verbot und infolgedessen starken Rückgang des Handels mit Konfliktdiamanten.

An den ungerechten Verhältnissen und der Ausbeutung der Bodenschätze zugunsten weniger aber hat sich nichts geändert. Noch immer vergibt die sierra-leonische Regierung bereitwillig Förderlizenzen an ausländische Unternehmen, ohne sie dazu zu verpflichten, auf die Grundbedürfnisse der lokalen Bevölkerung

Rücksicht zu nehmen. In den Minen selbst arbeiten Zehntausende unter gesundheitsschädlichen und menschenunwürdigen Bedingungen. Die meisten verdienen weniger als einen US-Dollar pro Tag, manche werden nur mit einer Tagesverpflegung Reis bezahlt. Kinderarbeit ist die Regel.

Die Betreiberfirmen der Minen können diese Ausbeutung durchsetzen, weil es ein Heer von Mittellosen gibt. Das hat auch damit zu tun, dass immer weniger Menschen ihren Lebensunterhalt allein durch die Arbeit auf dem Feld bestreiten können und abwandern. Die Landflucht hat viele Gründe, vor allem aber einen: In einem Land, in dem schon heute Nahrungsmittelknappheit herrscht, hat die Regierung die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche für die nächsten Jahrzehnte an ausländische Investoren verpachtet.



Diamanten machen das Leben in Sierra Leone unerträglich.

Umweltzerstörung und Klimawandel



In Bangladesch ist das Haus am Meer ein Fluchtgrund. Der Klimawandel lässt den Meeresspiegel steigen und erhöht die Hochwassergefahr. Immer mehr Menschen verlieren ihre Siedlungsgebiete.

2015 gab es über 20 Millionen Klimaflüchtlinge. 2050 könnten es zwischen 200 Millionen und einer Milliarde sein.*



Von der Rodung tropischer Wälder über die Verseuchung des Grundwassers bis zu Zwangsumsiedlungen für den Bau von Staudämmen – überall auf der Welt sorgen Eingriffe in die Natur durch den Menschen dafür, dass andere ihr Zuhause verlassen müssen. Manche dieser Phänomene sind lokal begrenzt. Der Klimawandel hingegen kennt keine Grenzen, seine Folgen sind weltweit zu beobachten.

Angesichts einer auf stetiges Wachstum ausgerichteten Produktionsweise und einer verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt nehmen der Raubbau und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zu. Die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas, aber auch die zunehmende Entwaldung sowie die intensive Land- und Viehwirtschaft verursachen die hohe Treibhausgaskonzentration in der Erdatmosphäre, die unser Klima bedroht. „Diese Wirtschaftsweise hat zwar – besonders in der westlichen Welt – zu einem erheblichen Anstieg des Wohlstands geführt, ging und geht aber mit massiv ungleicher Verteilung, rücksichtslosem Abbau von Rohstoffen und enormer Umweltverschmutzung einher“, heißt es in dem Positionspapier der Deutschen Plattform für Globale Gesundheit. Der steigende Meeresspiegel macht tief liegende, flache Küstenzonen und ganze Inselstaaten langfristig unbewohnbar. Böden und Grundwasser versalzen, Zahl und Ausmaß von Überschwemmungen nehmen zu. Immer häufiger kommt es zu extremen Wetterereignissen wie Wirbelstürmen und Sturmfluten. Steigende Temperaturen und lang anhaltende Trockenzeiten erschweren die Landwirtschaft und verschlechtern den Zugang zu sauberem Wasser.

Die meisten dieser Veränderungen sind schleichend. Dennoch haben sie dramatische Auswirkungen, allerdings nicht überall in gleichem Maße. Der Klimawandel wird am stärksten die so genannten Entwicklungsländer im globalen Süden treffen – und damit diejenigen, die am wenigsten zu ihm beigetragen haben. Noch heute verbraucht eine Bewohnerin einer Industrienation etwa fünf Mal so viel des Treibhausgases Kohlenstoffdioxid (CO₂) wie eine Bewohnerin eines Entwicklungs- oder Schwellenlandes. Eine einzige Flugreise von Frankfurt am Main nach Sydney und zurück setzt so viel CO₂ frei wie die meisten der rund eine Milliar-

de Menschen, die mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen müssen, während ihres ganzen Lebens zu verantworten haben. Auch innerhalb aller Länder gibt es eine riesige Kluft zwischen den Ärmern und denjenigen, die sich einen klimaschädlichen Lebensstil leisten können – von der Mobilität über die Nutzung von Elektrogeräten bis zu einem hohen Fleischkonsum. Gleichzeitig haben Entwicklungsländer weit weniger Chancen als Industriestaaten, sich durch technische Maßnahmen zu wappnen und an veränderte Klimabedingungen anzupassen.

Seit der Jahrtausendwende soll sich die Zahl der Klima- und Umweltflüchtlinge der International Organisation für Migration (IOM) zufolge von 25 auf 50 Millionen verdoppelt haben; für das Jahr 2050 werden bereits 200 Millionen Umweltflüchtlinge prognostiziert. Besonders betroffen sind Bangladesch, viele Inseln im Südpazifik und die Länder der Sahelzone in Afrika. Gleichwohl kennt die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 noch keine Umwelt- bzw. Klimaflucht; der völkerrechtliche Status dieser Gruppe von Flüchtlingen ist bis heute völlig ungeklärt. Für die Betroffenen gibt es daher weder juristischen Schutz noch zuständige Institutionen. Auch im deutschen Asylrecht finden Klimaflüchtlinge keine Anerkennung.

Die westlichen Industriestaaten und zunehmend auch Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien verbrauchen vier Fünftel der weltweiten Ressourcen und verursachen 80 Prozent der klimaschädlichen Emissionen. In der Top Ten der Klima-Sünder liegt Deutschland auf Platz sechs.**

* www.klimaflucht.de/klimawandel-und-flucht/

** www.klimawandel-bekaempfen.dgvn.de und www.germanwatch.de

An der Flutkante

Die Folgen des Klimawandels für Bangladesch

Rein topografisch sind die Niederlande dem Meer weit- aus stärker ausgeliefert als Bangladesch. So liegen große Teile des deutschen Nachbarstaats unterhalb des Meeresspiegels. Im Falle einer Sturmflut könnten sechzig Prozent der Niederlande überflutet werden. Dank hocheffizienter Deich- und Hochwasserschutzsysteme wird das aber nicht passieren, selbst bei Anstieg des Meeresspiegels ist das Land gut gewappnet. Anders ist die Situation in Bangladesch, das im Delta dreier großer Flüsse und zu weiten Teilen nur knapp oberhalb des Meeresspiegels liegt.

Weil sich das bettelarme Land ein aufwändiges Schutzsystem nicht leisten kann, sind die Küstenbewohnerinnen und -bewohner Sturmfluten und dem Anstieg des Meeresspiegels ausgeliefert. Zwar bemüht sich die Regierung um Vorkehrungen – so werden die Küsten mit Mangroven aufgeforstet –, doch reichen diese Maßnahmen bei weitem nicht aus, um die Menschen und ihre an der Flutkante liegenden Häuser und Hütten zu schützen. Ohne zusätzliche Maßnahmen drohen infolge der Erderwärmung große Teile des Landes überflutet zu werden. Schon heute dringen die Wassermassen immer tiefer ins Landesinnere vor und versalzen fruchtbare Böden. Das führt dazu, dass Ackerflächen verloren gehen und die Landwirtschaft immer geringere Erträge erzielt.

Gefahr droht jedoch nicht nur an der Küste. Im Zuge des Klimawandels nimmt die Menge des Schmelzwassers zu, das aus dem Himalaya kommend die Flüsse in Bangladesch immer häufiger über die Ufer treten lässt. Auch die Niederschlagsmengen steigen, Bodenerosion verstärkt die Probleme. Schon jetzt wird während des Monsuns regelmäßig rund ein Viertel der Fläche Bangladeschs überflutet. 2011 wurden mehr als eine Million Menschen aufgrund der Fluten obdachlos. 2014 zwangen Überschwemmungen eine weitere halbe Million Menschen zur Flucht.

Bangladesch gehört schon heute zu den am dichtesten bevölkerten Staaten der Erde. Auf einem Gebiet, das nur doppelt so groß wie Bayern ist, leben mehr Menschen als in Russland. Und die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner dürfte trotz rück-

läufiger Geburtenrate bis 2050 voraussichtlich auf 220 Millionen angewachsen sein. Dann aber wird ein Großteil des Landes unter Wasser stehen. Allein an der Südküste des Landes werden dann 10 bis 30 Millionen Menschen ihr Zuhause verlassen müssen.

Laut den Statistiken des UN-Flüchtlingshilfswerks gibt es bislang nur eine geringe Anzahl von Flüchtlingen aus Bangladesch. Das liegt daran, dass die betroffene Bevölkerung zumeist von der Küste und dem Land in die Städte migriert. So ist die Bevölkerung der Hauptstadt Dhaka binnen 35 Jahren von 1,5 Millionen auf heute 15 Millionen explodiert. Die überwiegende Mehrheit lebt in Slums. Ursache für diese Lebensbedingungen ist unter anderem der Klimawandel. Dabei verursacht Bangladesch, das über die siebtgrößte Bevölkerung der Welt verfügt, lediglich 0,3 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes.



Stürme als Folgen des Klimawandels.

Ausblicke

In welcher Welt wollen wir leben?



Solidarität mit denen, die kommen. Namensaufkleber von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in einer Erstaufnahmeeinrichtung in Deutschland im Herbst 2015.

Die Flucht nach Europa und Deutschland hat in den vergangenen Monaten hitzige politische Diskussionen entfacht und viele Fragen aufgeworfen: über das Recht auf Asyl und die Kontrolle der Zuwanderung, über Willkommenskultur und Belastungsgrenzen. Diese Broschüre zeigt, dass diejenigen, die versuchen nach Europa zu gelangen, nur ein kleiner Teil der Menschen sind, die weltweit ihr Zuhause verlassen haben.

Die Bestimmungen des internationalen Rechts, wem aus welchen Gründen Schutz zu gewähren ist, greifen angesichts der elenden Lage in vielen Regionen der Welt zu kurz. Krieg, Gewalt und staatliche Verfolgung sind nicht die einzigen Auslöser von Flucht. Menschen verlassen ihr Zuhause, weil sie unmittelbar bedroht sind, aber auch weil sie für sich und ihre Kinder aufgrund von Armut, Arbeitslosigkeit oder Umweltzerstörung keine Pers-

pektive auf ein gutes Leben in Würde sehen. Oft kommen mehrere Ursachen zusammen, wenn Menschen sich entscheiden, aufzubrechen und anderswo neu anzufangen. Dass die Chancen auf ein gutes Leben ebenso wie die Bedingungen des Überlebens weltweit extrem ungleich verteilt sind, ist der Hauptauslöser, der den meisten Flucht- und Migrationsbewegungen zugrunde liegt.

Zäune und Mauern sind keine Lösung

Die Europäische Union hat auf die Menschen, die hier Zuflucht suchen oder sich ein besseres Leben aufbauen wollen, mit der Errichtung von Zäunen und der Einführung verschärfter Grenzkontrollen reagiert. Sie hat grundlegende Rechte von Menschen auf der Flucht außer Kraft gesetzt. Mit der Türkei, Marokko und vielen anderen Staaten Afrikas wurden Abkommen geschlossen, die Flüchtlinge, Migranten und Migrantinnen von Europa fernhalten sollen. Dabei zeigt die Erfahrung: So lange Menschen bei sich keine Perspektive sehen oder unmittelbar bedroht sind, werden sie weiterhin alle Anstrengungen und Gefahren von Flucht und Migration auf sich nehmen. Die Flucht aus Not und Elend sowie die Suche nach einem besseren Leben lassen sich nicht unterbinden. Europa, Deutschland und wir alle stehen daher vor zukunftsweisenden Fragen: Wollen wir die Bewohnerinnen und Bewohner einer Festung sein, die sich mit Mauern und Zäunen verteidigt? Oder wollen wir in einem Gemeinwesen leben, das auf Solidarität und Empathie aufbaut? Sind wir bereit, anderen Schutz zu gewähren und ein Leben in Frieden und Sicherheit nicht nur für uns zu beanspruchen? Meinen wir es ernst mit der Fluchtursachenbekämpfung und nehmen wir dafür auch Abstriche bei eigenen Privilegien in Kauf?

Rechte in einer globalisierten Welt

Bei der Beantwortung dieser Fragen kann ein Blick auf die Menschenrechte helfen. Diesen zufolge hat jeder Mensch das Recht auf ein Leben in Sicherheit und Würde. Schließlich kann niemand etwas dafür, in welche Lebensverhältnisse er oder sie hi-

neingeboren wird, ob in Wohlstand oder Armut, in Frieden oder Krieg, in Demokratie oder Diktatur. Daher ist es kein Akt der Wohltätigkeit oder der Gnade, Menschen in Not beizustehen. Es ist nichts anderes als das Recht der anderen ebenso anzuerkennen wie das eigene. Was aber bedeutet das? Was könnte und müsste passieren, damit das Menschenrecht nicht nur auf dem Papier steht, sondern Wirklichkeit wird?

In einer Welt, in der es Krieg, Gewalt und Armut gibt, hieße es, sichere Flucht- und legale Migrationswege zu verteidigen und zu schaffen. Auf der Ebene des internationalen Rechts hieße es, den Schutz von Klima- und Umweltflüchtlingen oder die Migration von Fachkräften zu regeln. Für unsere Gesellschaft hieße es, das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Geschichten als Normalität zu verstehen und die Abwehr des oder der „Fremden“ zu überwinden. Für jüngere Generationen ist das Leben in einer globalisierten Welt längst eine Selbstverständlichkeit – mit Speisen aus dem Nahen Osten, Elektronik aus Asien, Musik aus Afrika und vielen Freunden, Bekannten und Nachbarn aus der ganzen Welt. Die deutsche Gesellschaft kommt nicht umhin, sich damit auseinanderzusetzen, was Einwanderung für sie bedeutet: Was sie ihr abverlangt, wie sie die Gesellschaft aber auch im positiven Sinne verändern wird.

Für das Recht zu bleiben und das Recht zu gehen

Bei all dem geht es darum, das Recht der Menschen auf der Flucht aus elenden Verhältnissen, aber auch auf Mobilität und Freizügigkeit zu verwirklichen. Daneben gibt es gleichwohl das „Recht zu bleiben“. Hierbei geht es darum, dass Menschen gar nicht zu Flüchtlingen werden müssen. Wohlstand und Freiheit zu teilen heißt in diesem Sinne, sich für die Überwindung von Verhältnissen einzusetzen, die Menschen anderswo das Leben erschwert oder sogar unmöglich macht. Das bedeutet, sich mit der „eigenen“ Verantwortung für die Not in der Welt auseinanderzusetzen. Von Waffenexporten in Kriegsgebiete über die Zusammenarbeit mit autoritären Regierungen, die die Menschenrechte

systematisch missachten, bis hin zur Ausbeutung von Rohstoffen anderer Länder und unfairen Handelsbeziehungen, die eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung von Ländern im globalen Süden erschweren: Deutschland und Europa sind in vielerlei Hinsicht in die Entstehung von Fluchtursachen verstrickt.

Klar ist: Je gerechter die Welt gestaltet ist, umso weniger sind Menschen zur Flucht gezwungen. Der Weg dahin ist weit und für solche Veränderungen braucht es einen langen Atem. Dabei ist es jedoch hilfreich wahrzunehmen, dass es überall auf der Welt Menschen und Organisationen gibt, die sich für bessere und gerechtere Verhältnisse einsetzen. Initiativen, die in Brasilien gegen die Zerstörung der Regenwälder und Umweltverschmutzung kämpfen, die in Sierra Leone versuchen, die Ausbeutung der heimischen Rohstoffe zu verhindern, die sich in Syrien weiterhin für Frieden und Demokratie einsetzen, die in Afghanistan Opfern von Krieg und Gewalt beistehen oder die in Ägypten für die Achtung der Menschenrechte streiten. Sie alle kämpfen damit auch für das Recht aller Menschen, eine freie Entscheidung treffen zu können, ob sie zu Hause bleiben oder woanders leben möchten.

Bildung im globalen Kontext

Die Auseinandersetzung mit den Ursachen von Flucht und Migration und den Bedingungen globaler Ungleichheit ist eine zentrale Bildungsaufgabe im 21. Jahrhundert. Bildung für nachhaltige Entwicklung vermittelt nicht nur Wissen über die sozioökonomischen, politischen, ökologischen Entwicklungen im globalen Zusammenhang, sondern auch Kompetenzen, die für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Welt erforderlich sind. Um solidarisch denken und handeln zu können, brauchen wir Bildungsprozesse, die sich an Demokratie und Menschenrechten orientieren und Bewusstsein über gesellschaftliche Machtverhältnisse schaffen. Wir möchten Lehrende und Lernende in Schule und außerschulischer Bildung ermutigen, auch eigene Privilegien, Vorurteile und Verhaltensmuster zu reflektieren und sich darüber auszutauschen, wie jede und jeder zu mehr sozialer Gerechtigkeit beitragen kann. Hierzu soll diese Broschüre Anregungen geben.

Im Namen der Demokratie: Flüchtlingsabwehr um jeden Preis

Von Johannes Simon

Nichts Neues in der Flüchtlingsabwehrpolitik der Union: Auch wenn sie es nicht Obergrenze nennen, schreiben CDU/CSU in ihrer Einigung auf eine gemeinsame Linie doch die Zahl von 200 000 Menschen fest, auf die sie die Zuwanderung von Flüchtlingen künftig begrenzen wollen. Gleichzeitig firmiert dies unter dem Deckmäntelchen des Humanitären. Hier zeigt sich so deutlich wie sonst kaum, dass wir im Zeitalter des Postfaktischen leben.

Wer das nicht glaubt, sollte sich genau anschauen, wie europäische Politiker über Flüchtlinge in Libyen sprechen. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini etwa berichtete im September in einer Rede vor dem Europaparlament, die „Arbeit, die wir in den letzten zwei Jahren geleistet haben“, trage jetzt endlich Früchte. Durch die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache habe man „Hunderttausende Menschenleben gerettet“.

Ganz abgesehen von der astronomisch hohen Zahl, die Mogherini nennt: Das Gegenteil ist wahr. Zur Erinnerung: Die EU hat die libysche Küstenwache seit fast zwei Jahren finanziert, ausgebildet und durch die Marineoperation „Sophia“ unterstützt; gleichzeitig schränkte sie diesen Sommer die Seenotrettung durch private NGOs dramatisch ein. Dadurch ist die Überfahrt über das Mittelmeer noch gefährlicher geworden: Dieses Jahr starb jeder 50. Flüchtling bei der Überfahrt gegenüber jedem 90. im Jahr 2016. Vor allem aber lässt sich das, was die libysche Küstenwache betreibt, kaum als Seenotrettung bezeichnen. Vielmehr fängt sie Flüchtlinge, die versuchen, das Bürgerkriegsland zu verlassen, ab und bringt sie zurück nach Libyen, um sie dort in Lager einzusperren.

Mogherini sprach zwar auch von den „inakzeptablen“ Zuständen in diesen Einrichtungen. Doch das klang ganz so, als habe die Unterstützung der libyschen Küstenwache durch die EU nichts mit den Lagern zu tun, in denen die angeblich geretteten Flüchtlinge schließlich landen. Ohne die EU würde jedoch keine dortige Miliz oder selbst ernannte Regierung auch nur einen Finger rühren, um Flüchtlinge daran zu hindern, das Land zu verlassen. Diesen offensichtlichen Zusammenhang machte die Präsidentin der Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“, Joanne Liu, nach einem Besuch im Land kürzlich in einem offenen Brief an die europäischen Regierungen deutlich: „Was ich in Libyen gesehen habe, würde ich als den Inbegriff menschlicher Grausamkeit in Extremform beschreiben“, schreibt Liu und fährt fort: „Jede

Nation und jede Regierung, die dazu beiträgt, Menschen zurück nach Libyen zu schicken oder in Libyen festzuhalten, macht sich mitschuldig.“¹

Die Schuld der Europäer

Spätestens seit es die Gefängniswärter finanziert, ausrüstet und anstiftet ist Europa verantwortlich für das Schicksal der in Libyen eingesperrten Menschen. Denn es sind die libyschen „Behörden“, die Flüchtlinge „foltern, vergewaltigen“ und „versklaven“, wie es in einem UN-Bericht zu Libyen heißt.²

Die verantwortlichen Politiker geben sich gerne bestürzt ob der horrenden Zustände und versuchen den Anschein zu erwecken, als handle es sich um eine improvisierte Notlösung, die sich bestimmt bald verbessern lasse. Doch der gegenwärtige Zustand ist über sehr lange Zeit planvoll herbeigeführt worden – und Deutschland war immer ganz vorne mit dabei.

Schon im April 2016 hatte Angela Merkel einen Deal mit Libyen „wie mit der Türkei“ gefordert, während Mogherini zeitgleich in einem internen Papier des EU-Außendienstes skizzierte, wie ein solcher Deal aussehen müsste. Demnach sollten die libyschen Behörden in Zusammenarbeit mit der EU „vorübergehende Auffanglager für Migranten und Flüchtlinge“ unterhalten. „Dabei muss man auch über Inhaftierungseinrichtungen nachdenken“, heißt es in dem Papier weiter.³ Bereits im Mai 2016 begann die EU-Marinemission „Sophia“, die libysche Küstenwache auszubilden.

Damals waren die Zustände in den libyschen Lagern nicht anders als heute. In einem Bericht der Vereinten Nationen vom Dezember 2016 mit dem Titel „Eingesperrt und entmenschlicht“ ist von einer „Menschenrechtskrise“ die Rede. In den Lagern der Regierung seien Flüchtlinge „Opfer von Zwangsarbeit, Erpressung, willkürlicher Freiheitsberaubung, Gewalt, Folter, Vergewaltigung und Mord“. Von der Küstenwache aufgegriffene Flüchtlinge „werden oft geschlagen, ausgeraubt und in Gefangenenlager oder private Häuser oder Farmen gebracht, wo sie Zwangsarbeit, Vergewaltigung und anderer sexueller Gewalt ausgesetzt sind.“⁴

Das alles war bekannt, während der von Mogherini skizzierte Plan stückweise in die Tat umgesetzt wurde. Im Februar dieses Jahres unterzeichnete Italien einen ersten expliziten Deal zur Flüchtlingsabwehr mit der libyschen „Einheitsregierung“, bei dem ausdrücklich von Aufnahmezentren die Rede war. Die übrigen europäischen Regierungen stimmten dem Abkommen zu und bewilligten weitere 200 Mio. Euro für den EU-Fonds für Afrika, um Libyen bei der „Kontrolle der Land- und Seegrenzen“ zu unterstützen. Priorität habe „Training, Ausrüstung und die Unterstützung der libyschen Küsten-

1 Libya: Open letter – European governments are feeding the business of suffering, 6.9.2017, www.msf.org.

2 Final report of the Panel of Experts on Libya established pursuant to resolution 1973 (2011), www.reliefweb.int, 1.6.2017.

3 Markus Becker und Matthias Gebauer, EU erwägt Migrantengefängnisse in Libyen, 29.4.2016, www.spiegel.de.

4 Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Detained and Dehumanised – Report on human rights abuses against migrants in Libya, 13.12.2016, www.ohchr.org.

wache und anderer relevanter Behörden“. Dass der Plan erst diesen Sommer wirklich gegriffen hat – über ein Jahr nachdem Merkel ihn gefordert und Mogherini ihn ausgearbeitet hatte –, hat auch damit zu tun, dass es keine zentrale libysche Regierung gibt, sondern nur ein Netzwerk von Milizen, Warlords und Gangs, die zum Teil selbst in den Menschenschmuggel involviert sind. Dementsprechend schwierig gestalteten sich die Verhandlungen.

Aber: Genau der gegenwärtige Zustand ist seit über einem Jahr angestrebt worden. Und die ganze Zeit war völlig klar – für die Verantwortlichen, aber auch für die Öffentlichkeit, soweit sie interessiert war –, was die Konsequenzen sein würden. Es ist wichtig, das so banal festzustellen – und sei es nur, um der wieder und wieder vorgetragenen scheinheiligen Betroffenheit von Martin Schulz, Angela Merkel und Sigmar Gabriel etwas entgegenzusetzen.

Die Zukunft der europäischen Flüchtlingsabwehr

So sind wir im Sommer 2017 an einem entscheidenden Punkt in der Entwicklung der europäischen Flüchtlingspolitik angekommen. In Libyen wurde die bisherige Externalisierungsstrategie der EU auf eine grausame Spitze getrieben. Gleichzeitig gibt es keinen Grund anzunehmen, dass in Zukunft weniger Menschen versuchen werden, nach Europa zu gelangen. Eine amerikanische Studie kam 2016 unter Auswertung zahlreicher demographischer Daten zu dem Schluss, dass der „langfristige Migrationsdruck“ von Afrika nach Europa in den nächsten Jahrzehnten weiter zunehmen werde. Die immer wieder angekündigte „Bekämpfung von Fluchtursachen“ würde daran nicht das Geringste ändern, selbst wenn Europa wirklich an der nachhaltigen Entwicklung Afrikas interessiert wäre. Denn paradoxerweise führt gerade steigender Wohlstand erst einmal dazu, dass noch mehr Menschen auswandern.⁵ Das bedeutet: Das vorgelagerte europäische Grenzregime, das seit einigen Jahren in Afrika entsteht, wird von Dauer sein. Wenn es heute stimmt, was der italienische Innenminister und maßgebliche Architekt des „Libyendeals“, Marco Minniti, sagte, nämlich dass „an Libyens Südgrenze die Grenzen Europas verteidigt werden“, dann gilt das auch noch 2020, 2030 und 2040. Was man gerade in Afrika beobachten kann, ist die Zukunft der europäischen Flüchtlingsabwehr – und in Libyen wird etabliert, welche Maßnahmen dabei als „akzeptabel“ angesehen werden.

Die Strategie der Externalisierung ist natürlich nichts Neues. Schon seit der Jahrtausendwende verlässt sich die EU bei der Migrationskontrolle zunehmend auf Drittländer. Auch mit Libyen gab es bereits unter Muammar al-Gaddafi eine Reihe entsprechender Abkommen. Der Diktator drohte seinerzeit, ohne ihn werde „Europa schwarz werden“ – und Italien zahlte ihm Milliarden, um das zu verhindern. Die Zusammenarbeit wurde so eng, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Italien 2011 verurteilte, weil die italienische Marine Flüchtlinge auf hoher See aufgegriffen und nach

5 Craig McIntosh und Gordon Hanson, Is the Mediterranean the New Rio Grande? US and EU Immigration Pressures in the Long Run, in: „Journal of Economic Perspectives“, 4/2016, S. 57-82.

Libyen zurückgebracht hatte. Das Völkerrecht verbietet einen solchen *Push-back*, wenn die Sicherheit der Flüchtlinge in dem Land, in das sie gebracht werden, nicht garantiert ist.⁶

Zu diesem Zeitpunkt war Gaddafi – unter tatkräftiger Mitwirkung Italiens, Frankreichs und Großbritanniens – schon gestürzt worden. Europa hatte keinen Partner mehr in Tripolis, als ab 2014 die libyschen und syrischen Bürgerkriege zur sogenannten Flüchtlingskrise führten. In ihrem Zuge hatten die nordeuropäischen Länder für einige Monate ihren „Dublin-Schutzschild“ verloren. Seitdem wird auf europäischer Ebene mit großer Energie an einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik gearbeitet. Nach dem „Erfolg“ des Türkei-Deals Anfang 2016 versucht man, dieselbe Strategie in Afrika zu wiederholen. Schon im November 2015 wurde ein „Emergency Trust Fund for Africa“ über (vorläufig) zwei Mrd. Euro aufgelegt, um sich die Kooperation afrikanischer Länder bei der Migrationskontrolle zu erkaufen. Im Juni 2016 folgte das „New Partnership Framework for Third Countries“, das diese Zusammenarbeit formalisiert und auch Sanktionen für jene Länder vorsieht, die sich weigern zu kooperieren. Im Zentrum standen dabei zunächst Niger, Nigeria, Senegal, Mali und Äthiopien. Äthiopien war schon Teil des „Khartoum-Prozesses“, mit dem Flüchtlinge aus dem Horn von Afrika aufgehalten werden sollen. Dafür erhalten die Sicherheits- und Repressionsorgane von Staaten wie Eritrea, Sudan und Äthiopien etliche Millionen Euro sowie Hilfe bei der Ausrüstung und Ausbildung.⁷ Deutschland nimmt dabei eine führende Rolle ein, besonders im Sudan.⁸

Vom Türkei-Deal zum Abkommen mit einem Failed State

In diesem Kontext muss man das Libyen-Abkommen sehen: Es ist europäisches *business as usual* – mit dem entscheidenden Unterschied, dass es in Libyen keinen funktionierenden Staat gibt. Die sogenannte Einheitsregierung und ihr von der EU unterstützter Präsident al-Sarradsch kontrollieren nicht einmal ein paar Häuserblocks in Tripolis. In Libyen operieren etwa 2000 Milizen, einige von ihnen haben sich der Einheitsregierung angeschlossen, werden von dieser aber keineswegs kontrolliert. So traf die italienische Regierung im Februar nicht nur ein Abkommen mit der Einheitsregierung, sondern auch mit Vertretern von Stämmen der Tuareg und Tebu, die im Süden Libyens den Grenzverkehr kontrollieren. Im Osten des Landes gibt es außerdem eine zweite Regierung unter Führung von General Haftar, die militärisch um einiges schlagkräftiger ist und in letzter Zeit immer wieder ankündigte, nach Westen gen Tripolis vordringen zu wollen. Ausgehend von dieser Lage war frühzeitig abzusehen, dass ein Abkommen mit Libyen auf die Kooperation

6 Vgl. Anja Valentina, The EU external policy on migration and asylum: What role for Italy in shaping its future?, in: „Policy Briefs“, 5/2017, S. 1-20, <http://migration.jus.unipi.it>.

7 Tuesday Reitano, The Khartoum Process – A sustainable response to human smuggling and trafficking?, in: „Policy Brief“, 11/2016, S. 1-11, www.issafrika.org.

8 Vgl. Amnesty International, Europäische Migrationspolitik: Der Khartoum-Prozess, 17.2.2017, www.amnesty-sudan.de.

mit einzelnen Milizen und Warlords hinauslaufen würde, und zwar besonders mit jenen, die bis dahin die Migration nach Europa kontrollierten. Auf 300 Mio. US-Dollar jährlich schätzte der ehemalige Leiter der EU-Marine-mission „Sophia“, Admiral Credendino, den Umsatz der verschiedenen Milizen mit Flüchtlingen.⁹ Damit würden die EU-Mittel konkurrieren müssen.

Und tatsächlich läuft die jüngste EU-Politik vor allem auf Bestechung hinaus. In der ersten Hälfte 2017 war die Anzahl der ankommenden Flüchtlinge noch höher als im Vorjahr; hätte sich diese Tendenz fortgesetzt, wären 2017 über 200 000 Flüchtlinge nach Italien gekommen, also deutlich mehr als die 181 000 im Jahr zuvor. Doch dann brachen die Zahlen im Juli und August plötzlich dramatisch ein und bis Anfang Oktober waren 2017 insgesamt nur 106 889 Flüchtlinge nach Italien gelangt.¹⁰ Abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit hatte Rom an einem Deal mit den Milizen gearbeitet, die das Schmuggelgeschäft kontrollieren. Ihnen wurde ein Angebot unterbreitet, das sie kaum ablehnen konnten: Wer das Geschäft aufgeben könne, könne das illegal verdiente Geld behalten, seine Machtpositionen legitimieren und eine offizielle Rolle im künftigen libyschen Staat einnehmen; wer ablehne, werde in Zukunft verfolgt.¹¹

Einer dieser Warlords ist Ibrahim Miald, genannt al-Biya. Der einstige islamistische Rebell der Revolution von 2011 eroberte den Hafen der Küstenstadt Zawiya und nennt sich seitdem Chef der „Küstenwache“. Wie die „Washington Post“ unter Berufung auf UN-Ermittler berichtete, gehört al-Biya einer Miliz an, die in Zawiya den Öl- und Menschenschmuggel beherrscht und nun ein Gefangenenlager für Migranten betreibt. Von al-Biyas Küstenwache aufgegriffene Flüchtlinge werden in dieses Lager verbracht, wo sie unter unmenschlichen Bedingungen leben müssen und teilweise „als Sexsklaven verkauft“ werden, so die UN-Ermittler.¹²

Doch derlei Erkenntnisse hindern die EU-Staaten offenbar nicht an einer Kooperation, im Gegenteil: Die Bundesregierung hält ihre Informationen über al-Biya sogar unter Verschluss. Als die Linkspartei Anfang September eine kleine Anfrage zu dem Rebellenführer an die Bundesregierung stellte, stuft das Auswärtige Amt die Antworten mit Verweis auf geheimdienstlichen Quellenschutz als „Verschlussache“ ein, die nur von Abgeordneten und ihren Mitarbeitern eingesehen werden darf.¹³

Ein weiteres Zentrum des Menschenschmuggels ist Sabratha, wo etwa 70 Prozent der Flüchtlinge aus Libyen ablegen. Dort führt ein Mann namens Ahmed Dabbashi, genannt al-Ammu („Onkel“), die dominierende Miliz. Er wird in einem UN-Bericht als einer der „Hauptverantwortlichen“ für den Menschenschmuggel aus Libyen genannt. Seit 2015 arbeitet seine Miliz

9 Libya coastal towns earning millions from people trafficking says EU, in: „Libya Herald“, 7.12.2016, www.libyaherald.com.

10 Vgl. <http://migration.iom.int/europe>.

11 Mirco Keilberth, Flüchtlingsdeal zerplatzt, in: „die tageszeitung“ (taz), 19.9.2017, www.taz.de und Daniel Howden, The Central Mediterranean: European Priorities, Libyan Realities, in: „Refugees Deeply“, 10/2017, <http://issues.newsdeeply.com>.

12 Sudarsan Raghavan, Libya's coast guard abuses migrants despite E.U. funding and training, in: „The Washington Post“, 11.7.2017, www.washingtonpost.com.

13 Christian Jakob, Vom Mittelmeer zurück in die Hölle, in: taz, 20.9.2017, www.taz.de.

schon für den italienischen Ölkonzern ENI, um dessen Anlage in Sabratha zu bewachen (nachdem zuvor ein Cousin von al-Ammu, der eine lokale IS-Gruppe anführt, dort vier italienische Arbeiter entführt hatte). Im Juli nahm al-Ammu ein verlassenes Gefängnis in Besitz und begann dort Flüchtlinge einzusperren. Rückwirkend wurde ihm dafür ein entsprechender Auftrag von der Einheitsregierung erteilt. Der Bürgermeister von Sabratha erhielt 20 Mio. Dollar von der italienischen Regierung und al-Ammu selbst 5 bis 10 Mio. Dollar.¹⁴ Italiens Regierung streitet allerdings ab, direkt Geld an Milizen gezahlt zu haben.

Diese Kooperationen werfen ein anderes Licht auf die Diffamierung der Seenotretter als angebliche Kollaborateure der Schlepper seitens der italienischen Regierung. Gleiches gilt für den von Rom geforderten „Code of Conduct“, der die Arbeit der NGOs einschränken sollte. Italien wollte damit schlicht erreichen, dass die libysche Küstenwache Flüchtlingsboote in Zukunft bis weit in internationale Gewässer hinein aufhalten kann, ohne dabei von humanitären Beobachtern gestört zu werden.

Seit 2016 hatte die libysche Küstenwache immer wieder NGO-Schiffe bedroht oder mit Waffengewalt eingeschüchtert. Am 10. August deklarierte sie eine „Seenotrettungszone“, die weit in internationale Gewässer hineinreichte, und forderte alle NGOs auf, sich in Zukunft aus dieser fernzuhalten. Daraufhin stellte die größte und vielleicht wichtigste Seenotrettungsorganisation, „Ärzte ohne Grenzen“, ihre Arbeit wegen „glaubhafter Drohungen“ ein.¹⁵ Damit war der Plan der EU aufgegangen.

Seit August hat die libysche Küstenwache über 10000 Flüchtlinge nach Libyen zurückgebracht. Dort werden diese in Internierungslager gebracht, wo sie Misshandlung, Zwangsarbeit und Vergewaltigung ausgesetzt sind. Zwar sollen IOM und UNHCR im Auftrag der EU die Konditionen in libyschen Lagern überwachen und verbessern. Doch eine Recherche der NGO „Refugees Deeply“¹⁶ kam unter Berufung auf Quellen der Vereinten Nationen zu dem Ergebnis, dass die tatsächliche Zahl der abgefangenen Flüchtlinge noch weit höher sei. Die meisten von ihnen würden nicht in den offiziellen Internierungslagern der Regierung landen, sondern in illegalen Lagern der Schmuggler und Milizen, zu denen IOM und UNHCR keinen Zutritt hätten. Dennoch stellte sich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker demonstrativ hinter die „unermüdlichen und noblen“ Bemühungen Italiens, besonders was die „Ausbildung der libyschen Küstenwache“ anging. Italien könne weiterhin der Unterstützung der EU sicher sein, „denn Italien rettet Europas Ehre im Mittelmeer“.¹⁷

Als Juncker im September diese Rede hielt, brach Italiens Deal mit den libyschen Milizen allerdings bereits wieder auseinander, und die Zahl der in Italien ankommenden Flüchtlinge stieg plötzlich wieder an. Offen bleibt,

14 Oliver Meiler, Bezahlt Italien dubiose libysche Milizen?, in: „Süddeutsche Zeitung“, 11.9.2017, www.sueddeutsche.de.

15 Medics sans frontières, Hindrance of humanitarian assistance will create a deadly gap in the Mediterranean Sea, 12. 8.2017, www.msf.org.

16 Daniel Howden, The Central Mediterranean, a.a.O.

17 HIGHLIGHTS-Juncker's keynote EU State of Union address, www.reuters.com, 13.8.2017.

ob die von der EU unterstützten Kräfte die Kontrolle verloren hatten oder ob sie Brüssel nur ein Zeichen senden wollten, um mehr Geld zu bekommen.¹⁸ Zweifellos aber hat der italienisch-libysche Deal zu einer Eskalation der Gewalt beigetragen: In Sabratha kam es ab September zu schweren Gefechten zwischen al-Ammu und rivalisierenden Milizen, die ihrerseits vom lukrativen Schmuggelgeschäft profitieren wollen. Anfang Oktober musste sich al-Ammu aus Sabratha zurückziehen, die Kontrolle übernahm fortan die Miliz „Operation Room“, die nun auch die laut UNHCR 14 500 bis 20 500 im Internierungslager einsitzenden Migranten in ihrer Hand hat. Ob diese Miliz mit der Einheitsregierung zusammenarbeiten wird, um die Migration nach Europa zu stoppen, ist ungewiss. Allerdings sind alle an den Kämpfen in Sabratha beteiligten Parteien Teil dieser sogenannten Regierung – was einmal mehr zeigt, dass diese nur auf dem Papier besteht.

Die Militarisierung der Flüchtlingspolitik

Damit aber stößt die Externalisierungsstrategie der EU in Libyen an ihre Grenze: Solange es dort kein staatliches Gewaltmonopol gibt, kann sie nicht zuverlässig funktionieren. Langfristig stellt sich deshalb durchaus die Frage, ob Europa bereit ist, direkt in den libyschen Bürgerkrieg zu intervenieren. Schon im Mai 2015 erwog man in Brüssel eine Marineoperation auch in libyschen Gewässern, um dort gegen Menschenschmuggler vorzugehen.¹⁹ Besonders Mogherini forderte, die EU-Marinemission „Sophia“ müsse Schmugglerboote zerstören.²⁰ Ein internes Dokument der EU sprach von einem Militäreinsatz, sogar unter Einsatz von Bodentruppen.²¹

Zwar wurde aus diesem Plan nichts. Eine direkte Militarisierung könnte aber die logische Folge der derzeitigen EU-Flüchtlingspolitik sein, besonders an Libyens südlicher Grenze zu Niger, wo die meisten Menschen auf ihrem Weg nach Europa ankommen. Vor allem aus Westafrika haben in den letzten Jahren Hunderttausende die gefährliche Route von Agadez in Niger durch die Sahara nach Sabha in Libyen gewagt. Niger ist deshalb in den Fokus der europäischen Flüchtlingspolitik gerückt. Zwei Monate nachdem Angela Merkel im Oktober 2016 das Land besucht hatte, unterzeichnete die dortige Regierung ein Abkommen mit der EU: Dieses versprach bis zu 610 Mio. Euro, sollte es dem Land gelingen, die Migration nach Libyen unter Kontrolle zu bringen.²² Auch militärisch ist Niger ein enger Partner des Westens. Die USA und Frankreich betreiben dort Militärbasen und finanzieren weitgehend die nigrische Armee.

18 Patrick Wintour, Italy's deal to stem flow of people from Libya in danger of collapse, in: „The Guardian“, 3.10.2017, www.theguardian.com.

19 Arthur Neslen, EU to launch Mediterranean naval mission to tackle migrant crisis, in: „The Guardian“, 18.5.2015, www.theguardian.com.

20 Nikolaj Nielsen, EU ready to destroy smuggler boats at sea, in: „EU Observer“, 4.9.2017, www.eu-observer.com.

21 Ian Traynor, Migrant crisis: EU plan to strike Libya networks could include ground forces, 13.5.2015, www.theguardian.com.

22 EU offers 610 million euros to Niger to curb migration, www.reuters.com, 15.12.2017.

Während es in den Nachbarländern Nigeria und besonders in Mali bewaffnete Konflikte mit dschihadistischen Milizen gibt, war Niger bislang ein Anker der Stabilität in der Sahelregion – doch die EU-Politik droht dies nun zu gefährden. So warnt eine von der CSU-nahen Hans-Seidel-Stiftung mitfinanzierte Studie vor den Folgen der europäischen Versuche, die grenzüberschreitende Schmuggelökonomie in der Sahelzone zu unterbinden. Diese sei ein essenzieller Teil der politischen Ökonomie der Region, und selbst große Teile der staatlichen Infrastruktur in Nordniger hingen an diesen Einnahmen. Die Schmuggelrouten zu unterbrechen, laufe daher auf eine „Intervention“ mit unvorhersehbaren Folgen hinaus.²³

Ähnlich argumentiert eine Studie des niederländischen Clingendael Instituts für Internationale Beziehungen: Die EU ignoriere die komplexen Realitäten in der Region. Nur 20 Prozent der Migranten, die von Niger nach Libyen reisen, wollten tatsächlich weiter nach Europa. Vielmehr seien Migration und Warenzirkulation, auch über Grenzen hinweg, schon immer eine „vorübergehende Strategie“ der Bevölkerung gewesen, um ihren „Lebensunterhalt zu schützen“.²⁴

Und in der Tat führten die zahlreichen Migranten aus Westafrika bislang zu einem regelrechten Wirtschaftsboom in Agadez, an dem auch die Behörden mitverdienten. Das Militär eskortierte die Schmuggler teilweise sogar selbst gegen eine Gebühr durch die Wüste nach Libyen. Das ist nun vorbei, denn seit Anfang des Jahres werden Schmuggler und Flüchtlinge verfolgt. Ob dadurch die Zahl der nach Libyen gelangenden Menschen tatsächlich sinkt, ist indes äußerst zweifelhaft.²⁵ Die Zeitschrift „Foreign Policy“ berichtete, dass Schmuggler einfach die etablierten Routen umgingen, weshalb die IOM die Flüchtlinge nicht mehr zählen könne. Das aber hat fatale Folgen: Die neuen Routen sind länger, gefährlicher und teurer. Überdies werden sie nur von professionellen und schwerbewaffneten Gruppen angeboten. Dadurch kommen die Einnahmen aus dem Schmuggelgeschäft nun nicht mehr der gesamten Region zugute, sondern bloß verschiedenen bewaffneten Gruppen. Hingegen lassen die von der EU versprochenen ökonomischen Alternativen für Agadez, darunter Ausbildungsplätze, noch auf sich warten.²⁶

In diesem explosiven Kontext setzt Europa weiter auf Militarisierung. So fördert Brüssel den Aufbau einer gemeinsamen Armee der fünf Anrainerstaaten Mali, Mauretanien, Niger, Burkina-Faso und Tschad. Diese „G5-Joint Force“ ist in Mali stationiert und soll in der Sahelregion gegen Schmuggel und Terrorismus vorgehen. Sie wird von der EU finanziert und militärisch von Deutschland und Frankreich direkt unterstützt.²⁷ Die G5-Armee soll bald mit der European Union Border Assistance Mission (EUBAM), einem

23 Peter Tinti, Tom Westcott, The Niger-Libya corridor: smugglers' perspectives, in: „ISSPaper“, 11/2016, www.issafrica.org.

24 Fransje Molenaar, Floor El Kamouni-Janssen, Turning the tide – The politics of irregular migration in the Sahel and Libya, in: „CRU Report“, 2/2017, www.clingendael.org.

25 Daniel Howden, The Central Mediterranean, a.a.O.

26 McCormick, Highway through hell, in: „Foreign Policy“, 4.10.2017, <http://europeslamsitgates.foreignpolicy.com>.

27 European Commission, Partnership framework on migration: Commission reports on results and lessons learnt one year on, 13.7.2017, www.europa.eu.

EU-Programm, das Drittstaaten beim Grenzschutz und der Migrationskontrolle unterstützen soll, auch im Süden Libyens zusammenarbeiten. Das erklärten Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien, der Tschad und Niger im August in Paris.²⁸

Hot-Spots und Lager: Die Zukunft der Abschottung

Emmanuel Macron plädierte bei dieser Gelegenheit zudem für Zentren im Niger und im Tschad, in denen Asylanträge zukünftig geprüft werden könnten, damit sich Flüchtlinge nicht mehr auf den gefährlichen Weg nach Europa machen müssten. Sein Amtskollege aus dem Tschad stellte allerdings klar, dass er keine Zentren in seinem Land akzeptieren würde, die „alle Migranten auf dem ganzen Kontinent“ anziehen würden.²⁹ Dennoch deutete Macron mit seinem Vorstoß an, was der logische Endpunkt der aktuellen Entwicklung sein könnte – und gleichzeitig der Traum der meisten europäischen Politiker zu sein scheint: eine Art australisches Modell, bei dem Flüchtlinge ihren Asylantrag weit entfernt von den EU-Außengrenzen stellen sollen. Wer es dann trotzdem noch wagt, auf eigene Faust nach Europa zu gelangen, soll abgefangen und in Afrika in ein Lager gesperrt werden, wo sein Asylantrag geprüft wird. De facto entsteht dieses System bereits. Schon bald soll das UNHCR schutzbedürftige Flüchtlinge in Libyen auswählen und nach Niger transportieren, von wo sie dann in die EU gebracht werden könnten.³⁰ Wer nicht als schutzbedürftig gilt, soll mit Hilfe der IOM „freiwillig“ in seine Heimat zurückkehren. Zudem kündigte Brüssel Ende September ein Umsiedlungsprogramm an, mit dem über zwei Jahre hinweg 50 000 Flüchtlinge aus Afrika – insbesondere aus Niger, Tschad, Sudan und auch aus Libyen – von EU-Staaten aufgenommen werden sollen.³¹ Ob diese Zahl wirklich erreicht wird, darf allerdings bezweifelt werden: Denn das Programm läuft auf freiwilliger Basis – vermutlich, weil man aus dem peinlichen Scheitern des letzten Umsiedlungsprogramms gelernt hat. Bei diesem sollten innerhalb von zwei Jahren 160 000 Flüchtlinge aus Italien und Griechenland in der übrigen EU verteilt werden, doch zum offiziellen Ende des Programms im September waren nur 29 000 Menschen von anderen EU-Ländern aufgenommen worden.³² Angesichts dessen ist kaum davon auszugehen, dass Flüchtlinge in Zukunft tatsächlich „auf sicherem Wege“ aus Afrika nach Europa gebracht werden. Vielmehr handelt es sich bei solchen vagen Versprechen wohl eher um das humanitäre Feigenblatt für die komplette Abschottung.

28 Christian Jakob, Jetzt wird's ernst, in: taz, 3.9.2017, www.taz.de sowie Alissa J. Rubin und Jason Horowitz, European Leaders look to Africa to stem migration, in: „The New York Times“, 28.8.2017, www.nytimes.com.

29 Nikolaj Nielsen, Macron wants asylum claims to start in Africa, in: „EUobserver“, 29.8.2017, www.euobserver.com.

30 Christian Jakob, Jetzt wird's ernst, a.a.O.

31 Quentin Ariès, Brussels wants new refugee resettlement scheme, with 50000 target, in: „Politico“, 27.9.2017, www.politico.eu.

32 European Commission, European Agenda on Migration: Good progress in managing flows needs to be sustained, 6.9.2017, www.europa.eu.

Der Wille zur Ignoranz

Genau diese grundlegende Unehrllichkeit prägt die gesamte politische Debatte in der Fluchtfrage. Sie resultiert daraus, dass zwar viele die Abschottung wollen, aber nicht aussprechen mögen, was das konkret bedeutet. Fast könnte man auf die Idee kommen, dass gewiefte Politiker die Menschen darüber hinwegtäuschen, was die EU in Libyen tatsächlich tut. Doch so ist es eben nicht. Hier werden keine unschuldigen Bürger getäuscht, vielmehr ist die europäische Flüchtlingsabwehr ein Beispiel für funktionierende Demokratie. Die enormen Bemühungen der Europäischen Union in Afrika haben keinen anderen Zweck, als die europäischen Wählerinnen und Wähler zu beruhigen und so die rechtspopulistische Rebellion gegen das liberale Europa doch noch aufzuhalten. Eine rein an wirtschaftlichen Interessen orientierte Afrikapolitik sähe vermutlich anders aus, besonders mit Blick auf die wachsende Konkurrenz mit China um Absatzmärkte und Einfluss.

Doch in Italien finden nächstes Jahr Wahlen statt und die Flüchtlingsfrage ist eines der wichtigsten Themen. Damit punktet nicht zuletzt die proto-rechtspopulistische Fünf-Sterne-Bewegung, die sogar stärkste Kraft werden könnte. In Frankreich wiederum droht mit der Durchsetzung von Macrons neoliberalen Reformen und gleichzeitig hoher Zuwanderung bei den nächsten Wahlen fast sicher ein Sieg des rechtsextremen Front National. Auch im Bundestagswahlkampf mussten sich die Parteien der Großen Koalition nicht etwa für die Abschottungspolitik in Libyen rechtfertigen, sie gerieten im Gegenteil fast ausschließlich von rechts unter Druck.

Zwar vermeiden es deutsche Politiker, konkret zu benennen, welche Maßnahmen für die Flüchtlingsabwehr notwendig sind, und versuchen stets, das Thema in euphemistische Watte zu packen. Doch darin zeigt sich nur der schmutzige Deal, der sie mit vielen ihrer Wählerinnen und Wähler verbindet: Diese können es einerseits nicht ertragen, dass weitere Flüchtlinge von Libyen aus nach Europa kommen, wollen aber gleichzeitig nicht wissen – oder zumindest nicht aussprechen –, was nötig ist, um das zu verhindern. Dieser Wille zur Ignoranz, diese Ängstlichkeit prägen das stillschweigende Abkommen vieler Deutscher mit ihren Politikern. Sie wollen den Kuchen essen und ihn trotzdem behalten: Ausländer in Libyen festhalten und trotzdem europäische Werte leben.

DER LANGE SOMMER DER MIGRATION. KRISE, REKONSTITUTION UND UNGEWISSE ZUKUNFT DES EUROPÄISCHEN GRENZREGIMES

Sabine Hess / Bernd Kasperek / Stefanie Kron /
Mathias Rodatz / Maria Schwertl / Simon Sontowski

Was wir im langen Sommer der Migration 2015 miterleben konnten, war und ist keine Flüchtlingskrise, sondern eine historische und strukturelle Niederlage des europäischen Grenzregimes. 30 Jahre lang haben die europäischen Staaten im Verbund mit der EU versucht, ein höchst selektives, mehrstufiges und weit über die EU hinausreichendes Grenzregime zu etablieren. Benannt nach dem kleinen belgischen Ort Schengen wurde eine rassistische und klassistische europäische Mobilitätsordnung etabliert, die auf das ›Interesse‹ der europäischen Hegemonen ausgerichtet ist. Dieses Projekt war von Anbeginn ein janusköpfiges: Der Ausbau des Binnenmarkts und damit einhergehend der Binnenfreizügigkeit wurde verbunden mit einer Politik der selektiven Mobilitätskontrolle nach außen sowie mit einer rigiden Abschottung gegenüber jenen Weltgegenden, die nicht in die neoliberale, postkoloniale Logik passten. Vor diesem Hintergrund wurde Migration zum Gegenstand der Überwachung und das Mittelmeer zu einer militarisierten Todeszone.

Unter dem Eindruck der beharrlichen Migrationsbewegungen,¹ die im Sommer 2015 die europäischen Gesellschaften in Atem hielten, ist diese Ordnung der Kontrolle kollabiert. Im Sommer 2015 haben hunderttausende Menschen das Mittelmeer überquert und Zäune und Stacheldraht an Europas Grenzen überwunden. Die Dimensionen dieser Bewegungen waren neu, aber wie wir in den letzten Jahren immer wieder dokumentiert haben, gab es schon zuvor unzählige ähnliche Grenzüberschreitungen und Momente des Sich-Entziehens.² Seit dem letzten Sommer haben die Migrationsbewegungen jedoch Fragen des Grenzübertritts und des Rechts

1 Wir werden uns intentional in diesem Aufsatz nicht auf *eine* Benennungspraxis der heterogenen und fluiden Migrations-Fluchtbewegungen einlassen, da Benennungen im Sinne von Kategorisierungen immer als Politik des Sortierens und des Regierens zu verstehen sind. Vor allem beobachten wir mit Sorge aktuell stattfindende Konstitutionsprozesse einer eng definierten Flüchtlingsforschung, die die empirischen Einsichten in die Prozesshaftigkeit von Flucht_Migrationsprozessen, den Praxisreichtum sowie die Effekte des Regierens der Migration zu negieren scheint.

2 Siehe zuletzt die Grenzregime-Bände I und II (Hess/Kasperek 2010; Heimeshoff et al. 2014) sowie die Ausgabe 1/2015 von *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung: Europäisches Grenzregime*.

auf Flucht und Migration mit bisher nicht gekannter Vehemenz und nicht gekanntem Begehren auf die Straßen getragen und dadurch für die europäischen Gesellschaften offen sichtbar gemacht. Wie nie zuvor wurden Grenzüberschreitungen zu einer kollektiven und damit politisierten Bewegung der Migration gegen die europäische Mobilitätsordnung. Mit der offiziellen Grenzöffnung durch Deutschland und Österreich am 5. September 2015 gaben beide Länder diesem Druck nach. Das Grenzregime war plötzlich in sich zusammengebrochen – und bis heute sind die Langzeitfolgen dessen nicht vollständig absehbar. Die Flucht_Migrierenden, die bisher ihr Projekt dadurch umsetzen konnten, dass sie möglichst geschickt und ohne aufzufallen Grenzen überwandern, sind herausgetreten aus dem in der Migrationsforschung immer wieder aufgerufenen metaphorischen Schatten der Irregularität und haben das eingeleitet, was heute gemeinhin der Sommer der Migration und der offenen Grenzen genannt wird.

Der tausendfache Auf- und Ausbruch aus den Flüchtlingslagern in der Türkei oder Jordanien, ebenso wie die Mobilisierung tausender Geflüchteter, die sich Anfang September 2015 zu Fuß auf den Weg in Richtung österreichische Grenze machten, lässt sich als eine direkte Fortsetzung der revolutionären Umbrüche des Arabischen Frühlings (und seines Scheiterns) beschreiben. Mit ihnen ist der Arabische Frühling im wahrsten Sinne des Wortes als politische und soziale Bewegung im Herzen Europas angekommen. Diese Bewegungen wurden aber auch von unzähligen Solidaritätsnetzwerken unterstützt, die Fluchthilfe praktisch werden ließen und dadurch mitgeholfen haben, dass sich die Migrierenden das Recht auf Bewegungsfreiheit aneignen konnten. Der Sommer 2015 war damit auch Ausdruck für ein neues und solidarisches Europa von unten, das seine transformative Kraft daraus zieht, sich ganz praktisch Rechte anzueignen, gerade wenn diese vielen vorenthalten werden.

Gleichzeitig beobachten wir seitdem verschiedene Versuche der Rekonstitution und Restabilisierung des Grenzregimes. Mit massiven gesetzlichen Verschärfungen und dem Aufbau neuer Zäune und anderer Infrastrukturen soll die Kontrolle über die Grenzen und die Bewegungen der Migration zurückgewonnen werden. *Hotspots* wurden eingerichtet, das Recht auf Asyl weiter ausgehöhlt, die Abschiebungsmaschinerie wieder in Gang gesetzt und nicht zuletzt wurde die Türkei umworben, endlich als Grenzwächterin Europas zu fungieren, zu der die EU sie bereits seit gut zehn Jahren aufzubauen versuchte (vgl. Hess/Karakayali 2007; Schwiertz/Ratfisch und Soykan in diesem Band). Im Zuge dieser Re-Stabilisierung beobachten wir auch, wie die EU an zwei ihrer zentralen Politiken der Migrationssteuerung festhält bzw. sie sogar noch verstärkt: die Europäisierungs- und Vergemeinschaftungsstrategie (vgl. Mrozek in diesem Band)

sowie die Externalisierungsstrategie, die nun noch deutlicher als zuvor als Querschnittsthema mit Fragen und Programmen der Entwicklungspolitik verbunden wird.

Mit diesem Buch möchten wir die wichtigsten Entwicklungen im Feld der Migration in Europa seit dem Sommer der offenen Grenzen aufzeigen und analysieren. Wie sorgten die Bewegungen der Migration und die sie solidarisch begleitenden Aktivist_innen dafür, dass das europäische Grenzregime in eine zuvor nie für möglich gehaltene Krise geraten ist? Wie wurde darauf reagiert und wie haben sich die Kräfteverhältnisse zwischen den Akteur_innen der Migrationskontrolle und -regulierung und denen der Migration seitdem verschoben? Wie werden die Kämpfe um Hegemonie im Feld der Migration in Europa derzeit ausgetragen und welche neuen Modi des Regierens der Migration lassen sich erkennen? Aber auch: Welche alternativen Visionen von Europa werden in den Kämpfen und Bewegungen der Migration sichtbar? Dabei gehen wir im Sinne der ethnographischen Grenzregimeanalyse (vgl. u.a. Transit Migration Forschungsgruppe 2007; Tsianos/Hess 2010; Hess/Kasperek/Schwertl 2016) und des Konzepts der *border struggles* (Mezzadra/Neilson 2013) von den Kämpfen der Migration aus, die wir als treibende Kraft für Öffnungen, Schließungen und Verlagerungen von Grenzen ansehen (vgl. Hess/Karakayali in diesem Band).

Im weiteren Verlauf dieser Einleitung skizzieren wir unsere Perspektive auf den langen Sommer der Migration. Wir arbeiten zunächst die Vorgeschichte und den systemischen Charakter des Zusammenbruchs des europäischen Grenzregimes heraus, beschreiben die Rationalitäten der bislang erfolgten Reaktionen auf europäischer wie auf deutscher Ebene und kommen abschließend zu einer Einschätzung der aktuellen Situation, in der wir die Kämpfe der Migration in den Mittelpunkt stellen. Im Anschluss stellen wir kurz die in diesem Band versammelten Beiträge vor.

EIN BLICK ZURÜCK – DAS LANGE SCHEITERN

Während die Entwicklungen des letzten Jahres in der Notstandsrhetorik der politischen Klasse und der meisten Medien als unglücklicher Unfall erschienen, ist aus migrations- und grenzwissenschaftlicher Perspektive festzustellen, dass die europäische Regulationslogik nicht zuletzt angesichts der Dynamiken der Migration selbst grundsätzlich zum Scheitern verurteilt ist, wie wir es zusammen mit Anderen seit längerem mit dem Konzept der »Autonomie der Migration« analytisch zum Ausdruck gebracht haben (vgl. Moulier-Boutang 2006; Karakayali/Bojadžijev 2007; Transit Migration Forschungsgruppe 2007).

Spätestens seit dem Arabischen Frühling 2011 haben sich zudem die Koordinaten der europäischen Politik der selektiven, doch rigiden (exter-

nalisierten) Migrationssteuerung und Grenzkontrolle massiv verschoben, so dass im Sommer 2015 eine Reihe von Faktoren dafür sorgte, dass das europäische Grenzregime konkret zusammenbrach.

Der lange Sommer der Migration lässt sich zugespitzt als Krisenkonstellation beschreiben, die in zweifacher Weise aus den Aufständen des Arabischen Frühlings resultierte. So ging der brutale syrische Bürgerkrieg 2015 in sein fünftes Jahr, mit der Konsequenz, dass über die Hälfte der syrischen Bevölkerung (22 Millionen) innerhalb oder außerhalb des Landes auf der Flucht war. Die EU zielte dabei lange Zeit auf eine Regionalisierung der Krise und eine regionale Containment-Politik. Sie überließ es der Türkei, Libanon, Jordanien, Irak und Ägypten, die Fluchtbewegungen aufzunehmen und irgendwie zu versorgen. In diesen Ländern sind insgesamt mehr als vier Millionen Syrer_innen als Flüchtlinge registriert, die dort unter prekärsten sozialen und ökonomischen Verhältnissen, ohne Rechte und Partizipationschancen leben. 2015 hatte sich die Versorgungssituation angesichts zurückgehender internationaler Gelder rapide verschlechtert, wie es sowohl das UN-Flüchtlingshilfswerk als auch das Welternährungsprogramm vielfach vermeldeten. Gleichzeitig wurden die Erfahrungen des Aufstands und die Einforderung von Demokratie auch in den kollektiven Handlungen der syrischen Flüchtlinge in Europa sichtbar. Wie bereits bei der Migration tausender tunesischer Migrant_innen im Jahr 2011 stellten die *marches of hope* im letzten Jahr einen zweiten demokratischen Aufbruch dar. Neben dem Marsch in Richtung Wien bauten auch die Demonstrationen von tausenden Flüchtenden in der Türkei, die sich unter dem Motto *crossingnomore* ebenfalls zu Fuß auf der Autobahn an die türkisch-griechische Grenze begaben und ein »Recht auf einen sicheren Grenzübertritt einforderten«, auf den digitalen und sozialen Netzwerkstrukturen der syrischen Oppositionsbewegung auf.

Die zweite Konsequenz aus den Aufständen des Arabischen Frühlings war der Zusammenbruch des europäischen Grenzregimes im Mittelmeer und die daraus resultierende Erosion des europäischen Grenz- und Migrationsregimes im Allgemeinen. Das Projekt der Externalisierung, also der Einbeziehung von Drittstaaten in die Migrationskontrolle und die Vorverlagerung der Grenze, geriet ab Sommer 2011 in die Krise. Der Europäischen Union kamen aufgrund der demokratischen Aufstände ihre diktatorischen Kooperationspartner, wie zum Beispiel der libysche Diktator Gaddafi, abhanden. Und auch die Türkei blieb trotz kontinuierlicher Gespräche im Rahmen der Vor-Beitrittsverhandlungen zur EU als Grenzwächterin bis dato eine wenig verlässliche Verbündete.

Diese Erosion beruhte jedoch nicht nur auf externen Faktoren. Vielmehr scherte auch die italienische Regierung nach den Schiffsunglücken

vor Lampedusa im Oktober 2013, die einen tiefen Einschnitt im europäischen Diskurs um das Sterben im Mittelmeer markierten, aus der europäischen Abschottungspolitik aus. Die grundlegende Prämisse des Grenzregimes, die den Schutz der europäischen Grenzen über das Recht auf Leben der Flüchtenden gestellt hatte, wurde durch die italienische Operation *Mare Nostrum* durchbrochen, mit deren Hilfe innerhalb eines Jahres ca. 170.000 Migrant_innen nach Italien gelangten. Auch wenn *Mare Nostrum* Ende 2014 von der in Budget und Aktionsradius wesentlich kleineren Frontex-Operation *Triton* abgelöst wurde, sorgten weitere große Schiffsunglücke mit hunderten Toten dafür, dass das humanitäre Paradigma fortgeschrieben wurde und *Triton* im Umfang an *Mare Nostrum* angeglichen wurde (vgl. Heller/Pezzani in diesem Band). So kamen 2014 insgesamt etwa 220.000 und im ersten Halbjahr 2015 bereits weitere 150.000 Flucht_Migrant_innen über das Mittelmeer (vgl. UNHCR 2016). Angesichts dieser Zahlen hatte u.a. Italien immer wieder ein faires europäisches Verteilungssystem gefordert und die Dublin-Verordnung kritisiert. Während der Ruf der südeuropäischen Länder von Kerneuropa systematisch ignoriert wurde, fingten diese Länder selbst an, Dublin zunehmend ›laxer‹ anzuwenden. Dabei gingen sie so weit, Flüchtenden Busse bereitzustellen, die sie weiter in den Norden transportierten. De facto hatte das Dublin-System bereits vor Jahren aufgehört zu funktionieren.

Gleichzeitig führten interne juristische Entwicklungen und rechtliche Auseinandersetzungen, vor allem auf der Ebene der europäischen und nationalen Rechtsprechung, zu einer zunehmenden Verrechtlichung des Grenzregimes, mit der dieses zumindest selektiv demokratisiert wurde (vgl. Buckel 2014). Diese Verrechtlichung der Grenze war eine Folge weitreichender Urteile des Europäischen Gerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die sowohl in die bisherige Frontex-Praxis als auch in das Dublin-System menschenrechtliche Schutzstandards einführten und damit die Abschreckungslogik unterminierten: So wurden infolge des EGMR-Urteils »Hirsi et al. gegen Italien« Zurückschiebungen auf hoher See unterbunden und die Einsatzkräfte zur Aufnahme von Asylantragsstellungen verpflichtet. Dies führte vor allem dazu, dass sich Grenzschutz-Schiffe unter Frontex-Mandat, wie zunächst im Fall der Operation *Triton*, in die europäischen Hoheitsgewässer zurückzogen; denn sobald sie auf hoher See operierten, wären sie von nun an zur Seenotrettung verpflichtet gewesen.

Urteile sowohl des EGMR als auch von nationalen Gerichten brachten zudem das Dublin-System weiter in Bedrängnis. Griechenland wurde durch ein Urteil aus dem Jahr 2011 grundsätzlich aus dem Dublin-System herausgenommen, während weitere Einzelurteile auch bestimmte

Zurückschiebungen nach Ungarn, Italien und Bulgarien unterbanden. Diese Urteile machten vor allem die absolut uneinheitlichen sozialen und rechtlichen Asylstandards in den verschiedenen europäischen Ländern offen sichtbar, die einem vereinheitlichten europäischen Asylrecht bereits damals Hohn spotteten und sekundäre Fluchtbewegungen innerhalb Europas entstehen ließen: die »Lampedusa Flüchtlinge«, die vor der sozialen Verelendung und der Rechtlosigkeit in manchen EU-Staaten flohen und damit ebenfalls das Dublin-System unterwanderten (vgl. Buckel 2014).

Während die öffentliche Aufmerksamkeit nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen Schiffskatastrophen noch weit in den Sommer 2015 hinein auf das zentrale Mittelmeer gerichtet war, verließen ab dem Frühjahr immer mehr Flüchtende die Türkei und setzten durch die Ägäis auf die griechischen Inseln über (vgl. Sontowski in diesem Band). Anders als in den Jahren zuvor gelang es ihnen, Griechenland schnell zu durchqueren und in Richtung Balkan weiterzureisen – was sicherlich auch ein Effekt der neuen linken Syriza-Regierung war. Aus der zunächst eher klandestin bereisten Balkan-Route, die in den letzten Jahren kaum Beachtung gefunden hatte, wurde mit der Zunahme der Flucht-Migrationsbewegungen für einige Monate ein Korridor der staatlich organisierten Fluchthilfe, bevor die Transitbewegungen im März 2016 durch verschiedene Maßnahmen und politische Initiativen wieder entschleunigt, kontrolliert und eingehegt wurden. Im Zeitraum zwischen März 2015 und März 2016 erreichten allerdings allein über die Ägäis- und Balkan-Route mehr als eine Million Flüchtende die EU.

Darüber hinaus haben nicht zuletzt die Kämpfe von Geflüchteten und Unterstützer_innen in den letzten Jahren zu grundlegenden Veränderungen geführt (vgl. Ataç et al. 2015), die mit breiter angelegten gesellschaftlichen Transformationen in Richtung postmigrantischer Gesellschaften ineinandergriffen (vgl. Espahangizi et al. 2016). In vielen europäischen Gesellschaften lässt sich die Tatsache der Migration, ihre Unumkehrbarkeit und zukünftige Faktizität nicht länger ignorieren und hat sich auch institutionell in die unterschiedlichen Funktionssysteme eingeschrieben (vgl. Tsianos/Karakayali 2014).

REAKTIONEN – DIVERGIERENDE MODI DES REGIERENS DER MIGRATION IN/VON EUROPA

Die Reaktionen auf die unerwarteten Bewegungen im Spätsommer 2015 waren zunächst auf allen Ebenen und in allen europäischen Ländern von Überraschung und Chaos geprägt, wobei sich schnell Reaktions- und Umgangsweisen herausbildeten, die wir bereits in *Grenzregime II*

(2014) als eine höchst effektive politische Strategie der »Notfall-Politik« beschrieben haben. Regieren im Notfall-Modus macht es möglich, Gesetze auszuhebeln oder pragmatisch zu interpretieren und neuen Sicherheits-Akteuren wie beispielsweise dem Militär oder der Rüstungsindustrie gewichtige Rollen zuzuspielen. Darüber hinaus ermöglicht es, unter der Ausrufung einer humanitären Katastrophe, das diskursive, politische und rechtliche Terrain in Richtung von Mitleids- und Wohltätigkeitspolitiken zu verschieben und damit die ganz elementare politische Aneignung der Flucht- und Migrationsbewegungen des letzten Sommers, nämlich des Rechts auf Flucht und Selbstpräsentation, abzuerkennen. So werden aus politischen Akteur_innen Bittsteller_innen und aus Rechtsakten willkürliche Gnadenakte (vgl. Calhoun 2004; Fassin 2011).

Nach einer ersten Phase eher spontaner Notfall-Politiken kristallisierten sich aber zwei verschiedene Modi des Regierens der ›Flüchtlingskrise‹ heraus, welche auch zu einer Krise des politischen Projekts EU selbst geworden zu sein schien. Von der Faktizität der Bewegungen überwältigt, bauten Mazedonien, Serbien und Ungarn, später auch Kroatien und Slowenien zunächst einen staatlich organisierten Transport der Flüchtenden von einem Land ins andere auf. Der sogenannte Balkan-Korridor nahm Formen an und es war in dieser Zeit so einfach und schnell wie nie möglich, die Staaten des Balkans zu durchqueren (vgl. Kasparek in diesem Band). Dabei gab gleichzeitig Ungarn mit seinem frühen Zaunbau und einem von offensiven Rassismen geprägten Umgang mit Flüchtlingen die Richtung für die anschließende rechtspopulistische Wende und Renationalisierung der Migrationspolitik vor, die alsbald vor allem von den Visegrád-Staaten propagiert werden sollte. So begannen bereits im Herbst 2015 die Staaten entlang des Korridors mit räumlich changierenden Versuchen, diesen für einzelne Nationalitätengruppen wieder zu schließen und unter Kontrolle zu bringen. Im Frühjahr 2016 sorgte ein regionaler Vorstoß auf Initiative Österreichs für die Abriegelung der Route über den Balkan und der im Laufe des Winters gebaute Zaun entlang der griechisch-mazedonischen Grenze wurde für alle Flüchtenden geschlossen. Über Nacht wurde das Lager in Idomeni zu einem Freiluftgefängnis für 15.000 Gestrandete (vgl. Chronik von *Moving Europe* in diesem Band).

Darüber hinaus wurde der Sommer der Migration in vielen europäischen Ländern von einem Erstarken rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien, Bewegungen und Regierungen begleitet. Ihre Vision besteht weit über die Visegrád-Staaten hinaus in einer autoritären Renationalisierung des Politischen, der Wiedererrichtung von Zäunen, Mauern und anderen Grenzanlagen zwischen den Mitgliedstaaten der EU, der Migrationsabwehr und der rassistischen Absage an Einwanderung gene-

rell. Trotz der regierungsamtlichen Ausrufung der ›Willkommenskultur‹ in Deutschland lässt sich diese politische Veränderung auch hierzulande beobachten – im drastischen Anstieg von rassistischer Gewalt und Übergriffen auf Unterkünfte von Geflüchteten, begleitet von einer politischen, organisatorischen und parlamentarischen Rekonstitution rechter Bewegungen. Von den hegemonialen politischen Kräften erfuhren diese Entwicklungen nur selten symbolische Gegenwehr, dafür aber inhaltliche Bestätigung, wie beispielsweise in den drei letzten Asylrechtsverschärfungen der deutschen Bundesregierung (vgl. die Beiträge von Danielzik/Bendix, Neuhauser/Hess/Schwenken, Pichl sowie Schwiertz/Ratfisch in diesem Band).

Der zweite zentrale Modus des Regierens der ›Flüchtlingskrise‹ wurde vor allem von der EU-Kommission forciert. Zusammen mit einigen wenigen EU-Mitgliedstaaten begleitete sie die Re-Nationalisierung und Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen von Anfang an mit Argwohn. Die Kommission schien im Gegensatz dazu in erster Linie den Erhalt des Schengen-/Dublin-Raums zum Ziel zu haben und setzte viel daran, das Projekt der Binnenfreizügigkeit und der offenen innereuropäischen Grenzen zu verteidigen. Da jedoch gerade das Projekt des Binnenmarktes einer festen, im EU-Wording ›robusten‹ Außengrenzsicherung bedarf, setzte die EU weiterhin auf eine forcierte Externalisierungspolitik, wie sie v.a. auch im EU-Türkei-Deal zum Ausdruck kommt (vgl. Soykan in diesem Band). Dieser Deal hält im Gegensatz zu den Kontrollversuchen Österreichs und der Balkanstaaten an einer geopolitischen Vision der EU fest, die auch Griechenland umfasst und von einem intakten Schengen-Raum ausgeht. Nach dem Modell des EU-Türkei-Deals, der von allen größeren Menschenrechtsorganisationen grundlegend kritisiert wurde, sind nun bereits weitere Abkommen im Gespräch – mit Libyen wie auch mit Herkunftsstaaten von Fluchtbewegungen wie Eritrea oder dem Sudan.³ Parallel dazu hat die EU den Khartoum- und den Rabat-Prozess erneut intensiviert, mit denen sie seit Jahren versucht, den afrikanischen Ländern ihre Migrations- und Grenzpolitik beizubringen (vgl. Dünnwald 2014), wobei Marokko die Logiken und Strategien der EU bereits mustergültig umsetzt (vgl. Schwarz in diesem Band). Zudem setzt sich die Militarisierung des Mittelmeeres durch den NATO-Einsatz in der Ägäis sowie durch die EU-Marinemission EUNAVFOR MED / Operation Sophia zur angeblichen Schlepperbekämpfung vor der libyschen Küste unvermindert fort (vgl. Sontowski sowie Heller/Pezzani in diesem Band). Ande-

3 Siehe auch die Mitteilung der Europäischen Kommission vom 07.06.2016 »on establishing a new partnership framework with third countries under the European Agenda on Migration« (European Commission 2016).

rerseits versucht die EU-Kommission verlorenen supra-nationalen Einfluss zurückzugewinnen und an ihrer Politik der Vergemeinschaftung und ›Harmonisierung‹ festzuhalten. Diese Strategie manifestiert sich in der Verordnung zum gemeinsamen Grenzschutz (vgl. Mrozek in diesem Band), in den *Hotspots* genannten Registrierungs- und Internierungslagern an der griechischen und italienischen Küste sowie in den Versuchen, ein neues, ›faireres‹ Verteilungsverfahren zu entwerfen und dabei Kontingente zur *Relocation* zu bestimmen – wobei vor allem Letzteres durch die osteuropäischen Staaten bis heute massiv torpediert wird.

Den verschiedenen Kontrollversuchen gemeinsam ist ein massiver Abbau des Rechts auf Asyl sowie weiterer menschenrechtlicher Schutzgarantien. Diese Tendenz zeigte sich nicht nur in den Notfall-Politiken im unmittelbaren Anschluss an den Sommer der Migration, sondern auch in der systematischen Ausweitung des *Labelings* von Ländern als ›sichere Herkunftsstaaten‹ und ›sichere Drittstaaten‹ bzw. als ›*first countries of asylum*‹, nicht zuletzt im Zuge des EU-Türkei-Deals. Die Etablierung dieser rigiden, militärisch abgestützten Kontrollregime der Versicherheitlichung hat die Würde der Flucht_Migrierenden in den letzten Monaten mehr als angetastet. Darüber kann auch der weiterbestehende große Einsatz humanitärer Akteure nicht hinwegtäuschen. Mehr noch: der Humanitarismus beinhaltet nicht nur unwürdige Vergabepraktiken von Nahrungsmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern, sondern scheint auch die Staaten oftmals aus der Pflicht zu nehmen bzw., wie in Griechenland, sie nahezu zu ersetzen, was Fragen staatlicher Souveränität neu auf die Tagesordnung setzt (vgl. Maniatis in diesem Band). Auch haben die verschiedenen Maßnahmen eine starke Fragmentierung und Heterogenisierung des europäischen Rechtsraums zur Folge, so dass ein und derselbe Fluchtgrund je nach Ort und Zeit zu ganz verschiedenen Rechten und entsprechendem Status führen kann. So ist die Situation auf den griechischen Inseln insbesondere seit dem EU-Türkei-Deal als permanenter Ausnahmezustand zu charakterisieren. Dieser ist dadurch gekennzeichnet, dass mit der Bestimmung der Türkei zu einem ›sicheren Drittstaat‹ das Recht auf Asyl de facto ausgehebelt wurde. Anstelle des politischen Asylrechts dominiert ein humanitär-technischer Diskurs um ›Vulnerabilität‹, in dem nur noch bestimmten Gruppen wie Frauen, Kindern oder Kranken Schutz gewährt wird. Die Reformulierung des Politischen in Diskursen der Vulnerabilität und des Humanitarismus als zentrale Mechanismen des Krisenmanagements (vgl. Kasperek in diesem Band) – neben und spezifisch verwoben mit der fortgesetzten Militarisierung, Versicherheitlichung und Kriminalisierung von Migration, aber gerade auch von Fluchthilfe oder solidarischen Aktionen – ist kein Alleinstellungsmerkmal von Migrationspolitik. Allerdings zeigen

sich die damit verbundenen neuen Formen des humanitären Regierens im Feld der Migration besonders deutlich. Dieses *humanitarian government* funktioniert über die politische und mediale Konstruktion permanenter Krisen und kennt keine politischen Subjekte bzw. Subjekte von Rechten mehr, sondern nur noch Empfänger_innen humanitärer Hilfe. Andererseits handelt es sich hierbei nicht um ein homogenes Feld. Gerade die Interventionspraxis antirassistischer Bordermonitoring-Gruppen sowie kritischer Volunteers und der Fluchtmigrant_innen selbst bringt immer wieder Sand ins Getriebe der humanitaristischen Maschinerie, befragt deren Werte, Ethiken und Praktiken, wie beispielsweise hungerstreikende Flüchtlinge eines Camps auf der griechischen Insel Chios, wenn sie schreiben »we need lawyers not food!«.

Doch auch wenn sich die Lebenssituation der Flucht-Migrant_innen innerhalb Europas, in den Camps in Griechenland, in den Lager-Gefängnissen in Bulgarien und Ungarn oder in den Flüchtlingsunterkünften in Deutschland dramatisch verschlechtert hat, haben all die Maßnahmen und neuen Kontrollregime weder die Ägäis- noch die Balkanroute komplett schließen können. Was die Maßnahmen jedoch bewirkten, ist zum einen eine teilweise Verlagerung der Routen, so dass Frontex bereits vor einem neuen Sommer der Migration diesmal von Libyen und Ägypten nach Italien warnte (vgl. Spiegel Online 2016). Zum anderen ist der Transit wieder gefährlicher und riskanter geworden und die Abhängigkeit von Transporthelfer_innen erneut gestiegen.

UND DEUTSCHLAND? WILLKOMMENSKULTUR UND ASYLRECHTSABBAU HAND IN HAND

Von ähnlichen Ambivalenzen ist die konkrete Situation in Deutschland geprägt. Außer Frage steht, dass hegemoniale Kräfte in Staat, Politik und Medien im Verbund mit den rechtspopulistischen Argumentationen von CSU und AfD ganze Arbeit geleistet haben, um den anfänglichen positiven Konsens und die breite Offenheit gegenüber den Migrationsbewegungen abzuwürgen. Nicht nur konservative Feuilletonist_innen haben Zuwanderungen vor allem aus dem Nahen Osten oder »Nordafrika« als soziale, ökonomische oder »zivilisatorische« Überlastung konstruiert, eine drohende Islamisierung oder inkompatible, bedrohliche »Kultur« herbeigeredet und im Anschluss eine kollektive, wahlweise »deutsche« oder »europäische« Identitätskrise gezeichnet. Seit dem letzten Sommer wurde jede Gelegenheit genutzt, um aus dem Sommer der Migration eine nationalistische *moral panic* zu kreieren: von Konflikten in überfüllten (Massen-)Unterkünften, über die Kölner Silvesternacht und ähnliche, weniger dramatische Erzählungen über die »Verhältnisse« in städtischen Räumen, bis hin zu den

immer wieder gezogenen Verbindungslinien zwischen den Bewegungen der Migration und vermeintlichen oder tatsächlichen islamistischen Anschlügen oder entsprechenden Plänen. Dabei konnten wir staunend beobachten, wie quer durch alle politischen Spektren die rassistische Mobilisierung auf der Straße und in Parlamenten durch eine starke Anrufung von Gender-Argumenten praktiziert wurde, die Gendergleichheit zum deutschen Kulturgut schlechthin erklärten. Die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und anderswo sowie v.a. ihre diskursive Nachbearbeitung schienen die Bedrohung durch die ins Land strömenden männlichen Flüchtlinge im Sinne von »sex wars«, so Alice Schwarzer, glaubhaft und augenfällig zu machen. Geboren war die Figur des »gefährlichen männlichen Flüchtlings« (vgl. Neuhauser/Hess/Schwenken in diesem Band).

Auch linke und linksliberale Politiker_innen der Linkspartei, von Grünen und SPD fürchten um das Wohlergehen Deutschlands und verteidigen vermeintlich bestehende Werte oder auch die vermeintliche Stabilität der Sozialsysteme gegen »Flüchtlingströme« – sie fabulieren von Grenzschutz, Asyl-Obergrenzen und Abschiebungen in Kriegsgebiete. Dass dabei »Merksels Flüchtlingspolitik« nach wie vor als Feindbild taugt, erstaunt. Denn während die Bundesregierung ihren pragmatischen Ton, den sie im Sommer mit der Losung »Wir schaffen das« angeschlagen hatte, oberflächlich beibehalten hat, ist das staatliche Verhältnis gegenüber den solidarischen Praktiken vor Ort unter dem Label der »Willkommenskultur« nie über eine Floskel hinausgekommen. Im Gegenteil: Abgesehen von der programmatischen Ablehnung der flächendeckenden Wiedereinführung von innereuropäischen Grenzkontrollen (s.u.), waren praktisch alle seit dem letzten Sommer vorgenommenen gesetzlichen, verwaltungspraktischen und politisch-diskursiven Reaktionen durch Restriktion und Repression gekennzeichnet: angefangen von den Asylrechtsverschärfungen und der Konstruktion neuer »sicherer Herkunftsstaaten«, bis hin zur grund- und menschenrechtswidrigen Reform des Integrationsgesetzes (Institut für Menschenrechte 2016; vgl. Pichl sowie Schwiertz/Ratfisch in diesem Band). Dabei ist die Regierungspolitik insofern erfolgreich, als die eingeschlagenen Maßnahmen als erfolgreiche Schritte zur Lösung der »Krise« ausgegeben werden (können), wie es beispielsweise Bundesinnenminister Thomas de Maizière Anfang Juli verkündete: »Die Flüchtlingskrise ist zwar nicht gelöst. Aber ihre Lösung kommt in Europa gut und in Deutschland sehr gut voran« (BMI 2016). Tatsächlich sind sie nichts als die Fortschreibung der alten restriktiven (und vor allem gewaltsamen) politischen Strategien des Grenzregimes, die im Sommer gescheitert sind.

Dabei wird bis heute viel spekuliert, was Merkel in den Tagen um den 5. September wohl dazu gebracht haben könnte, zusammen mit ihrem

österreichischen Kollegen die Öffnung der Grenzen für die in Ungarn fest-sitzenden Flüchtlinge zu beschließen und anschließend trotz innerpartei-licher Widerstände an ihrer Haltung gegen europaweite Grenzschließun- gen festzuhalten (Alkousaa et al. 2016). Aus kritischer Perspektive wird diesbezüglich argumentiert, dass die von der Bundesregierung verfolgte Strategie sich vor allem aus den Kräfteverhältnissen und als Regulation migrationsbezogener Strukturwidersprüche begreifen ließe (so bspw. aus Perspektive der historisch-materialistischen Politikanalyse Georgi 2016; sowie Pichl und Schwiertz/Ratfisch in diesem Band). Hierbei wird dann auf die Dominanz arbeitskraftpolitischer und demografischer Rationa- litäten des neoliberalen (EU-Binnenmarkt-)Projekts verwiesen, welches sozusagen die Gunst der Stunde der marschierenden Flüchtlinge genutzt habe, um eine partielle Grenzöffnung und damit neo-liberale Einwan- derungspolitik auch gegen den Widerstand des national-konservativen Blocks durchzusetzen, um die Nachfrage nach Fach-/Arbeitskraft zu stil- len (vgl. Georgi 2016: 192).

Aus unserer Perspektive ist eine historisch-materialistische Analyse wichtig, um Flucht und Migration als ein grundlegendes Strukturmerk- mal kapitalistischer Umwälzungsprozesse und Ressourcenerstörung zu verstehen, wobei der je spezifische Regulationsmodus aufs engste mit den Akkumulationsproblemen und -bedürfnissen des globalen Kapitalismus verknüpft ist. Umgekehrt lässt sich mit einer materialistischen Geschichts- forschung aber auch herausarbeiten, dass spezifische Produktionsregime immer auch als Antwort auf das Begehren der Vielen nach einem anderen Leben und den konkreten Praktiken des Entziehens und Entkommens aus ausbeuterischen Arbeits- und Lebensverhältnissen zu sehen sind (ebd.; vgl. Papadopoulos/Tsianos 2008; Moulier-Boutang 2006).

In diesem Sinne halten wir es auch für die Diskussion der Entwick- lungen seit dem letzten Jahr für absolut notwendig, den anderen, antago- nistischen Moment der Dynamiken zu betonen: jenen Moment, von dem sich mit Berichten über die erfolgreichen Bewegungen und Kämpfe der Migration, vom neuen Schwung für solidarische Bewegungen in ganz Europa und ihren Aktionen *on the ground*, von unerwartet pragmatisch- solidarischen Praktiken des ›Willkommens‹ und ihrer zu beobachtenden Politisierung in Nachbarschaften, Stadtteilen und ganzen Gemeinden erzählen lässt. Eine Analytik, die es sich zum Ziel setzt, Regierungsstra- tegien und Strukturwidersprüche in den Vordergrund zu rücken, kann dazu führen, die alltäglichen, kurzfristigen und langfristigen Kämpfe, die Taktiken und Strategien in den Bewegungen der Migration, aber auch die Komplexität von Gesellschaften und Vergesellschaftungsprozessen insgesamt zugunsten des analytischen Ziels der kritischen Abstraktion

zu reduzieren. Aus unserer Sicht sollte es aber Aufgabe einer kritischen Migrations- und Grenzregimeanalyse sein, jene Momente zu betonen, in denen sich die Bewegungen der Migration gemeinsam mit solidarischen, transnationalen, sozialen und politischen Bewegungen den Versuchen ihrer Kontrolle und Regulation entziehen – egal ob diese Momente alltäglich und banal, taktisch oder strategisch – und explizit politisch ausgelegt sind (vgl. Rodatz 2016; sowie Hess/Karakayali und Sontowski in diesem Band).

Aus dieser Perspektive relativiert sich nicht die notwendige Kritik an den seit letztem Sommer in Stellung gebrachten Regierungsstrategien, vielmehr wird sie aus der Perspektive von Kämpfen und Praktiken gestärkt und empirisch-analytisch gewendet. Anstatt die partielle Öffnung der Grenzen auf ihre Funktion für das Arbeitskraftproblem eines neoliberalen Kräfteblocks zu reduzieren,⁴ wird ihre Genese aus den Kämpfen und Bewegungen der Migration und ihre (nicht intendierten) Effekte betont: Die Menschen kamen im vergangenen Jahr weder als ›Opfer‹ auf der Suche nach humanitärer Hilfe noch als billige Arbeitskräfte. Sie kamen als politische Subjekte, die ihr Schicksal gegen alle Widerstände und Widrigkeiten in die Hand genommen haben. Diese politische Subjektivität wird mittel- und langfristig diese Gesellschaft weiter verändern, sie wird sich nicht aufhalten lassen von einem ›national-konservativen Hegemonieprojekt‹, egal ob dieses sich lokal, in der Politik, oder im Staatsapparat selbst äußert. Wir haben das alles schon erlebt: 40 Jahre lang wurde mit diesen Positionen versucht, die ›Gastarbeiter_innen‹ in die für sie vorgesehene Rolle einer volkswirtschaftlichen Funktion zu drängen. Mit hohen Kosten für die betroffenen Menschen, aber letztlich erfolglos, wie wir wissen. Seit den 1990er Jahren hat sich die Kraft der Erzählung einer ethnisch-homogenen Gesellschaft in Deutschland endgültig erledigt. Wir leben in einer postmigrantischen Gesellschaft, in der eigene oder familiäre Migrationserfahrungen und Mehrfachzugehörigkeiten alltäglich sind. Menschen, die heute in diesem Land – und insbesondere in den Städten – aufwachsen, erleben das längst als unumkehrbare Normalität, selbst wenn sie nicht selbst über diese Erfahrungen verfügen. Diese postmigrantische Gesellschaft war es, die im vergangenen Jahr die Menschen an den Bahnhöfen, auf den Straßen und in den Nachbarschaften willkommen hieß, und die es bis heute tut (Karakayali/Kleist 2016). Denn unter der staatlichen Floskel der ›Willkommenskultur‹ hat sich längst eine Bewegung formiert, die ›alte‹, (post-)migrantische Selbstorganisation und antirassistisch-solidarische Strukturen mit den neuen ›Helfer_innen‹ in Nachbarschaften, Stadtteilen und

4 Dass es diese Hoffnungen bei Vertreter_innen von Wirtschaftsverbänden gab und sie eine Rolle gespielt haben für die Entscheidungen der Bundesregierung im Sommer, ist unbestritten.

Gemeinden zusammenführt. Der *Welcome2Stay*-Gipfel im vergangenen Juni in Leipzig und seine Fortführung in Berlin im September 2016 geben dieser Bewegung einen Namen und Ausdruck – verortet ist sie aber überall im Land, in lokalen Initiativen und Strukturen (vgl. Rodatz 2016).

Diese Dinge gehen nicht auf in der Analyse von hegemonialen Kräfteverhältnissen und Kontextanalysen. Sie werden erst sichtbar, wenn man den Blick von unten wählt, von diesen Praktiken her, die im (häufig unsystematischen) Widerspruch zu den strukturellen Ordnungen hegemonialer Kräfteverhältnisse stehen. Das macht eine Analyse der Strukturen und Kräfteverhältnisse weder falsch noch unwichtig, aber sie muss ins richtige Verhältnis zu diesen Momenten gesetzt werden. Ja, die staatlichen Reaktionen auf den Sommer der Migration, die Neuformierung des national-konservativen Blocks, rechte Gewalt auf den Straßen und Rassismus im Alltag zeigen, dass auch 25 Jahre nach dem überfälligen Eingeständnis des Status eines Einwanderungslandes der Glaube an nationale Homogenität, an die Legitimität einer ethnischen Bestimmung von Zugehörigkeit und gesellschaftlichen wie ökonomischen Aufstiegsmöglichkeiten organisationsfähig und handlungsfähig bleibt. Aus unserer Sicht ist diesen Entwicklungen aber nicht mit einer negativen Kritik zu begegnen, sondern mit einer empirischen wie theoriepolitischen Haltung, die das Versprechen des langen Sommers der Migration herausarbeitet: eine Anerkennung der komplexen globalen Weltordnung, in der die Bewegungen der Migration (und die systemische Notwendigkeit von Flucht) längst Alltag und die westfälische Ordnung der Nationalstaaten mit ihren Grenzen nur noch gefährliche (und gewaltsame) Makulatur ist. Dieses Versprechen wird nicht aufzuhalten sein. Denn unterhalb der europäischen und deutschen Versuche zur Stabilisierung hat der Sommer der Migration längst eine eigensinnige Dynamik entfaltet.

EIN UNVERGESSLICHER SOMMER – WAS WIRD BLEIBEN?

Im Mai und Juni 2016 wurden in Deutschland lediglich noch 16.000 neue Asylsuchende registriert (BMI 2016). In ganz Europa haben sich die kolportierten ›Lösungen‹ der ›Flüchtlingskrise‹ auf die Wiederherstellung der alten eurozentrischen ›geordneten‹ Verhältnisse konzentriert, wobei die verwendeten Werkzeuge dieser Lösung nationalistische Herzen (und jene von ›europäischen Patrioten‹) höherschlagen lassen. Dennoch: Für die Bewegungen der Migration, für solidarische Menschen, für Aktivist_innen wie Grenzforschende hat der Sommer der Migration die strukturelle Krisenanfälligkeit dieses europäischen Grenz- und Migrationsregimes plastisch vor Augen geführt. Selbstverständlich muss man die staatlichen Reaktionen, ihre Mechanismen und die zugrundeliegenden

Politiken und Rationalitäten deutlich kritisieren – und das ist auch Gegenstand der in diesem Band versammelten Beiträge. Aber wir geben dieser Kritik von Anfang an eine spezifische Betonung. Ausgangspunkt dieser Kritik muss die Anerkennung der Artikulation des Politischen sein, die mit der unaufhaltsamen Bewegung der Migration im Spätsommer 2015 ins Zentrum der europäischen Hegemonie getragen worden ist. Die Mobilisierung tausender Menschen, die sich Anfang September 2015 zu Fuß auf den Weg Richtung österreichische Grenze machten, nachdem sie zuvor wochenlang nahezu ohne Versorgung auf dem Budapester Ostbahnhof Keleti festgesessen hatten, war ein kollektiver politischer Akt, dem tagelange logistische Planung und soziale Organisation vorausgegangen sind. Mehr noch: Im *march of hope* ließen sich die politischen Praktiken und Erfahrungen der Akteure des Arabischen Frühlings und vieler Kämpfe der Migration wiedererkennen.

Im Sommer der Migration wurde nicht nur für einen kurzen Moment eine Politik der offenen Grenzen erzwungen. Als politischer Moment offenbarte er die Kontingenz, die Hinterfragbarkeit und die praktisch, taktisch wie strategisch nutzbaren, kleinen und großen Widersprüche des europäischen Grenzregimes. Die Stabilität und Normalität dieses Systems ist unwiderruflich ins Wanken geraten. Dieser Moment des Politischen des Sommers wird nicht vergehen. Er ist als Nachricht um die Welt gegangen, er ist weitergegeben worden in den Bewegungen der Migration und nicht zuletzt ist er mit ihnen tief in die europäischen Gesellschaften eingedrungen. Um diesen politischen Moment, um seine Sprengkraft im Herz des europäischen Grenzregimes muss es analytisch, aber vor allem auch aus aktivistischer und solidarischer Perspektive weiterhin gehen. Neue Zäune und Lager oder die Definition ›sicherer Herkunftsstaaten‹ produzieren verlängerte und verschobene Routen, neues Leid und Tod, aber sie werden weitere Migrationen auch in Zukunft nicht verhindern. Und begrenzte Aufenthaltsgenehmigungen, Residenzpflichten, Familiennachzugsverbote wie sonstige vorenthaltene politische, soziale und ökonomische Rechte werden die rassistischen Formationen in unseren Gesellschaften fortschreiben, nicht aber die Realität der Migration verhindern oder gar umkehren können, wie es die tagtäglichen Nachrichten vom nicht endenden Transit entlang der Balkanroute demonstrieren (vgl. Bordermonitoring Serbia 2016). Der Sommer der Migration hat eine politische Konstellation hervorgebracht, mit der die politische Artikulation der Realität der Migration gegen ihre rassistischen, sozialen und ökonomischen Widerstände in Europa und in Deutschland wahrscheinlicher geworden ist. Auf diesen Moment richtet sich unser analytisches und politisches Interesse.

LITERATUR

Alkousaa, Riham / Becker, Sven / Brnada, Nina / Clauß, Anna / Dahlkamp, Jürgen / Mayr, Walter / Neukirch, Ralf / Puhl, Jan / Schult, Christoph / Wiedmann-Schmidt, Wolf (2016): Das Märchen eines Sommers. In: *Der Spiegel* 33/2016. 20-29.

Ataç, Ilker / Kron, Stefanie / Schilliger, Sarah / Schwiertz, Helge / Stierl, Maurice (2015): Kämpfe der Migration als Un-/Sichtbare Politiken. In: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1 (2). URL: <http://movements-journal.org/> [20.08.2016].

BMI – Bundesministerium des Innern (2016): »Lösung der Flüchtlingskrise kommt in Deutschland sehr gut voran«. URL: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2016/07/vorstellung-asylzahlen-erstes-halbjahr-2016.html> [20.08.2016].

Bordermonitoring Serbia (2016): Critical reports and analysis about Serbia as a country of transit and origin. URL: <http://serbia.bordermonitoring.eu/> [20.08.2016].

Buckel, Sonja (2014): »Welcome to Europe« – Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts. Juridische Auseinandersetzungen um das »Staatsprojekt Europa«. Bielefeld.

Calhoun, Craig (2004): A world of emergencies: fear, intervention, and the limits of cosmopolitan order. In: *Canadian Review of Sociology/Revue Canadienne de Sociologie* 41 (4). 373-395.

Dünnwald, Stephan (2014): Blick von Bamako auf die europäische Grenze. In: Heimeshoff, Lisa-Marie / Hess, Sabine / Kron, Stefanie / Schwenken, Helen / Trzeciak, Miriam (Hg.): *Grenzregime II. Migration – Kontrolle – Wissen. Transnationale Perspektiven*. Berlin. 58-74.

Espahangizi, Kijan / Hess, Sabine / Karakayali, Juliane / Kasperek, Bernd / Pagano, Simona / Rodatz, Mathias / Tsianos, Vassilis S. (2016): Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft. Zur Einleitung. In: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 2 (1). Im Erscheinen.

European Commission (2016): Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council, the Council and the European Investment Bank on establishing a new Partnership Framework with third countries under the European Agenda on Migration. COM(2016) 385 final.

Fassin, Didier (2011): *Humanitarian Reason. A Moral History of the Present*. Berkeley.

Georgi, Fabian (2016): Widersprüche im langen Sommer der Migration. Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse. In: *PROKLA* 46 (2). 183-203.

Heimeshoff, Lisa-Marie / Hess, Sabine / Kron, Stefanie / Schwenken, Helen / Trzeciak, Miriam (Hg.) (2014): *Grenzregime II. Migration – Kontrolle – Wissen. Transnationale Perspektiven*. Berlin.

Hess, Sabine / Karakayali, Serhat (2007): New Governance oder die imperiale Kunst des Regierens. In: *Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld. 39-56.

Hess, Sabine / Kasperek, Bernd (Hg.) (2010): *Grenzregime. Diskurse. Praktiken. Institutionen in Europa*. Berlin / Hamburg.

Hess, Sabine / Kasperek, Bernd / Schwertl, Maria (2016): Regime ist nicht Regime ist nicht Regime. Zum theoriepolitischen Einsatz der ethnographischen (Grenz-)Regimeanalyse. In: Pott, Andreas et al. (Hg.): *Migration Regimes. Reihe des IMIS*. Osnabrück. Im Erscheinen.

Institut für Menschenrechte (2016): Versteckte Einschränkung des Asylrechts im Entwurf des Integrationsgesetzes grund- und menschenrechtswidrig. URL: <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuell/news/meldung/article/pressemitteilung-versteckte-einschraenkung-des-asylrechts-im-entwurf-des-integrationsgesetzes-grund/> [20.08.2016].

Karakayali, Serhat / Bojadžijev, Manuela (2007): Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode. In: *Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld. 203-210.

- Karakayali, Serhat / Kleist, J. Olaf (2016): EFA-Studie 2. Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. URL: http://www.bim.hu-berlin.de/media/Studie_EFA2_BIM_11082016_VÖ.pdf [20.08.2016].
- Mezzadra, Sandro / Neilson, Brett (2013): *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*. Durham.
- Moulier-Boutang, Yann (2006): Europa, Autonomie der Migration, Biopolitik. In: Pieper, Marianne / Atzert, Thomas / Karakayali, Serhat / Tsianos, Vassilis (Hg.): *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*. Frankfurt / New York. 169-180.
- movements. *Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*. URL: <http://movements-journal.org/> [20.08.2016].
- Papadopoulos, Dimitris / Tsianos, Vassilis (2008): *The Autonomy of Migration. The Animals of Undocumented Mobility*. URL: <http://translate.eipcp.net/strands/02/papadopoulos-tsianos-strandsoien/print> [20.08.2016].
- Rodatz, Mathias (2016): Summer in the City. Urban Citizenship nach dem Sommer der Migration. In: *widerspruch* 35 (67). In Vorbereitung.
- Spiegel Online (2016): Mittelmeer-Flüchtlinge: Frontex-Chef sieht neuen Hotspot in Ägypten. 28.06.2016. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-frontex-chef-leggeri-sieht-neuen-hotspot-in-aegypten-a-1100138.html> [20.08.16].
- Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.) (2007): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld.
- Tsianos, Vassilis / Hess, Sabine (2010): Ethnographische Grenzregimeanalyse: Eine Methodologie der Autonomie der Migration. In: Hess, Sabine / Kasperek, Bernd (Hg.): *Grenzregime. Diskurse. Praktiken. Institutionen in Europa*. Berlin / Hamburg. 243-264.
- Tsianos, Vassilis / Karakayali, Juliane (2014): Rassismus und Repräsentationspolitik in der postmigrantischen Gesellschaft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ)* 13/14. 33-39.
- UNHCR (2016): *Refugees/Migrants Emergency Response – Mediterranean*. URL: <http://data.unhcr.org/mediterranean/regional.php> [20.08.2016].

Fabian Georgi

Widersprüche im langen Sommer der Migration Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse

1. Einleitung

Das Handeln der deutschen Regierung im ‘langen Sommer der Migration’ gibt politikanalytische Rätsel auf. Bereits während der Eskalation der Eurokrise war ihre kompromisslose Austeritätspolitik, für die sie einen Zerfall des Euro und eine Delegitimierung des Staatsprojekts Europa riskierte, nicht einfach zu erklären (vgl. Georgi/Kannankulam 2015). In ähnlicher Weise erklärungsbedürftig ist ihre Politik der partiell offenen Grenzen für Flüchtende auf der Balkanroute von Anfang September 2015 bis März 2016, die sie mit dem Versuch kombinierte, den wachsenden Umfang eigensinniger Migrationsbewegungen nach Deutschland durch verschärfte Asylgesetze und die Blockade der EU-Außengrenzen mithilfe der Türkei erneut unter Kontrolle zu bringen.

Angesichts der bitteren Konflikte über diese Politik sowie des zunehmend gewaltsamen Chauvinismus, mit dem Teile der deutschen Bevölkerung, ebenso eigensinnig, auf sie reagieren, ist ein tieferes Verständnis der Ökonomie von Migration und Flucht heute dringend geboten. Doch die Arbeit an politökonomischen Analysen von Migration und Migrationspolitik ist auch deshalb notwendig, weil dezidiert materialistische Perspektiven auf diese Gegenstände seit Jahren marginalisiert sind. Während der Mainstream der Migrationsforschung an seinem ‘Problemlösungsbias’ krankt und daran scheitert, den Zusammenhang von kapitalistischer Ökonomie und (Migrations-)Politik theoretisch zu fassen, konzentrieren sich viele Arbeiten aus dem Umfeld der kritischen Grenzregimeforschung auf diskurs- und praxistheoretische Untersuchungen. Die Folge ist, so eine zentrale These dieses Artikels, dass die Regime tendenziell in ihrer Immanenz analysiert werden. Aus dem Blick geraten so nicht nur jene politökonomischen Strukturdynamiken, die innerhalb der Regime kontinuierliche Konfliktmuster hervorbringen und Akteurspraktiken prägen. Auch die Bedingungen emanzipatorischer Veränderungen lassen sich ohne grundlegende politökonomische Analysen nicht angemessen verstehen.

Vor diesem Hintergrund stehen im Mittelpunkt dieses Artikels zwei Fragen. Erstens: Wie lässt sich die Strategie der Bundesregierung im ‚Sommer der Migration‘ (partiell offene Grenzen, Asylverschärfungen, Blockade der Fluchtrouten) aus einer Perspektive gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und politökonomischer Widersprüche erklären? Zweitens: Mit welchen theoretischen und begrifflichen Werkzeugen lassen sich grundsätzlich Gestalt und Veränderung von Migrations- und Grenzregimen aus einer kritisch-materialistischen Perspektive analysieren?

Meine Antwort auf diese Fragen stützt sich einerseits auf die Methode der historisch-materialistischen Politikanalyse (HMPA), die Verfahren und Begriffe bereitstellt, um Kontext, Akteure und Prozesse gesellschaftlicher Konflikte empirisch zu untersuchen. Im Mittelpunkt des Ansatzes steht der Vorschlag, die tendenziell unendliche Vielfalt von Akteurspraktiken, die etwa in Migrations- und Grenzregimen konfligierend aufeinandertreffen, *heuristisch* entlang dynamischer ‚Hegemonieprojekte‘ und Fraktionen zu bündeln. Diese Projekte stellen keine statischen oder hermetischen Blöcke dar und in ihnen gehen nicht alle Regimepraktiken auf. Sie sind als begriffliche Abstraktionen bzw. Konstruktionen zu verstehen, die helfen, unübersichtliche Kräfteverhältnisse analytisch zu ordnen und ihre Verschiebungen zu rekonstruieren (vgl. Buckel et al. 2014). Auch relativ autonome Migrationsbewegungen müssten als soziale Kräfte in solche Analysen einbezogen werden, ohne die Eigensinnigkeit ihrer Escape-Praktiken zu reduzieren (vgl. ebd.: 52f.; Benz/Schwenken 2005).

Durch den Fokus auf eine tiefergehende Kontextanalyse der migrationspolitischen Konflikte in Deutschland 2015/2016 zielt der Artikel darauf, die Methode der HMPA für die kritische Migrations- und Grenzregimeforschung zu konkretisieren und Ansatzpunkte einer ‚materialistischen Grenzregimeanalyse‘ zu entwickeln.¹ Der Artikel gliedert sich in fünf Teile. Nach der Einleitung wird der zweite Abschnitt die These einer problematischen Vernachlässigung politökonomischer Aspekte in der kritischen, insbesondere ethnografischen Grenzregimeforschung illustrieren und vor diesem Hintergrund eine regulationstheoretische Weiterentwicklung des Regime-Begriffs vorschlagen. Der dritte Abschnitt leistet, thesenhaft, eine Politikanalyse der Kräftekonstellation, auf deren Basis die deutsche Regierung im ‚Sommer der Migration‘ strategisch agierte. Der darauf folgende Hauptteil kontextualisiert die Konflikte: Er analysiert die historischen Konkretisierungen von drei politikökonomischen Strukturwidersprüchen, deren Regulation meines Erachtens im Mittelpunkt der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015/2016 steht. Diese Widersprüche kreisen um die Folgen

1 Der Artikel fasst zentrale Ergebnisse meiner Dissertation zusammen (Georgi 2016). Für kritische Anmerkungen zum vorliegenden Text danke ich herzlich Sonja Buckel, Bernd Kasperek, Philipp Ratfisch, Mathias Rodatz sowie der PROKLA-Redaktion.

von Akkumulations- und Krisenprozessen im globalen Süden, die Versuche von Kapitalfraktionen, Arbeitskraftprobleme migrationspolitisch zu lösen, sowie den nationalen Chauvinismus großer Teile der Bevölkerungen des globalen Nordens. Der Artikel schließt mit der Skizze eines Forschungsprogramms, das auf die Weiterentwicklung einer materialistischen Grenzregimeanalyse zielt.

2. Kontroversen zum Begriff des Migrationsregimes

Ausgehend von ihrem Sammelband *Turbulente Ränder* haben die AutorInnen der Transit Migration Forschungsgruppe (2007) die Entwicklung der kritischen Migrations- und Grenzforschung im deutschsprachigen Raum maßgeblich vorgebracht und geprägt. Neben dem einflussreichen Begriff der Autonomie der Migration haben sie die „kritischen Potenziale“ (Hess/Karakayali 2007: 47) des Regimekonzepts betont und es zur Grundlage ihres Ansatzes der ethnografischen Grenzregimeanalyse gemacht (vgl. Tsianos/Hess 2010).² Unter einem Regime verstehen sie „ein Ensemble von gesellschaftlichen Praktiken und Strukturen – Diskurse, Subjekte, staatliche Praktiken – deren Anordnung nicht von vornherein gegeben ist, sondern das genau darin besteht, Antworten auf die durch die dynamischen Elemente und Prozesse aufgeworfenen Fragen und Probleme zu generieren“ (Karakayali/Tsianos 2007: 14). In Fortführung dieser Motive beziehen sich Hess u.a. (2014) positiv auf Konzepte des ‘Doing Border’ (ebd.: 15) und definieren Grenzregime praxistheoretisch als soziale Räume, „die von Spannungen, Konflikten und Aushandlungen zwischen multiplen Akteur_innen um Rechte und gesellschaftliche Teilhabe geprägt sind und durch ständige performative Akte (wieder)hergestellt, repariert, herausgefordert, verschoben, umgedeutet oder neu eingeschrieben werden“ (ebd.: 18).

Der hier aufscheinende Regimebegriff hat meines Erachtens zahlreiche Stärken: Er ermöglicht es, die Regulation von Migrationsprozessen als oft nicht intendiertes Resultat von Kämpfen und Kräfteverhältnissen zwischen vielfältigen Akteuren, nicht zuletzt den eigensinnigen Bewegungen der Migration selbst, zu begreifen und bietet somit Ansatzpunkte sowohl für kritische Analysen als auch für politische Interventionen (vgl. Hess/Tsianos 2010: 252f.). Insofern stellt der von mir vorgeschlagene materialistische Regimebegriff (s.u.) eine Weiterentwick-

2 Zudem illustriert die Gründung der *Migration Regimes Interdisciplinary Study Group* 2013 an der Universität Osnabrück, dass unterschiedliche Varianten des Regimebegriffs in breiten Kreisen der Migrationsforschung wachsende Aufmerksamkeit erhalten (vgl. Pott u.a. 2014; siehe migrationregimes.com).

lung oder Reinterpretation dieses Konzepts dar. Eine solche halte ich für nötig, weil der Begriff neben Stärken mehrere Probleme aufweist.

Erstens geht er mit einer teils impliziten, teils demonstrativen Geringschätzung der systemischen und damit politökonomischen Aspekte von Migrationsregimen einher. So stellen Hess/Tsianos (2010: 253) fest, dass es der Regimebegriff ermögliche, „eine Vielzahl von Akteuren und Diskursen miteinzubeziehen, deren Praktiken sich aufeinander beziehen, doch nicht im Sinne einer zentralen (systemischen) Logik oder Rationalität, sondern im Sinne eines Aushandlungsprozesses“. Ähnlich formulieren Karakayali/Tsianos (2007). Zwar beziehen sie sich auf die marxistische Variante der Regulationstheorie von Alain Lipietz und argumentieren, dass in Migrationsregimen widersprüchliche soziale Verhältnisse verstetigt und regularisiert werden. Zugleich sehen sie in diesen Regimen jedoch vor allem autonome Prozesse am Werk und deuten an, dass der strukturelle Charakter der so regulierten Widersprüche vernachlässigbar sei: „Von einem Migrationsregime zu sprechen, legt daher [...] nahe, den *systemischen Aspekt* eines solchen Verhältnisses eher gering einzuschätzen“ (ebd.: 14, Herv.: F.G.).³

Zweitens ist die richtige Feststellung, dass die Akteurspraktiken und somit die Dynamik von Migrations- und Grenzregimen nicht durch eine *einzig* systemische Logik bestimmt werden, kein Grund, ihren systemischen Gehalt als gering einzuschätzen und deshalb den Versuch aufzugeben, jene unterschiedlichen strukturellen Widersprüche und ihre historisch wechselhaften Gestalten und Konfigurationen präzise zu benennen, die die Entwicklung dieser Regime strukturieren. Aus einer materialistischen Perspektive liegt der systemische Gehalt von Migrations- und Grenzregimen u.a. darin, dass die hierunter gefassten Akteurspraktiken, Konfliktmuster und Regulationsprobleme zwar nicht determiniert sind durch jene Strukturwidersprüche, die aus der Art und Weise hervorgehen, wie Menschen unter kapitalistischen Bedingungen vergesellschaftet werden (zentral durch Privateigentum an Produktionsmitteln, Privatproduktion, Warentausch, Lohnarbeit und Konkurrenz), aber durch sie entscheidend geprägt und ‘formbestimmt’ werden (vgl. Hirsch 2005: 21ff.). Obwohl somit Strukturen und systemische Widersprüche selbst aus Praktiken hervorgehen und als Praxis in einem anderen ‘Aggregatzustand’ begriffen werden können (vgl. Buckel u.a. 2014: 33), haben sie als Resultat dieses Formwechsels spezifische Effekte, die eine kritische Grenzregimeanalyse einbeziehen muss. „Die richtige Feststellung, daß ‘Kapitallogik’ keine konkrete Geschichte erklärt, heißt noch nicht, daß sie nicht existiert.“ (Hirsch 1994: 195) Diese Aussage von Joachim Hirsch be-

3 Unklar bleibt in diesen und weiteren Formulierungen, was genau keiner systemischen Logik unterliegen soll: die Akteurspraktiken, die durch die Regime regulierten Verhältnisse oder die Regime selbst.

leuchtet einen zentralen Dissens zwischen ethnografischen und materialistischen Grenzregimeanalysen. Dieser besteht nicht zentral in der Frage, ob es so etwas wie politökonomische Strukturlogiken überhaupt gibt. Stattdessen existieren unterschiedliche Einschätzungen dazu, welche *Erklärungskraft* diese für die Analyse von Migrations- und Grenzregimen besitzen. Während ethnografische Zugänge diese eher gering erachten und befürchten, eine analytische Betonung dauerhafter Strukturen würde die Kontingenz konkreter Dynamiken verdecken und so emanzipatorische Chancen verstellen, sind letztere in Sorge, dass Analysen, die die feste Verankerung dieser Regime in den Strukturwidersprüchen kapitalistischer Vergesellschaftung in situative Analysen auflösen, ihr Potenzial, zu einer grundlegenden Überwindung unmenschlicher Grenzregime beizutragen, nicht ausschöpfen.

Drittens läuft aus einer materialistischen Perspektive die Geringschätzung struktureller Dimensionen Gefahr, die Kontingenz von Akteurspraktiken des ‘Doing Border’ zu überschätzen. Aus dem Blick gerät tendenziell, dass die Handlungsautonomie von Akteuren eine bloß *relative* ist. Der von Louis Althusser eingeführte Begriff der ‘relativen Autonomie’ der ökonomischen, politischen und ideologischen Instanzen bedeutete „nicht ‘ein bisschen’ Autonomie [...], sondern die epistemologische Figur, dass innerhalb einer Produktionsweise keine der Strukturebenen ohne die andere bestimmbar ist“ (Hirsch/Kannankulam 2006: 69). Anstatt also bei der kritischen Analyse von Migrations- und Grenzregimen primär die Kontingenz und Turbulenz von performativen Akten eines *Doing Border* in den Mittelpunkt zu stellen, sollte zentral auch gefragt werden, durch welche anderen ‘Strukturebenen’ und gesellschaftlichen Verhältnisse die relative Autonomie dieser Praktiken gerahmt wird. Statt von einer relativen ließe sich vielleicht anschaulicher von einer *relationalen Autonomie* sprechen, die u.a. durch soziale Formbestimmungen und strukturell verankerte Kräfteverhältnisse beschränkt und geprägt ist.

Viertens kann der systemische Gehalt von Grenzregimen gerade in jenen ‘Fragen und Problemen’ verortet werden, über die Akteure in relationaler Autonomie miteinander ringen. Aus materialistischer Perspektive entstehen Gegensätze und Konflikte weder regimeimmanent, noch sind sie extern, zufällig oder kontingent. Stattdessen können eine Vielzahl dieser Konflikte als historische Konkretisierungen einer begrenzten Anzahl ‘migrationsbezogener’ Strukturwidersprüche verstanden werden, die nicht ausschließlich, aber maßgeblich auch aus dem kapitalistischen Akkumulationsprozess hervorgehen. Der systemische Charakter von Migrationsregimen speist sich somit nicht zuletzt daraus, dass die in den Regimen ausgefochtenen Kämpfe überwiegend strukturelle Ursprünge haben, die sich in historisch ständig neuer Gestalt und Konfiguration in Institutionen konkretisieren (vgl. Hirsch 2005: 86).

Fünftens schließlich kann durch die demonstrative Geringschätzung systemischer Aspekte der wahrscheinlich ungewollte Eindruck entstehen, es sei aus Sicht der „ethnographischen oder besser gesagt praxeographischen Grenzregimeanalyse“ (Hess/Tsianos 2010: 260) legitim oder gar geboten, auf eine grundlegende politökonomische Kontextualisierung von Migrationsbewegungen und -politiken zu verzichten. Die Vermittlung eines solchen Eindrucks hat meines Erachtens auch politisch fatale Folgen. Sie läuft Gefahr, Untersuchungen Vorschub zu leisten, die politizistische, diskursive und praxeologische Verengungen aufweisen und deshalb die Handlungsbedingungen und strukturellen Zwänge, denen sich eine emanzipatorische Praxis im Feld von Migration und Grenzen gegenübersteht, nicht angemessen fassen können. Eine Vernachlässigung der strukturellen, zentral auch politökonomischen Gehalte von Migrations- und Grenzregimen steht somit überdies den Prinzipien kritischer Theorie entgegen, wie sie etwa Robert W. Cox (1981) formuliert hat. Cox spricht davon, dass kritische Theorie ein ‚größeres Bild‘ zu zeichnen habe. In diesem stellt der ursprünglich analysierte Gegenstand nur noch eine Komponente von vielen dar. Die Aufgabe der Theorie bestehe darin, die Beziehungen zwischen diesem Gegenstand, den anderen Komponenten und dem Gesamtbild zu skizzieren sowie den Veränderungsprozess, in den diese gemeinsam involviert sind (ebd.: 129). Wie andere soziale Phänomene können somit die Dynamiken von Migrations- und Grenzregimen nicht als Resultat immanenter Konflikte verstanden, sondern müssen als Momente des „gesellschaftlichen Gesamtprozesses“ (Adorno 1997: 183) rekonstruiert werden.

Um diesen Anspruch einzulösen, lässt sich mithilfe der Regulationstheorie ein materialistisches Verständnis des Regimekonzepts skizzieren, das das praxistheoretische Verständnis der ethnografischen Grenzregimeanalyse um eine politökonomische Kontextualisierung von Akteurspraktiken, Konflikten und Regulationsproblemen ergänzt. Ausgangspunkt ist die Krisenhaftigkeit und Instabilität von kapitalistischen Akkumulationsprozessen, die nie ‚rein‘ kapitalistisch sind, sondern im Sinne eines „Dirty Capitalism“ (Buckel 2015) unhintergebar mit anderen Herrschaftsverhältnissen verwoben sind. Damit sich derart instabile Verhältnisse trotz und durch ihre Krisen hindurch reproduzieren können, ist es notwendig, dass ihre Widersprüche im Rahmen einer umfassenden Regulationsweise bearbeitet werden, also durch staatliche Eingriffe in den Wirtschafts- und Gesellschaftsprozess, durch soziale Normen, gesellschaftliche Regeln und die Aktivität zahlloser nicht-staatlicher Akteure (vgl. Lipietz 1985; Hirsch 1994, 2005: 96ff.).⁴ Die Relevanz dieser Argumentation für eine materialistische Grenzregimeanalyse ergibt sich aus folgender Grundannahme:

4 Auch nach Alain Lipietz (1998) ist eine „internationale Regulationsweise das, was man in der Theorie internationaler Beziehungen als ‚Regime‘ bezeichnet.“ (Ebd.: 21)

Einige jener Widersprüche, die aus der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise notwendig hervorgehen, bringen im Zusammenwirken mit anderen Herrschaftsverhältnissen ‘migrationsbezogene’ Probleme, Konflikte und Krisen hervor, die die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse tendenziell untergraben und die nur dann nicht zu einem Zusammenbruch dieser Verhältnisse führen, wenn sie im Rahmen von Migrations- und Grenzregimen erfolgreich reguliert werden.

Diese Konzeption lässt sich dreifach konkretisieren: Erstens sind jene Widersprüche, die in Migrations- und Grenzregimen reguliert werden, nicht zufällig oder ständig wechselnd. In meiner Dissertation konnte ich zeigen, dass ein zentraler Regimeakteur wie die Internationale Organisation für Migration (IOM) in ihrer 65-jährigen Geschichte im Kern eine begrenzte Anzahl sich variierender, aber strukturell ähnlicher Konflikte bearbeitet hat (Georgi 2016). Zweitens lässt sich davon ausgehen, dass sich die *Konstellation* dieser Widersprüche im historischen Prozess laufend ändert und verschiebt, abhängig von einer Vielzahl dynamischer Faktoren und Konflikte. Drittens sagt somit die Identifizierung zentraler Widersprüche zunächst wenig über die konkrete Gestalt spezifischer Migrations- und Grenzregime aus. Sie erlaubt es allerdings, den analytischen Blick materialistischer Grenzregimeanalysen produktiv zu lenken: Bei der Analyse räumlich und historisch unterschiedlicher Grenzregime(-aspekte) lässt sich so gezielt danach fragen, welche Gestalt diese Grundwidersprüche jeweils angenommen haben, in welcher spezifischen Konstellation sie zueinander stehen und welche Relevanz sie für die miteinander ringenden sozialen Kräfte besitzen.

Angesichts der bisherigen Argumentation drängt sich die Frage auf, welche ‘migrationsbezogenen’ Widersprüche es denn nun sind, die durch Migrations- und Grenzregime angeblich so dringend reguliert werden müssen. Wenn diese Regime dazu beitragen, die Widersprüche kapitalistischer, rassistischer und anderer Verhältnisse zu bearbeiten, dann „wäre erst einmal zu klären, um was für ‘Widersprüche’ es sich dabei eigentlich handelt und was daher warum und wie zu ‘regulieren’ ist“ (Hirsch 1994: 157). Diese Frage steht im Mittelpunkt der folgenden beiden Abschnitte. Ihre Beantwortung erfolgt exemplarisch anhand der Analyse der deutschen Regierungspolitik im ‘langen Sommer der Migration’.

3. Kräfteverhältnisse im Sommer der Migration

Die Rede vom ‘langen Sommer der Migration’ (vgl. Kasperek/Speer 2015) umschreibt eine Phase ab Frühjahr 2015, für die der heute inflationär verwendete Begriff des ‘Ausnahmestands’, man möchte sagen: ausnahmsweise, einmal zutrifft. Ihr Beginn war die Schiffskatastrophe vom 19. April 2015, als nahe Lampedusa über 800 Geflüchtete ertranken. Während in der Folge in Italien

von Mai bis August 2015 monatlich regelmäßig etwa 22.000 Menschen ankamen, stiegen die Ankünfte in Griechenland deutlich an: Von knapp 18.000 im Mai über 31.000 im Juni, 54.000 im Juli auf fast 108.000 Menschen im August (IOM 2016a). Die Fluchtdynamik verschob sich u.a. deshalb in die Ägäis, weil die linke Syriza-Regierung die zuvor üblichen illegalen Pushback-Operationen der griechischen Küstenwache unterband (vgl. Chick 2015). Im Spätsommer spitzte sich die Dynamik zu. Am 28. August wurden in Österreich 71 Geflüchtete gefunden, die in einem LKW erstickt waren. Am 3. September gingen Bilder des dreijährigen Alan Kurdi um die Welt, dessen Leiche an einem Strand nahe der türkischen Stadt Bodrum angespült wurde. Unter dem Eindruck dieser Bilder, des Drucks einer linksliberalen Öffentlichkeit und der Kraft der eigensinnigen Bewegungen selbst, gab die deutsche Regierung nach. Am 31. August erklärte Merkel in Antwort auf die (rechtsgerichtete) Kritik an der steigenden Zahl von Geflüchteten: „Wir schaffen das, und wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden.“⁵ Am 5. September entschied die Bundesregierung, die deutschen Grenzen teilweise zu öffnen. Die Grenzöffnung erfolgte nur partiell, weil Visa-Regime und Strafzahlungen für Transportunternehmen weiterhin verhinderten, dass Geflüchtete legal per Flugzeug oder Fähre günstig und gefahrlos in die EU gelangten. Zugleich standen die Grenzen auf der gefährlichen Ägäis- und Balkan-Route für eine Weile so offen wie selten zuvor. Wohl auch in Reaktion auf diese Situation stieg die Zahl der in Griechenland ankommenden Menschen im September (147.000) und Oktober (211.000) erneut an, bevor sie wegen schlechten Wetters und verschärfter Kontrollen bis Dezember auf knapp 109.000 zurückging (IOM 2016a). Im gesamten Jahr 2015 kamen bei ihrer Flucht über das Mittelmeer mindestens 3770 Menschen ums Leben (IOM 2016b). Vor dem Hintergrund dieser bis März 2016 weitgehend ungebrochenen Dynamik ist das Ende des ‘langen Sommers’ schwierig zu bestimmen. In einem engeren Sinne ließe es sich auf November 2015 datieren, als die Zahl der Ankünfte zurückging, die Terroranschläge von Paris rechts-konservative Kräfte in die Offensive brachten und die Mobilitätsrechte neu hierarchisiert wurden. Ab Mitte November 2015 blockierte die mazedonische Regierung die Durchreise aller Geflüchteten, die nicht aus Syrien, Irak und Afghanistan stammten (vgl. Zeit Online, 19.11.2015). In einem wahrscheinlich zu weiten Verständnis könnte das Ende des ‘langen Sommers’ gar erst im März 2016 gesehen werden, als die Balkan-Route faktisch geschlossen wurde (vgl. tagesschau.de, 9.3.2016).

Wie stellt sich nun diese Dynamik aus der Perspektive einer materialistischen Grenzregimeanalyse dar? Auf der Ebene gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse

5 URL: bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/08/2015-08-31-pk-merkel.html, Zugriff: 1.4.2016.

kann die Entscheidung der Regierung Merkel, die deutschen Grenzen partiell zu öffnen, einerseits mit Verweis auf die politische Kraft der 'relationalen Autonomie' der Migration erklärt werden, die sich etwa in den spätsommerlichen Protesten von Geflüchteten am Budapester Ostbahnhof Keleti und ihrem demonstrationsartigen 'March of Hope' über ungarische Autobahnen manifestierte (vgl. Kasparek/Speer 2015). Warum die deutsche Regierung jedoch bis in das Frühjahr 2016 hinein an dieser Strategie festhielt und festhalten *konnte*, bleibt erklärungsbedürftig.

Die Regierung Merkel konnte sich hierbei auf zwei Kräftefraktionen stützen. Einerseits stützte sie sich auf die Akteure eines linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts, die motiviert durch internationalistische und/oder menschenrechtliche Prinzipien die europäische Migrations- und Asylpolitik seit Jahren kritisierten und legale Fluchtwege oder gar offene Grenzen verlangten (vgl. Buckel u.a. 2014: 76ff.; Kannankulam 2014: 102f.). Auf Basis jahrzehntelanger Mobilisierungen und nicht zuletzt der selbst organisierten Refugee-Proteste seit 2012 konnten linke und linksliberale Akteure offenbar ihre Stellung im migrationspolitischen Kräfteverhältnis in Deutschland stärken. Die verhaltene Lockerung von Residenzpflicht, Arbeitsverboten und Sachleistungsprinzip für Geflüchtete im Rahmen des 'Asylkompromisses' von 2014 ist ein Hinweis darauf (vgl. sueddeutsche.de, 22.9.2014).

Zweitens konnte sich die Regierung Merkel zumindest anfangs auf einige einflussreiche Akteure stützen, die sich einem neoliberalen Hegemonieprojekt zuordnen lassen, darunter ÖkonomInnen, KapitalvertreterInnen und große Teile der bürgerlichen Presse. Über 60 Prozent der deutschen ManagerInnen glaubten, ihre Unternehmen würden durch eine schnelle Integration der Geflüchteten profitieren (SZ, 24.9.2015). BDI-Präsident Ulrich Grillo erklärte: „Wir haben ein demografisches Problem in der Zukunft. Das heißt, wir haben einen Mangel an Arbeitskräften. Dieser Mangel kann reduziert werden.“ (Grillo 2015)

Nach meiner Analyse reagierte die Regierung Merkel mit ihrer partiellen Grenzöffnung somit zum einen auf den faktischen Zusammenbruch des Dublin-Regimes infolge eigensinniger Fluchtbewegungen sowie auf die Forderungen linker und linksliberaler Akteure, die damit verbundene humanitäre Krise menschenrechtskonform zu lösen. Zugleich erfuhr die deutsche Regierungsstrategie die Unterstützung zwar nicht aller, aber durchaus entscheidender Kapitalakteure und neoliberaler 'ExpertInnen' aus Medien und Wissenschaft, die wohl zusammen mit der Regierung hofften, die eigensinnigen Bewegungen für ihre arbeitskraftpolitischen und demografischen Strategien nutzbar zu machen (Georgi 2016: 427ff.). In diesem Sinne kann die Politik der Regierung Merkel als Teil eines breiteren migrationspolitischen Strategiewechsels transnational vernetzter neoliberaler Kräfte in den 2010er Jahren verstanden werden. Ob-

wohl in den 2000er Jahren in Europa zahlreiche Einwanderungsprogramme für hochqualifizierte Fachkräfte durchgesetzt wurden, etwa die EU-Blue Card (vgl. Georgi u.a. 2014), zeigen sich neoliberale ExpertInnen in nationalen wie internationalen Foren immer wieder enttäuscht darüber, dass die ökonomischen Potenziale einer 'gemanagten' Migration wegen der ambivalenten Haltung im globalen Norden nicht ausgeschöpft werden (vgl. IOM 2012: 14). Um skeptische Bevölkerungen zu überzeugen, die 'Ressource Migration' zu nutzen, versuchte sich etwa die Internationale Organisation für Migration (IOM) in den 2010er Jahren an einer neuen Strategie. Sie verschob ihren Diskurs in eine linksliberale Richtung, indem sie nicht wie oft zuvor die Gefahren 'illegaler Migration' beschwor, sondern in einer humanitären Rhetorik, die Rechte, die Subjektivität und den Nutzen von MigrantInnen in den Mittelpunkt stellte (vgl. IOM 2013, 2014; Georgi 2016: 422ff.).

Die hier vertretene These ist, dass die deutsche Regierung im 'Sommer der Migration' diese linksliberale Diskursverschiebung des neoliberalen Projekts mitvollzog. Um die aus arbeitskraftpolitischen und demografischen Erwägungen heraus für nötig gehaltene Einwanderung durchzusetzen, nutzte sie eine neue, humanitäre Rhetorik und eine Politik partiell offener Grenzen, die die national-konservative Blockade erhöhter Einwanderung durch die faktische Öffnung der Grenzen umging.

Diese Strategie löste in Deutschland eine massive, chauvinistische Gegenbewegung aus, die sich um Akteure des national-konservativen Hegemonieprojekts gruppierte (vgl. Buckel et al. 2014: 68ff.). Wohl auch in Reaktion auf die Refugee-Kämpfe seit 2012 mobilisierten rassistische und rechtspopulistische Kräfte seit Mitte 2013 verstärkt gegen Geflüchtete, beispielsweise mit 'Montagsdemonstrationen' in Berlin-Marzahn ('Nein zum Heim!') und ab Herbst 2014 in der Pegida-Bewegung und ihren lokalen Protestablegern gegen Unterkünfte von Geflüchteten (vgl. Schwiertz/Ratfisch 2015: 11ff.). Ab Mitte 2015 radikalisierte die AfD ihre migrationsfeindliche und chauvinistische Rhetorik. Der wachsende Einfluss dieser Kräfte verdichtete sich bis März 2016 in weiteren Gesetzesverschärfungen, der Definition von Albanien, Kosovo und Montenegro sowie Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten und einer Blockade der Balkan-Route (vgl. Pro Asyl 2016).

Dass sich die Regierung Merkel bis in das Frühjahr 2016 hinein derart vehement gegen neue Grenzkontrollen im Schengen-Raum stemmte, muss schließlich als Versuch interpretiert werden, die freie Zirkulation von Waren und Arbeitskräften im EU-Binnenmarkt, einer zentralen Grundlage des europäischen Akkumulationsregimes, nicht zu untergraben. Entsprechend kritisierte BDA-Präsident Ingo Kramer im Januar 2016 die fortschreitenden Grenzsicherungen scharf: „Was da an Kollateralschäden akzeptiert wird, um den Stammtisch zu befriedigen, ist

abenteuerlich.“ (Zit. n. SZ, 22.1.2016) Das Zitat macht deutlich, wie während des ‘Sommers der Migration’ die jeweils eigensinnigen Praktiken von Geflüchteten, von chauvinistischen Lohnabhängigen in Deutschland sowie von Kapitalakteuren widersprüchlich aufeinandertrafen. Der Fortgang dieser Konflikte ist offen.

4. Regulation migrationsbezogener Strukturwidersprüche

Die bisherige Interpretation kann das Potenzial einer materialistischen Grenzregimeanalyse andeuten. Deren Produktivität lässt sich zuspitzen, wenn man die skizzierten Konflikte in ihrem politökonomischen Kontext verortet. Wenn sich Migrations- und Grenzregime als Teil historisch und räumlich spezifischer Regulationsweisen fassen lassen und wenn innerhalb dieser Regime somit zentral über die Regulation von Widersprüchen gerungen wird, die eine starke strukturelle Dimension haben, dann ist die entscheidende Frage: Welche Widersprüche waren es, über deren Regulation im ‘Sommer der Migration’ so heftig gekämpft wurde. Die folgende Kontextanalyse kann keine umfassende Antwort auf dieser Frage leisten. Stattdessen zielt sie darauf, Hypothesen zu formulieren, die weitere Analysen anleiten können. Zugleich will sie *exemplarisch* drei Strukturwidersprüche skizzieren, die in wechselhafter Gestalt und Konstellation die Konflikte innerhalb von Migrations- und Grenzregimen meines Erachtens auch in einer Vielzahl anderer Situationen grundlegend bestimmen.

4.1 Akkumulationsprozess und Autonomie der Migration

Der erste ‘migrationsbezogene Strukturwiderspruch’ entsteht dadurch, dass Menschen in ihrer Fähigkeit, ihre eigene Geschichte selbst zu machen, sich den negativen Folgen kapitalistischer Umwälzungs- und Krisenprozesse nicht passiv ergeben. Stattdessen leisten sie auf vielfältige Art Widerstand. Der kapitalistische Akkumulationsprozess ist deshalb im Kern ein formbestimmter sozialer (Klassen-)Konflikt. Seine Notwendigkeiten müssen ständig gegen die Widerständigkeit und Eigensinnigkeit von Menschen durchgesetzt und an sie angepasst werden (vgl. Hirsch 1994: 167; Lüdtke 2015).

Der ‘Sommer der Migration’ kann in dieser Perspektive als soziale Bewegung verstanden werden, mit der Menschen in einem Kontinuum von Zwang und Eigensinnigkeit maßgeblich auf den Widerspruch zwischen den Folgen spezifischer kapitalistischer Umwälzungs- und Krisenprozesse, die durch andere Herrschaftsverhältnisse ko-konstituiert und überformt sind, einerseits, und ihren eigenen Lebenshoffnungen und Ansprüchen andererseits, reagierten. Es ist nicht möglich, diese Prozesse hier ausführlich herauszuarbeiten, aber ein

Verweis auf mehrere Ebenen der gegenwärtigen kapitalistischen Vielfachkrise kann das Argument illustrieren (vgl. Demirović u.a. 2011). Erstens lassen sich Wirtschaftspolitiken bzw. 'Akkumulationsstrategien' nennen, durch die gegenwärtig die Lebensbedingungen für viele Menschen in peripheren Räumen perspektivlos oder unerträglich werden. Dazu gehören Exporte von Waffen und von subventionierten Agrargütern aus dem globalen Norden, die lokale Landwirtschaft und Subsistenzformen zerstören; der sogenannte Freihandel, in dessen Rahmen globale Konzerne lokalen Industrien keine Chance lassen, sowie das neoimperialistische Land- und Ressourcen-Grabbing, das Menschen vertreibt und Gewinne außer Landes schafft. Zweitens lassen sich Krisenprozesse mit eigener Zeitlichkeit ausmachen, etwa jene der Ökologie und des Klimawandels; jene der Arbeitsgesellschaft, die Milliarden von Menschen nicht-kapitalistische Subsistenzformen verwehrt und zugleich nicht in der Lage ist, sie in profitable Verwertungsprozesse einzubinden; schließlich Ernährungskrisen, deren Eskalation um 2010 ein wichtiger Auslösefaktor für die Aufstände des 'Arabischen Frühlings' war. Drittens lässt sich die These formulieren, dass jene Bürgerkriege und Prozesse des Staatszerfalls, etwa in Syrien, Libyen, Irak, Afghanistan, Mali und Nigeria, zentral aus der gewaltsamen Eskalation dieser sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen entstanden. Damit soll *nicht* behauptet werden, dass (diese) Kriege allein aus kapitalistischen Dynamiken entstehen. Jedoch geht es aus kritischer Perspektive analytisch wie politisch fehl, die Trennung in 'Kriegsflüchtlinge' und 'WirtschaftsmigrantInnen' durch eine zu isolierte Betrachtung verschiedener Fluchtursachen zu reproduzieren. Die analytische Herausforderung besteht darin, die Krisenprozesse der gegenwärtigen Konstellation, u.a. chronische Überakkumulation von Kapital, Ernährungskrisen, Klimawandel, Bürgerkriege und Prozesse des Staatszerfalls, in ihrer wechselseitigen Bedingtheit und Potenzierung zu verstehen, als widersprüchliche Ausdrucksweisen einer globalen Formation (vgl. für solche Analysen u.a. Parenti 2012; Bedszent 2014; Heydarian 2014).

Die Hypothese, dass die Bewegungen im 'Sommer der Migration' maßgeblich Reaktionen auf den Widerspruch zwischen diesen Krisenprozessen und der Weigerung von Menschen waren, deren negative Folgen für sich zu akzeptieren, lässt sich mehrfach konkretisieren. *Erstens* lässt sich dieser Widerspruch darin begründen, dass Menschen die Fähigkeit besitzen, eigensinnig zu (re)agieren und deshalb für sie negative Situationen nicht per se akzeptieren, sondern versuchen, ihre Lebensbedingungen zum eigenen Vorteil zu wenden. Solche Widerständigkeit findet überwiegend vor Ort statt. Menschen kritisieren, organisieren sich, protestieren, streiken und sind in ihrem Alltag subversiv. Diese Beispiele lassen sich im Anschluss an Albert O. Hirschmann (1970) als Voice-Optionen bezeichnen, als Versuche, Verhältnisse, mit denen Menschen

unzufrieden sind, zu verändern. Grundsätzlich besteht für Menschen auch eine Exit-Option. Wenn sie feststellen, dass ein soziales Verhältnis ihren Hoffnungen und Wünschen oder ihrer Sicherheit zu sehr entgegensteht, und wenn sie über die entsprechenden Ressourcen verfügen, können sie die Exit- oder 'Escape-Strategien' ausüben (vgl. Papadopoulos u.a. 2008).

Neben den fast anthropologischen Kategorien von 'Voice' und 'Exit' lässt sich *zweitens* auf die historische Dimension des Zusammenhangs von kapitalistischen Umwälzungen und Escape-Strategien hinweisen. Marx beschrieb solche Prozesse bei seiner Analyse der sogenannten ursprünglichen Akkumulation (Marx, MEW 23: 741). Er berichtete von schottischen Bauernfamilien, die vertrieben wurden, um Platz für kapitalistische Schafzucht zu machen und daraufhin nach Glasgow und in andere Städte migrierten (ebd.: 756ff.). Ähnliches geschah im 19. Jahrhundert überall in Europa und führte zur millionenfachen Emigration in (ehemalige) europäische Kolonien (vgl. Gambino/Sachetto 2009). Die Folgen, die die globalen Umwälzungen der neoliberalen Epoche im globalen Süden hatten können hier nicht ausführlich dargestellt werden. Aber, so David McNally (2011), das Muster 'ist nicht besonders kompliziert': „Während sich Akkumulation durch Enteignung auf globaler Ebene intensiviert, und Hunderte von Millionen das Land verlassen, werden wir Zeugen einer der großen Migrationen der Weltgeschichte“ (ebd.: 52, Übers.: F.G.; vgl. ebd.: 140ff.).

Drittens ist die Einsicht entscheidend, dass solche Prozesse der 'Akkumulation durch Enteignung' (vgl. Harvey 2003: 136ff.), auf die Menschen eigensinnig reagieren, nicht allein das Resultat 'ungerechter' Politiken oder 'skrupelloser' Konzerne sind, sondern dass sie auch aus dem systemischen Zwang entstehen, Krisen der Akkumulation zu überwinden. So stellt Harvey mit Blick auf die Überakkumulation von Kapital in den 1970er Jahren fest, dass die darauf folgenden Krisenprozesse ohne die zerstörerische Integration vormals staatssozialistischer Räume, zuvor öffentlicher Sektoren und gemeinfreier Ressourcen noch härter gewesen wären: „Was wäre mit dem überakkumulierten Kapital in den letzten 30 Jahren geschehen, wenn diese neuen Terrains der Akkumulation sich nicht geöffnet hätten?“ (ebd.: 149, Übers.: F.G.) Dass kapitalistische Herrschaftsverhältnisse bei Weitem nicht die einzigen sind, auf die Menschen seit Jahrhunderten mit Escape-Strategien reagieren und dies weiterhin tun werden, sollte nicht dazu führen, ihre wichtige Stellung analytisch zu vernachlässigen.

Wenn diese erste Skizze den Kontext der im 'Sommer der Migration' wirkenden 'Fluchtursachen' erhellt hat, so bleibt doch unverstänlich, warum die so entstehenden Bewegungen eigentlich reguliert werden müssen. Warum ist es keine realistische politische Option, die Migrationsprozesse einfach zuzulassen?

4.2 Migrationsregime als Arbeitskraftregime

Die zweite Hypothese formuliert die Einsicht, dass Migration unter kapitalistischen Bedingungen unter anderem deshalb reguliert werden muss, damit der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeitprozessieren kann. Auf der einen Seite dieses Widerspruchs stehen die Interessen und Strategien von kapitalistischen Unternehmen und von Staatsapparaten, die auf die Besteuerung dieser Unternehmen angewiesen sind (vgl. Hirsch 2005: 34). Unternehmen unterliegen dem Zwang, Arbeitskräfte für den kapitalistischen (Re-)Produktionsprozess zu mobilisieren (vgl. Marx, MEW 23: 181).⁶ Auf der anderen Seite stehen die Strategien potenzieller und bereits eingebundener ArbeiterInnen. Diese haben ein Interesse daran, ihre Arbeitskraft, wenn überhaupt, nur zu den für sie bestmöglichen Bedingungen zu verkaufen und den konkreten Arbeitsprozess selbst durch politische Kämpfe, gewerkschaftliche Organisierung und Alltagspraktiken zu ihrem Vorteil zu gestalten.

Der antagonistische Charakter solcher Arbeitskraftprobleme entsteht somit durch die (potenzielle) Widerständigkeit der ArbeiterInnen. Damit kapitalistische Akkumulation erfolgreich verläuft, reicht es deshalb nicht aus, dass es Menschen gibt, die theoretisch eingesetzt werden könnten. Damit diese zu passenden Arbeitskräften werden, muss eine große Zahl von Bedingungen erfüllt sein. Sie müssen u.a. über die richtigen *Qualifikationen* verfügen, gesund sein, diszipliniert, flexibel und umfassend regierbar. Es muss eine ausreichend große *Zahl* von ihnen verfügbar sein, die unmittelbar benötigte plus eine flexible 'industrielle Reservearmee' (Marx, MEW 23: 657ff.; vgl. Cohen 1988). Zudem müssen diese Arbeitskräfte juristisch befähigt und ökonomisch gezwungen sein, ihre Arbeitskraft an jenen *Orten* zu verkaufen, wo sie benötigt werden und zu *Preisen*, die eine mindestens durchschnittliche Profitrate ermöglichen. Auf Basis dieser unvollständigen Aufzählung lässt sich erahnen, wie viele Probleme für Unternehmen bei ihren Versuchen entstehen können, Arbeitskräfte einzusetzen. Da Unternehmen keine andere Wahl haben, als diese Probleme zu lösen, kommt den damit verbundenen Konflikten eine systemische Bedeutung zu. „Das Arbeitskraftproblem“, so David Harvey, „wird nie verschwinden.“ (Harvey 2010: 66, Übers.: F.G.)

Der antagonistische Widerspruch zwischen den Interessen von Unternehmen und Staaten und den widerständigen Praktiken der Arbeitskräfte kann in unterschiedlichster Form reguliert werden. Neben den Strategien einer gouver-

6 Solche Profitproduktion ist zudem darauf angewiesen, dass eine große Masse von Arbeit die Arbeitskräfte täglich neu reproduziert. Diese Reproduktionsarbeit wird durch Tätigkeiten in Haushalt, Erziehung, Pflege und Beziehungen überwiegend von Frauen und zunehmend von migrantischen Frauen gegen (wenig) Geld geleistet (vgl. Chorus 2012).

nementalen Biopolitik in Feldern wie Gesundheit, Bildung, Sprache, Hygiene und Demografie (vgl. Schwiertz 2011: 49ff.) und einer Vielzahl anderer Optionen (u.a. Einsatz von Maschinen, Standortverlagerung, Arbeitszeiten verlängern) kann Migrationspolitik darauf hinwirken, dass von anderen Orten passende Arbeitskräfte zum Produktionsort migrieren oder eine ohnehin stattfindende Mobilität für sich nutzen (vgl. Georgi u.a. 2014: 211f.).

Ohne die im 'Sommer der Migration' in Deutschland zentralen Arbeitskraftprobleme empirisch analysieren zu können, weisen die oben zitierten Stellungnahmen von KapitalvertreterInnen auf die Relevanz dieses Zusammenhangs hin. Thesenweise lässt sich argumentieren, dass bestimmte Kapitalfraktionen die Politik partiell offener Grenzen 2015/2016 unterstützten, weil sie diese als funktional für drei migrationspolitische Arbeitskraftstrategien verstanden. Erstens ging es diesen Akteuren darum, chronische 'Qualifizierungslücken' bzw. den relativen Mangel eines möglichst günstigen Reservoirs an Fachkräften in technischen und naturwissenschaftlichen Feldern durch forcierte Einwanderung abzuschwächen.⁷ Eine zweite neoliberale Arbeitskraftstrategie besteht darin, die Profitabilität bestimmter Sektoren durch den Einsatz migrantischer Arbeitskräfte zu erhöhen oder erst zu ermöglichen (vgl. de Genova 2002). Drittens schließlich, dies deutet die oben zitierte Aussage von BDI-Präsident Ulrich Grillo (2015) an, gilt zentralen Kapitalfraktionen der demografische Trend niedrigen Bevölkerungswachstums als Problem, weil er mittel- und langfristig das Arbeitskräfereservoir verringern würde. Die eigensinnigen Bewegungen im 'Sommer der Migration' konnten aus dieser Sicht als Gelegenheit erscheinen, die für nötig erachtete Masseneinwanderung durchzusetzen.

Ähnlich wie beim ersten Widerspruch ist auch beim zweiten dessen historische Dimension zu betonen. Die Bearbeitung von Arbeitskraftproblemen durch den räumlichen Transfer von ArbeiterInnen hat eine lange Geschichte. So lässt sich im Anschluss an Lydia Potts (1988) argumentieren, dass der '>Weltmarkt für Arbeitskraft<' seit dem 15. Jahrhundert ein kapitalistisches Strukturmerkmal darstellt:

„[D]er Bogen spannt sich von der Indianersklaverei, die bei der Eroberung Amerikas eingeführt wird, über die verschiedensten Formen der Zwangsarbeit und -migration in Lateinamerika, Asien und Afrika, die Sklaverei der Afrikaner/innen und das Kulisystem, mit denen die Asiat(inn)en in alle Welt verschickt werden, bis hin zur gegenwärtigen Arbeitsmigration“ (ebd.: 17f.).

Diese historische Dimension des auf einem Kontinuum von Zwang und Freiwilligkeit operierenden Transfers und Einsatzes von Arbeitskraft (vgl. Cohen

7 Dass es sich hierbei nicht um einen objektiven Mangel handelt, stellen mitunter selbst neoliberale Think Tanks fest; vgl. Papademetriou u.a. 2008: 3.

1988: 25ff.) macht den strukturellen Gehalt von Migrationsregimen als Arbeitskraftregime anschaulich. Migrationspolitik ist deshalb auch Arbeitskraftpolitik. Migrationsregime regulieren u.a. Arbeitskraftprobleme.

4.3 Hegemonie und struktureller Chauvinismus

Es ließe sich annehmen, dass sich die zwei bisher dargestellten Strukturwidersprüche und ihre historischen Materialisierungen gut ergänzen. Der erste Widerspruch zwischen den zerstörerischen Folgen kapitalistischer Umwälzungsprozesse und den Lebenshoffnungen von Menschen führt dazu, dass Prozesse der Flucht und Migration unter kapitalistischen Bedingungen ein Strukturmerkmal darstellen. Zu welchem Zweck die Regulation solcher Mobilität eigentlich notwendig ist, wurde mit diesem Argument nicht klar. Die Analyse des zweiten Widerspruchs hat die Einsicht ermöglicht, dass diese Mobilität aus kapitalistischer Sicht u.a. deshalb reguliert werden muss, um spezifische Arbeitskraftprobleme temporär zu lösen. Zu einem gewissen Grad ergänzen sich diese Widersprüche somit tatsächlich. Angesichts dieser Komplementarität könnte es verwundern, warum Migrations- und Grenzregime seit den 1980er Jahren eine derart restriktive Transformation durchgemacht haben. Auch die asylpolitischen Verschärfungen seit Sommer 2015 und die Blockade der Balkan-Route im Frühjahr 2016 lassen sich so nicht erklären. Offenbar fehlen in dem bisher gezeichneten Bild wichtige Komponenten.

Ein zentraler Grund für diese Restriktion ist die Existenz von Rassismus bzw. Rassismen, die als Herrschaftsverhältnisse verstanden werden können, die die Verteilung von Macht, Rechten und symbolischen wie materiellen Ressourcen entlang körperlicher oder kultureller Kriterien hierarchisieren. Bei aller Funktionalität, die rassistische Verhältnisse für kapitalistische Prozesse haben können (vgl. u.a. Miles 1989: 99ff.), kann der Einfluss rassistischer Kräfte dazu führen, dass diese Abschottungspolitiken durchsetzen, die aus Perspektive spezifischer Kapitalfraktionen ökonomisch dysfunktional sind. Den Konjunkturen des Rassismus kommt somit eine zentrale Bedeutung für die Erklärung migrationspolitischen Restriktionen zu. Deren Dynamiken lassen sich *nicht* aus den Strukturen oder den historischen Prozessen des Kapitalverhältnisses ableiten.

Die folgende Argumentation konzentriert sich jedoch auf die Frage, inwiefern auch die rassistisch überformte kapitalistische Vergesellschaftung strukturell zu restriktiven Grenzregimen beiträgt. Die These ist hier, dass sich migrationsfeindliche Mobilisierungen neben den „Konjunkturen des Rassismus“ (vgl. Bojadžijev 2008) aus einem nationalen Chauvinismus speisen, der unter den Bedingungen einer in Nationalstaaten gespaltenen, kapitalistischen Weltwirtschaft notwendig entsteht.

Beginnen lässt sich erneut mit dem Befund einer grundlegenden Krisenhaftigkeit kapitalistischer Verhältnisse. Im Anschluss an Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas ist festzustellen, dass eine Regulation von ökonomischen Krisen und sozialen (Klassen-)Konflikten dauerhaft nur dann erfolgreich sein kann, wenn es den dominanten Kapitalfraktionen bzw. dem sich im Staat verdichtenden 'Machtblock' gelingt, einen spezifischen Modus von Herrschaft zu etablieren, den Gramsci als *Hegemonie* bezeichnet hat. Hegemonie kann als spezifische Herrschaftsform verstanden werden, in der die Dominanz führender Klassenfraktionen nicht primär auf Zwang und Gewalt beruht, sondern auf dem mehr oder minder aktiven Konsens mindestens eines Teils der beherrschten Gruppen zur gegebenen Ordnung (vgl. Gramsci 1991ff.: 1946ff.; Poulantzas 2002: 121). Auch Max Weber (1980) hat darauf hingewiesen, dass es für eine stabile staatliche Ordnung unabdingbar ist, dass das staatliche Gewaltmonopol von der Bevölkerung als *legitim* anerkannt wird (Weber 1980: 821; vgl. Hirsch/Kannankulam 2006: 76). Im Anschluss an Gramsci lässt sich nun zeigen, dass solche Legitimität dauerhaft nur durch politische Kompromisse erreicht werden kann, die zwar letztlich im Interesse der herrschenden Klassenfraktionen sind, aber den beherrschten Gruppen reale materielle Zugeständnisse machen. Nur durch eine materiell wie symbolisch abgesicherte Einbindung untergeordneter Gruppen entstehen Konsens und Massenloyalität und werden die herrschende Ordnung und ihre Repräsentation im Staat als legitime Ordnung anerkannt (vgl. Hirsch 1994: 193f.).

Diese Argumentation lässt sich mit Hilfe von Étienne Balibars Begriff des 'national-sozialen Staates' historisch präzisieren. In einem zuerst 1999 aus Anlass des 20. Todestags von Poulantzas gehaltenen Vortrag arbeitet Balibar (2010) heraus, dass sich die Länder des globalen Nordens seit Ende des 19. Jahrhunderts und insbesondere nach der *Great Depression* ab 1929 und dem Zweiten Weltkrieg in umkämpften Prozessen zu 'national-sozialen Staaten' (ebd.: 25) gewandelt haben, die Sozialpolitik und Nationalismus mit dem Effekt kombinierten, die explosiven Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung zu regulieren. Balibar argumentiert, dass „die Regulierung – und nicht, wie man manchmal zu Unrecht denkt, die 'Integration' – der Klassenkämpfe durch die Sozialpolitik und die Institutionen zur kollektiven Sicherung zumindest eines Teils der Lohnarbeiter [...] absolut unentbehrlich für die Erhaltung der nationalen Form des Staates und damit Hegemonie waren“ (ebd.). Die Bevölkerung in den Industrieländern des globalen Nordens wurde zunehmend von 'ihren' national-sozialen Staaten abhängig. Die Folge dieser Abhängigkeit lässt sich meines Erachtens als 'nationale Formbestimmung des Politischen' bezeichnen: Die Bevölkerungen des Nordens waren mehr und mehr gezwungen, nahezu alle sozialen und politischen Strategien auf ihre nationalen Staaten zu richten und die Geltung ihrer Forderungen weitgehend auf deren nationale Territorien und StaatsbürgerInnen zu beschränken.

Für den dritten Strukturwiderspruch ist nun entscheidend, dass diese national-soziale Regulation von Klassenkämpfen nur funktionieren kann, wenn die Reichweite der auf diese Weise etablierten Kompromisse beschränkt ist, sowohl räumlich-territorial als auch 'personell'. Da die Kompromisskosten letztlich vom kapitalistischen Mehrprodukt abgezogen werden, würde deren schrankenlose Ausweitung durch offene Grenzen und gleiche Rechte die Profitraten tendenziell gegen null sinken lassen. National-soziale Wohlfahrtsstaaten sind somit grundlegend darauf angewiesen, die Bedingungen ihrer Existenz durch gewaltsame Ausgrenzung der Nicht-Zugehörigen zu sichern und den Zugang zu ihren Territorien und sozialen Rechten zu hierarchisieren. Gestützt und vermittelt durch im Kolonialismus entstandene rassistische Muster drückt sich dieser Ausgrenzungsimperativ zu einem gewissen Grad notwendig in einem nationalen Chauvinismus aus, der in Migrations- und Grenzregimen institutionell realisiert wird und sich dabei mit rassistischen Verhältnissen verbindet, die eigenständig-interdependenten Dynamiken folgen.

Der national-chauvinistische Backlash gegen die Politik partiell offener Grenzen 2015/2016 weist darauf hin, dass vielen Lohnabhängigen in der EU diese Zusammenhänge in verstellter Weise klar sind. Deren Fähigkeit, ökonomische Verwüstungen und Gewalt im globalen Süden ignorieren zu können, beruht auf der Effektivität staatlicher Migrationskontrollen. Auch die Warnungen, Merksels Politik der offenen Grenzen kündige den deutschen „Gesellschaftsvertrag“ auf (FAZ, 14.11.2015), verweisen auf den Widerspruch zwischen der Eigensinnigkeit subalternen Mobilität und der Eigensinnigkeit sowohl rassistisch als auch nationalistisch motivierter Bevölkerungsgruppen im globalen Norden, die versuchen, ihre relative Privilegierung in der imperialen Produktions- und Lebensweise chauvinistisch zu verteidigen, auch wenn sie damit die Arbeitskraftstrategien bestimmter Kapitalfraktionen sabotieren.

5. Materialistische Grenzregimeanalyse: Ein Forschungsprogramm

Ausgehend von der hier nur skizzenhaft erfolgten Analyse von drei Strukturwidersprüchen, deren historische Konkretisierungen im Rahmen von Migrations- und Grenzregimen reguliert werden, lassen sich abschließend einige Fragen formulieren, an denen eine materialistische Grenzregimeforschung ansetzen könnte, um strategische Bestimmungen emanzipatorischer Akteure zu unterstützen.

In Bezug auf den ersten Widerspruch könnte es darum gehen, die polit-ökonomische Bedingtheit der gegenwärtigen Migrationsbewegungen besser zu verstehen. Eine materialistische Grenzregimeforschung müsste intensiv,

zeithistorisch und empirisch vergleichend untersuchen, wie die gegenwärtigen Migrationsbewegungen aus bestimmten Räumen zusammenhängen mit den weltwirtschaftlichen Entwicklungen seit den 1970er Jahren, den Erfolgen und dem Scheitern konkreter Akkumulationsstrategien und den hiermit verbundenen (gewaltsamen) Konflikten, ökologischen Zerstörungen und anderen Teilen der gegenwärtigen 'Vielfachkrise'. Eine solche politökonomische Kontextualisierung wäre ein wichtiger Schritt, um diskurs- und praxistheoretische Verengungen der gegenwärtigen Migrationsforschung zu korrigieren.

Hinsichtlich des zweiten Widerspruchs wäre es wichtig, präziser zu verstehen, wie und für wen kapitalistische Arbeitskraftpolitik und Chauvinismus sich teils funktional ergänzen, teils widersprechen. Chauvinismus kann aus ökonomischer Sicht dysfunktional werden, etwa wenn er die heutigen Arbeitskraftstrategien des deutschen Industriekapitals zur migrationspolitischen Versorgung mit Fachkräften torpediert. Durch empirische Forschung mithilfe der historisch-materialistischen Politikanalyse könnte etwa untersucht werden, inwiefern die gegenwärtige Dynamik europäischer Migrationspolitik durch den Widerspruch zwischen rassistisch-nationalistischem Chauvinismus 'von unten' und den Strategien neoliberal orientierter Kapitalfraktionen angetrieben wird.

In Bezug auf den dritten Widerspruch sollte eine materialistische Grenzregimeanalyse herausarbeiten, wie die chauvinistischen Reaktionen, die die Konflikte im deutschen und europäischen Migrationsregime prägen, durch eine enge Verschränkung rassistischer, nationalistischer und politökonomischer Dynamiken getrieben werden. Solange dieser Chauvinismus allein oder primär auf rassistische Diskurse zurückgeführt wird, ohne deren Verbindung zu national-sozialen Ausgrenzungstendenzen einzubeziehen, die aus der imperialen Produktions- und Lebensweise des globalen Nordens und der Regulation ihrer inneren Widersprüche und Krisen in nationalen Sozialstaaten notwendig entstehen, läuft die Kritik dieses Chauvinismus Gefahr, auch politisch entscheidende Aspekte nicht fassen zu können. Im Kern geht es um die Frage, wie eine linke Reaktion auf diesen Chauvinismus mit dem breiteren Projekt einer sozial-ökologischen Systemtransformation verbunden werden muss, um erfolgreich zu sein.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1997): Anmerkungen zum sozialen Konflikt heute (1968). In: ders.: *Gesammelte Schriften, Bd.8*, Frankfurt/M: 177-195.
- Balibar, Étienne (2010): Kommunismus und (Staats-)Bürgerschaft. In: Demirović, Alex u.a. (Hg.): *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*, Baden-Baden: 19-34.
- Bedszent, Gerd (2014): *Zusammenbruch der Peripherie. Gescheiterte Staaten als Tummelplatz von Drogenbaronen, Warlords und Weltordnungskriegern*, Berlin.

- Benz, Martina/Schwenken, Helen (2005): Jenseits von Autonomie und Kontrolle: Migration als eigensinnige Praxis. In: *Prokla* 35(3): 363-378.
- Bojadžijev, Manucla (2008): *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*, Münster.
- Buckel, Sonja (2015): Dirty Capitalism. In: Dirk, Martin u.a. (Hg.): *Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie*, Münster: 29-48.
- /Georgi, Fabian/Kannankulam, John/Wissel, Jens (2014): Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. In: Forschungsgruppe >Staatsprojekt Europa< (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik*, Bielefeld: 15-84.
- Chick, Kristen (2015): Seeking Refuge: Greece, long hostile to migrants, turns hospitable under Syriza. In: *Christian Science Monitor*, 24.6.2015. URL: csmonitor.com/, Zugriff: 29.2.2016.
- Chorus, Silke (2012): *Care-Ökonomie im Postfordismus. Perspektiven einer integralen Ökonomie-Theorie*, Münster.
- Cohen, Robin (1988): *The new belots. Migrants in the international division of Labour*, Aldershot.
- Cox, Robert W. (1981): Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory. In: *Millennium* 10(2): 126-155.
- de Genova, Nicholas (2002): Migrant 'Illegality' and Deportability in Everyday Life. In: *Journal of Latin American Anthropology* 8(2): 419-447.
- Demirović, Alex u.a. (Hg.) (2011): *Vielfachkrise. Ursachen, Zusammenhänge und Strategien von Krisen im Kapitalismus*, Hamburg.
- Gambino, Ferruccio/Sachetto, Devi (2009): Die Formen des Mahlstroms. In: van der Linden, Marcel/Roth, Karl Heinz (Hg.): *Über Marx hinaus*, Berlin: 115-153.
- Georgi, Fabian (2016): *Zur politischen Ökonomie von Migrationsregimen. Die Geschichte der Internationalen Organisation für Migration (IOM) 1951-2015*. Unveröffentlichtes Dissertations-Manuskript. Eingereicht Januar 2016. Freie Universität Berlin.
- /Kannankulam, John (2015): Kräfteverhältnisse in der Eurokrise. In: *Prokla* 45(3): 349-369.
- /Huke, Nikolai/Wissel, Jens (2014): Fachkräftemangel, Lohndumping und Puzzle-Politik. Die europäische >Blue Card< als arbeitskraftpolitisches Projekt. In: Forschungsgruppe >Staatsprojekt Europa< (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik*, Bielefeld: 209-225.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): *Gefängnishefte (1929-1935)*, 10 Bde., Hamburg.
- Grillo, Ulrich (2015): *BDI-Chef Grillo zur Flüchtlingssituation. „Es gibt Chancen, es gibt Risiken“* (3.11.2015). URL: deutschlandfunk.de. Zugriff: 2.1.2016.
- Harvey, David (2005): *Der neue Imperialismus*, Hamburg.
- (2010): *The Enigma of Capital. And the crisis of capitalism*, London.
- Hess, Sabine u.a. (2014): Einleitung. In: Heimeshoff, Lisa-Marie u.a. (Hg.): *Grenzregime II*, Berlin: 9-39.
- /Karakayali, Serhat (2007): New Governance oder Die imperiale Kunst des Regierens. Asyldiskurs und Menschenrechtsdispositiv im neuen EU-Migrationsmanagement. In: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): *Turbulente Ränder*, Bielefeld: 39-55.
- Heydarian, Richard Javad (2014): *How capitalism failed the Arab world*, London.
- Hirsch, Joachim (1994): Politische Form, politische Institutionen und Staat. In: Esser, Josef u.a. (Hg.): *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg: 157-211.
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie*, Hamburg.
- /Kannankulam, John (2006): Poulantzas und Formanalyse. Zum Verhältnis zweier Ansätze materialistischer Staatstheorie. In: Bretthauer, Lars u.a. (Hg.): *Poulantzas lesen*, Hamburg: 65-81.
- Hirschman, Albert O. (1970): *Exit, voice, and loyalty: Responses to decline in firms, organizations, and states*, Cambridge/MA.
- IOM (2016a): *Summary of Arrivals to Europe - 2015 Overview*. Excel-File. URL: migration.iom.int/europe/, Zugriff: 29.2.2016.

- (2016b): *Migrant Fatalities Worldwide. Latest Global Figures*. IOM Missing Migrants Project. URL: missingmigrants.iom.int/latest-global-figures, Zugriff: 29.2.2016.
 - (2012): *Report on the 100th Session of the Council (5.-7.12.2011). Council 101st Session*. MC/2342/Rev.1, 27.11.2012.
 - (2013): *2013 United Nations General Assembly High Level Dialogue on International Migration and Development*. URL: iom.int/files/live/sites/iom/files/What-We-Do/docs/IOM-activities-and-possible-high-road-scenarios-for-the-four-round-table-themes.pdf, Zugriff: 21.11.2015.
 - (2014): *#MigrationMeans. 19 Aug 2014 World Humanitarian Day*. URL: weblog.iom.int/migrationmeans, Zugriff: 29.2.2016.
- Kannankulam, John (2014): Kräfteverhältnisse in der bundesdeutschen Migrationspolitik. In: Forschungsgruppe >Staatsprojekt Europa< (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik*, Bielefeld: 93-112.
- Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis (2007): Movements that matter. Eine Einleitung. In: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): *Turbulente Ränder*, Bielefeld: 7-17.
- Kasperek, Bernd/Speer, Marc (2015): *Of Hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration*. 7.9.2015. URL: bordermonitoring.eu/ungarn/2015/09/of-hope/, Zugriff: 28.2.2016.
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. In: *Prokla* 15(1): 109-137.
- (1998): Rebelle Söhne. In: ders.: *Nach dem Ende des >Goldenen Zeitalters<*, Hamburg: 12-23.
- Lüdtker, Alf (2015): *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Münster.
- Marx, Karl (1956ff.): Das Kapital. MEW 23. In: *Marx-Engels-Werke* (MEW), Berlin.
- McNally, David (2011): *Global slump. The economics and politics of crisis and resistance*. Oakland/CA-Halifax.
- Miles, Robert (1989): *Racism*, London.
- Papademetriou, Demetrios G. u.a. (2008): *Talent in the 21st century economy*. Migration Policy Institute, Washington D.C. URL: migrationpolicy.org, Zugriff: 29.2.2016.
- Papadopoulos, Dimitris u.a. (2008): *Escape Routes. Control and Subversion in the 21st Century*, London.
- Parenti, Christian (2012): *Tropic of chaos. Climate change and the new geography of violence*, New York.
- Pott, Andreas u.a. (2014): *Migration Regimes: Approaches to a Key Concept*. URL: migrationregimes.com/concept/, Zugriff: 29.2.2016.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie*, Hamburg.
- Pro Asyl (2016): *Asylverschärfungen beschlossene Sache – stehen weitere bevor?* 26.2.2016. URL: proasyl.de, Zugriff: 29.2.2016.
- Schwartz, Helge (2011): *Foucault an der Grenze*, Berlin.
- /Ratfisch, Philipp (2015): *Antimigrantische Politik und >Sommer der Migration<*. hrsg. v. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Analysen Nr. 25, Berlin.
- Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.) (2007): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld.
- Tsianos, Vassilis/Hess, Sabine (2010): Ethnographische Grenzregimeanalyse. In: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hg.): *Grenzregime*, Berlin: 243-264.
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen.

The Role of Racism in the European ›Migration Crisis‹. A historical materialist perspective

Fabian Georgi

Introduction

In the mid-2010s, racism in Europe is becoming more open, militant and aggressive, resulting in fierce political polarisation. It is most visibly expressed by the protests and electoral successes of right-wing forces who combine fierce nationalism with welfare chauvinism and a thinly veiled racism, directed primarily against refugees and migrant workers of colour, especially Muslims. In Germany, the weekly protests of the PEGIDA-movement (Patriotic Europeans against the Islamisation of the Occident) and the rise of the new right-wing party Alternative for Germany (AfD), which gained 12,6 percent in the federal election of September 2017, thereby becoming the third-strongest party in the Bundestag, has incited violence against migrants and people of colour, contributing to more than 1,000 attacks on refugee homes in 2015 (Deutsche Welle 2016; Friedrich and Kuhn 2017a). In the Austrian presidential election of December 2016, the far-right candidate Norbert Hofer was defeated only narrowly, gaining 46.2 per cent of the vote. In Britain, right-wing campaigners used vitriolic language to mobilise against ›foreigners‹ in order to win the Brexit-referendum of June 2016 (The Guardian 2016a). In Poland and Hungary, governments are using anti-Muslim racism to legitimise an increasingly authoritarian rule (Edwards 2016). Although, in 2017, the Dutch anti-Muslim populist Geert Wilders and the French Front National were defeated in the general elections in the Netherlands and in the presidential elections in France, their vitriolic mix of anti-EU chauvinism and racism, remains a potent, dynamic factor in the European balance of forces (Ramesh 2017). ‘A spectre is haunting Europe. Not for the first time, right-wing racist movements are on the march across that continent’ (Vieten and Poynting 2016: 533).

The present chapter will focus on one key aspect of these dynamics. Its central question is how the current dynamics of racism in Europe are interwoven with the struggles within and over the European migration and border regime.¹ It seems clear

1 I am aware that as a person read as a white male I am not able to as fully or equally understand racism as people negatively affected by it. For helpful comments and criticism on this chapter, I thank Lars Bretthauer, Sebastian Friedrich, John Kannankulam, Manjiri Palicha, Vishwas Satgar,

that the so-called European refugee or migration crisis of 2015/2016 – when, within one year, more than one million people claimed asylum in the European Union – was exploited by right-wing populists to successfully push for a more repressive EU refugee policy. But how does the current conjuncture of racism shape the form and direction of the border regime? And conversely, how do the complex struggles of the European border regime influence the dynamics of racism? The chapter's main argument is that Europe's so-called migration crisis can be understood as a fierce and multi-sided transnational social conflict of which racism and racist forces are one part. In order to understand racism in Europe today, then, it is productive to analyse the social struggles and structural contradictions associated with migration and border regimes which are shaped by racism and in turn shape racism's dynamic.

The chapter is divided into five sections. After this introduction, the second section provides an overview on the current crisis of the European border regime. The third section briefly sketches my materialist and relational understanding of border regimes and racism. The fourth section comprises the main part of the chapter. In a series of heuristic arguments, it analyses in what sense the current struggles within the European border regime are interwoven with the dynamics of racism. The conclusion discusses three anti-racist strategies, not least among them a broad movement against the political and economic conditions to which racism is not reducible but which shape its infuriating historical persistence.

The crisis of the European migration and border regime

Between summer 2015 and spring 2016, the European migration regime experienced an extraordinary dynamic. While between 2004 and 2011 the number of asylum claims in the EU had dropped to between 200 000 and 300 .000 a year, more than 1.3 million people claimed asylum in 2015 and almost 1.2 million in 2016 (Eurostat 2017a, 2017b). Within media and academia, this dynamic is commonly referred to as the European ›refugee‹ or ›migration crisis‹, thereby declaring the refugees and migrants to be the problem. In rejection of this narrative, critical scholars in Germany speak more optimistically about the ›Long Summer of Migration‹ (cf. Hess et al. 2017),² a time when the ability of national and EU institutions to control and prevent the movements of people seeking safety, work and better lives, at long last, partially broke down.

Matti Traußneck and all participants of the Democratic Marxism workshop in Johannesburg in November 2016.

- 2 The ›Long Summer of Migration‹ is a word-play on ‘The Short Summer of Anarchy’, a 1972 novel on the Spanish Civil War by the German author Hans-Magnus Enzensberger.

The Long Summer began with the maritime disaster of 19 April 2015 when about 800 people drowned near the Italian island of Lampedusa, creating shock and media attention throughout Europe. In the following months, the flight routes shifted east, from Italy to the Aegean Sea between Turkey and Greece. From about 18 000 in May and 31 ,000 in June, their number rose to 54 ,000 in July and nearly 108 , 000 in August (IOM 2016: 9). Partly, this shift resulted from the change of government in Greece in January 2015, where the left-wing Syriza government had reduced the illegal push-back of refugee boats, which the Greek coast guard had previously conducted (cf. Chick 2015). In late August, this dynamic came to a head. On 28 August, the bodies of 71 refugees were found in Austria. They had suffocated in a truck. In the following days, refugee protests in Budapest escalated. Thousands set off on the so-called March of Hope to reach Austria on foot, walking on Hungarian motorways (Santer and /Wried 2017: 141f.). Then, on 3 September, images of the three-year old Syrian refugee Aylan Kurdi were broadcast around the world. His dead body had washed up on a beach near the Turkish town of Bodrum.

In Germany, these events made a significant impact. On 31 August, pressured by left-wing forces, liberal media and the agency of migrant mobility itself, Chancellor Angela Merkel declared Germany ready to help hundreds of thousands of refugees: ‘We can do it, and where something is in our way, it has to be overcome.’ (Merkel 2016, my translation). On 5 September, the Merkel government decided to partially open Germany’s borders for refugees on the Balkan-route.³ Citizens in Germany and Austria welcomed refugees at train stations with applause, gifts and an outpouring of practical help (Karakayali and Kleist 2016; Blume et al. 2016). On 15 September, Merkel defended her policy in humanitarian terms: ‘If we now have to start apologizing for showing a friendly face in response to emergency situations, then that's not my country.’ (Cited in Spiegel Online 2015a). In the following weeks, even more people made their way to Greece: 147 ,000 did so in September and 211 ,000 in October (IOM 2016: 9). Leftist observers, who for years had criticised the inhumanity of EU asylum policy, were rubbing their eyes, in disbelief. With Germany taking refugees in, other countries (with the notable exception of Hungary), from Greece over the West Balkans to Austria, decided to let refugees pass their territory. For a few weeks in the late summer and autumn of 2015, Europe's borders were open like never since the fall of the ›Iron Curtain‹ in 1989/90.

This period of almost euphoric solidarity with refugees was short lived. After being blind-sided for a few weeks, conservative forces of the political-centre and chauvinist actors from the right, started an aggressive counter-offensive and demanded

3 The opening was only partial because the visa regime and ›carrier sanctions‹ still prevented refugees from entering the EU safely and legally by plane or ferry. For a detailed reconstruction, see Blume et al. (2016).

restrictive border controls and mass deportations (New York Times 2015; Spiegel Online 2015b; Friedrich and Kuhn 2017a). Based on street protest, (social) media discourses and opinion polls, their strength in the relationship of forces increased and had institutional effects. As a result, the Long Summer of Migration can be seen to have ended in mid-November 2015 when terrorist attacks in Paris enabled right-wing-forces to associate refugees with ›Islamic terrorism‹. Shortly thereafter, Macedonia decided to only let people from Syria, Iraq and Afghanistan cross the border from Greece and continue to Western Europe. In a probably too broad understanding, the Long Summer could be said to have ended only in March 2016 when the Aegean- and Balkan-route was effectively blocked by a deal between the EU and Turkey (Santer and Wriedt 2017: 145f.). Even though the number of arrivals dropped significantly, racist rhetoric among many Europeans did not disappear. Moreover, the number of border deaths in the Mediterranean in 2016 was even higher than in the previous years: 5 143, compared to 3 784 in 2015 and 3 283 in 2014. From January to early August 2017, a further 2 405 people died (IOM 2017). The crisis of death and inhumanity in the European border regime is set to remain its normal mode of operation.

Despite this continuity, the Long Summer shifted the relationship of forces, resulting in an even more restrictive EU migration policy than before. In May 2015, shortly after the deadly shipwreck near Lampedusa, the European Commission (2015) published, yet another, policy initiative – the so-called European Agenda on Migration, under which it continues to push hard for repressive reforms of EU refugee policy. From May to July 2016, it released a whole set (legislative) proposals, aiming to further tighten the EU border regime and externalise it to North Africa and beyond (European Commission 2017). In 2017, as noted by an Amnesty International report, these policies have turned the Central Mediterranean route, through Libya towards Italy, into a ghastly death trap: ‘This reckless European strategy is not just failing to deliver the desired outcome of stopping departures and preventing further loss of life, but is in fact exposing refugees and migrants to even greater risks at sea and, when intercepted, to disembarkation back in Libya, where they face horrific conditions in detention, torture and rape’ (Amnesty International 2017 : 5).

A relational understanding of border regimes and racism

What was the role of racism in shaping these dynamics? And how have the recent turbulences in the border regime influenced racism in Europe? My attempt to answer these questions starts from an approach I have developed elsewhere and termed historical materialist border regime analysis (Georgi 2016; Buckel et al.

2014). Its main contention is that the policies, institutions and state apparatuses of border regimes result from social and political struggles that are fundamentally shaped by a set of migration-related structural contradictions of a capitalist and racist world-system. Migration policies and border regimes are, to speak through Nicos Poulantzas ([1978]2000: 128), ‘material condensations of relationships of forces’ between manifold actors and social forces. The strength of this approach is that the categories, policies and institutions of these regimes (e.g. illegality or residence categories) are de-naturalised and historicised.

This approach corresponds to a relational understanding of racism as presented recently by David Camfield (2016), who interprets racism as distinct and historically shifting social relations of oppression, ‘oppression of a multi-gender social collectivity on the basis of differences (not limited to those surrounding sexuality or impairment) that are treated as inherited and unchangeable.’ (Camfield 2016Ibid.: 47, emphasis in original). On this basis, several points can be made. First, the term ›oppression‹ stresses that the harm done as well as the benefits and privileges accrued by racism do not operate only on an individual level or in micro-situations. They affects social groups and are material and systemic, that is, they are connected to the way society as a whole reproduces itself. Second, by stressing that the social groups oppressed by racism are ›multi-gender‹ and are targeted not on basis of sexuality or impairment, Camfield distinguishes racism from other relations of oppression, namely sexism, heteronormativity and ableism.

Third, to assert that ‘racism is a social relation, not the mere ravings of racist subjects’ (Balibar 1991b: 41) highlights that the racist essentialisation and hierarchisation of socially constructed differences is not always or primarily the result of explicit discourses, thought-out ideologies or conscious intentions. Instead, the essentialisation is (also) produced by effectively treating certain differences as inherited, unchangeable and inferior in order to reap the associated advantages of doing so. It is a product of praxis. Historically, ‘racial ideology did not precede racist practices’ (Camfield 2016: 43). Instead, racist ideologies emerge(d) and reproduce to justify practices of oppression that have psychological, social and/or economic benefits for the privileged groups.⁴ Or, as explained by Adam Kotsko: ‘[B]eing a member of a certain race is not something inherent, it is something that is done to you. And it is done to you in order to mark you out as something that needs to be tamed, controlled, and subdued. It is a way of naturalizing an order of domination.’ (Kotsko 2017) By giving praxis and action ontological precedence over ideas and language, it becomes understandable how racism reproduces in a historical situation where

4 Moreover, to perceive discourses or ideologies as racism's ontological centres runs a risk of analysing it isolated from context or, even implicitly, as a functional aspect of the super-structure that will dissolve once the capitalist base has been historically superseded (cf. Camfield 2016: 49).

the notion of races is widely discredited – ‘racism without races’ (Balibar 1991a: 21) – and virtually nobody wants to be a racist – ‘Racism without Racists’ (Bonilla-Silva 2017). Still, even if ‘a materialist method should prioritise human activity’ (Camfield 2016: 43), it should not do so in a one-dimensional way. The challenge is to analyse the interplay between praxis and discourse. Racist essentialisation ‘happens both in practice and in how racially-oppressed groups are presented ideologically; we should not limit ourselves to the latter.’ (Camfield 2016: 47).

Fourth, to interpret racism as a distinct social relation of oppression means that, although it is often highly functional for the regulation of capitalist contradictions, it is not reducible to class or capitalist relations of production. ‘Although processes of racialization are always embedded in other forms of hierarchy, they acquire autonomy and have independent social effects.’ (Bonilla-Silva 2001: 37). To see racism as a constantly contested social relation also follows Stuart Hall’s argument that there are only ever ‘historically-specific racisms’ (Hall 1980: 336), shaped and shifted by social struggles and numerous facets of historical context. One might say, then, that there is never ›pure racism‹. There is ever only an intersectional racism, intertwined with and formed by the dynamic interdependence with other relations of oppression. ‘Racism is no fixed ideological pattern, instead it changes its character, its arguments, its objects, its appearance, its aims, its forms of organisation. In this sense, we can only analyse conjunctures of racism in history’ (Bojadžijev 2006, my translation).

One challenge in analysing the current conjuncture of racism with regard to the European border regime, then, is to understand how racist power relationships intersect with other relations of oppression. Another is how to explain the dynamics of racism as the result of specific social conflicts (cf. Bonilla-Silva 2001: 45). This means, for example, that the struggles of refugees or communities of colour have to be understood as key actors because they force racism to adapt: ‘[I]n order to interpret the way racism fluctuate[s] [...], one must take account of the groups against whom it is aimed and their actions and reactions’ (Balibar 1991b: 41). Still, neither border regimes nor the conjunctures of racism are driven alone or primarily by the groups oppressed by them – nor should they be portrayed in this way. Instead, in my view, they have to be reconstructed as the complex conflicts they are.⁵ These

5 This argument refers to a controversy within German-language critical migration studies where some authors argue, from a post-operaist perspective, that ‘it should be the task of a critical migration and border regime research to stress those moments in which the movements of migration together with solidarity, transnational, social and political movements elude attempts to control and regulate them’ (Hess et al. 2017: 18, my translation). While this surely is important, I am concerned that a critical research strategy that narrows its focus in this way, is simplifying the societal struggles and structural dynamics associated with migration and border regimes, and, therefore, does not realise its full potential to contribute to the kind of complex and fundamental analysis of society that is necessary for its emancipatory transformation.

conflicts are structurally conditioned and fought out by a whole range of different social forces, among them, the movements of refugees and migrant workers, communities of colour, the protests of liberal institutions and left-wing activists, the ambivalent position of trade unions and welfare organisations, the pressure of different capital factions, and the chauvinist reactions of nationalist and racist forces. Thus, if we want to understand the current crisis of the European border regime and the role of racism within it, we have to analyse the struggles between these and other forces and reconstruct their shifting alliance, political offensives and defensive manoeuvres.

Dynamics of racism in the European border regime

On the defensive I: Counter-reaction to post-migrant societies

Starting out on such an analysis, the current resurgence of racism in Europe can be interpreted as a counter-reaction to a series of political defeats inflicted upon chauvinist forces in Europe. Racism and racist forces are on the defensive in at least two respects. First, in the previous decades, anti-racist forces, migrant communities and communities of colour have made substantial political, social and cultural gains, thereby creating what has been termed ‘post-migrant societies’ (Fouroutan 2015). Compared to the 1990s, European societies have – as a result of movements and struggles of migration – become more ethnically and culturally diverse. The share of people of colour and persons whose families have often complex migration histories has increased in almost all European countries, especially within cities (cf. IOM 2015). Furthermore, as a result of anti-racist struggles, the acceptance of these processes has unequally spread to larger sections of European societies, being affirmed not only by the political left, but, at least in some countries, by the centre-right. Together with a higher visibility and recognition of people of colour in business, politics, media, culture and sports has gone a stronger rejection of the old-style, open racism still prevalent in the 1980s and early 1990s. ‘More frequent and more successful than ever before, (former) immigrants and their descendants demand equal participation and force new opportunities, to reject and legally challenge discrimination and racist exclusions’ (Espahangizi et al. 2016: 11f, my translation).

On a theoretical level, these dynamics can be interpreted as results of a relational autonomy of migration (Bojadžijev and Karakayali 2010). A key contention of this concept is that, as a tendency, human beings do not passively accept situations, living conditions or social relations they perceive as negative. Instead, they struggle, either at their present localities, or by using escape-options: They move, leave, ab-

second, desert, flee or emigrate to achieve a better life elsewhere (cf. Papadopoulos et al. 2008). Within the European border regime, the practices of refugee and migrant communities constitute a powerful force to which racist actors and migration controls are constantly forced to react. The Long Summer of Migration is a case in point. After a quarter century in which the EU attempted to integrate and perfect its border controls, the movements of migration pushed this regime into its gravest crisis so far. Despite massive EU attempts to prevent this and despite fierce resistance of nationalist and racist forces, the number of asylum claims in the EU rose to record highs, many of them made by people of colour and Muslims who are especially targeted by European racism.⁶

From a materialist perspective, these movements of refugees, (illegalised) migrant workers and their families can be understood as strategies with which people from the European periphery and the Global South tend to react to the creative destruction inflicted upon their countries of origin by processes of ›accumulation by dispossession‹ and the multi-dimensional crises of contemporary capitalism, among them a severe over-accumulation of capital on a world-scale, crises of (wage) labour, of food sovereignty and climate change. These social, economic and ecological problems often escalate into political crises that turn violent and erupt into uprisings and civil wars which then often have their own, ethnicised and religious dynamics. The Arab Spring and its consequences are obvious examples (cf. Parenti 2012; Heydarian 2014).

These processes point to two crucial insights: First, the bitter sense of defeat articulated by the European far-right, who lament the emergence and increasing acceptance of culturally diverse post-migrant societies in Europe, is, from their perspective, actually justified. The gains made by the relational autonomy of migration and anti-racist struggles since the 1990s, have weakened racist forces. Their current resurgence is a backlash to these successes. Second, given the multiple crisis tendencies of global capitalism and the inability of the European Union to effectively control the escape-practices with which people react to such crises, it becomes clear that right-wing ›racial projects‹ (Winant 2001) are unlikely to succeed because they have strong structural tendencies against them.

On the defensive II: A shifting migration management-compromise

Besides suffering defeats as a result of the struggles of migration, right-wing racist forces are on the defensive in a second respect. According to my analysis, the implicit coalition between right-wing conservative and neoliberal forces that has un-

6 In 2015, most of them came from the war-torn states of Syria (363 000), Afghanistan (178 ,000) and Iraq (122 ,000), but significant numbers arrived from crisis-ridden countries in Africa and West and South Asia, among them Pakistan (46 ,000), Eritrea (33 ,000), Nigeria (30 ,000) and Iran (25 ,000) (Eurostat 2016: 3).

derpinned the hegemonic compromise of an EU ›migration management‹ since the late 1990s, has increasingly frayed and partially broken down. Instead, since around 2010, neoliberal actors have aligned their rhetoric closer with the migration policy of liberal and centre-left forces, pushing a positive and right-based discourse on migration and thereby putting right-wing racist forces on the defensive.

In the 2000s, the migration management-concept dominated much of international and European migration policy (Georgi 2010: 55f.). From a historical-materialist perspective, migration management can be understood as a political project with which neoliberal actors tried to subordinate migration and refugee policy – like virtually all other policy fields – under the imperatives of competitiveness, profits and economic growth. Representatives of European industry and service capital, and their ideological allies in civil society and (international) state apparatuses, have relentlessly tried to ‘se[t] societies on a course to reap the positive economic and social benefits that migration can continue to offer’ (IOM 1993: 2). From their perspective, migration is positive as long as it is economically beneficial to the dominant forces of the immigration countries. Led by the European Commission (2000) EU migration policy became increasingly seen as a strategy to solve specific labour problems, be it farming labour from Morocco in Spain or Brazilian IT-workers in the UK.

Since the 1990s, the main resistance against such neoliberal strategies has come from those large segments of the European population who – motivated by a mix of nationalism, welfare chauvinism and racism – oppose immigration, especially of people of colour. Neoliberal experts time and again have expressed their frustrations with this ›irrational‹ resistance. For example, in 2011 a representative of the IOM complained: ‘Human capital had the potential to be one of the key resources of exchange for global economic growth and prosperity. However, in reality, attitudes remained largely ambivalent towards migration’ (IOM 2012: 14). The migration management-concept was a strategic attempt by neoliberal actors to incorporate these chauvinist forces into a compromise. The migration of refugees and migrant workers who were deemed not to be economically beneficial or to be a security risk, were to be so restrictively and effectively controlled, that Europe’s anti-immigration electorates could be convinced to accept a ‘regulated openness’ (Ghosh 2000: 25) for the select groups who were ›truly needed‹ in the labour market.

This strategy had mixed results. While EU border and refugee policy became in fact ever more restrictive, neoliberal forces never fully succeeded in achieving the liberal labour immigration policy they desired. The failure of the EU Blue Card-directive passed in 2009 to attract a substantial number of ›highly-qualified migrants‹ into the EU, illustrates this (Bellini 2016). This failure of neoliberal forces to overcome the resistance of anti-immigration electorates, in my analysis, led

some neoliberal actors to change their approach and follow a strategy that Nancy Fraser has described as ‘progressive neoliberalism’ (Fraser 2017). Instead of primarily pushing for ever more restrictive controls, they now attempted to convince hostile electorate with a new, meritocratic rhetoric of diversity and multiculturalism, stressing economic gains and other positive effects of migration. For example, in 2012, the Director General of the IOM, William Lacy Swing, expressed this strategy: ‘[I]t would be important to actively support [...] intensive public information and public education efforts on the part of all industrialized countries to prepare their populations for the substantial implications that a growing mobile population holds for destination countries’ (Swing 2012: 26).

The new liberal elements of German migration policy in 2015 can be interpreted as an expression of this same re-orientation, evidenced by the significant support some factions of German capital gave to the partial opening of Germany’s borders. In September 2015, more than 60 per cent of German managers believed their companies could profit from a fast integration of the refugees (*Süddeutsche Zeitung* 2015). The president of the Federation of German Industries, Ulrich Grillo, defended Merkel’s policy: ‘We have a demographic problem in the future. That is, we have a shortage of labour. This shortage can be reduced.’ (Grillo 2015, my translation). In January 2016, the president of the Confederation of German Employers’ Associations, Ingo Kramer, made it clear that German capital was opposed to right-wing demands for border closures because it threatened the free circulation of goods, services and labour in the EU internal market, a key condition for profits: ‘The closing of borders is the opposite of what has made this nation great. What is accepted here as collateral damage in order to appease the *Stammtisch*⁷ is ludicrous’ (Cited in *Süddeutsche Zeitung* 2016, my translation). The strategy to circumvent the conservative blockade against increased immigration by a legally dubious opening of the border outraged racist forces. It was perceived by them as a bitter political defeat. The current resurgence of racism in Europe started therefore as a backlash first to the successes of anti-racist struggles and communities of colour that gave rise to post-migrant societies in Europe and, second, to an at least temporary and partial re-orientation of neoliberal capital factions.

On the offensive: Opportunities for racist mobilisations

To argue that racist forces in Europe are actually on the defensive begs the question of why there is currently a clear resurgence of racism in Europe. Why did so many Europeans react in chauvinist ways to the increased arrivals of refugees and migrants? And in what sense is this chauvinism driven by racism? In my view, the

7 Literally: the regulars’ table at a pub; figuratively: populist, racist, small-minded people. On the support of German capital for a liberal refugee policy, see also their campaign website <http://www.wir-zusammen.de/>.

persistence of racism and its current conjuncture in Europe can be explained if we ask what ›problems‹ racism ›solves‹ for individuals and societies and why people, therefore, continue to reproduce it through their actions. A first hint is given by Eduardo Bonilla-Silva: ‘Racial structures remain in place for the same reasons that other structures do. Since actors racialised as ›white‹ – or as members of the dominant race – receive material benefits from the racial order, they struggle (or passively receive the manifold wages of whiteness) to maintain their privileges’ (Bonilla-Silva, cited in Camfield 2016: 57).

Thus, the task is to ask which benefits, if indeed any, racism has for white Europeans in the current context. The main argument of the following section is that the counter-mobilisations of right-wing racist actors occurs in a historical situation in which large segments of the white European working and middle-classes experience the negative effects of a multi-dimensional crisis of neoliberal capitalism. Not only since the global financial crisis of 2008/2009 and its aftermath (Eurozone crisis, secular stagnation) have large parts of the European populations faced unemployment or underemployment with precarious, low-wage jobs, experienced justified fears, or have actual experience, of social descent and poverty, especially in old-age, and are excluded from adequate housing, health and child care and other social services. While those who have no work, or not enough of it, suffer from social stigmatisation and workfare regimes, many who do have jobs are subjected to high-pressure competition, unpaid overtime and stress. Even in countries where official unemployment statistics are relatively low (Germany, Denmark, Netherlands) widespread precarity, produces feelings of frustration and powerlessness, resulting in a rise of mental illness, including anxiety and depression. My hypothesis is, then, that in this situation, racist and nationalist mechanisms intersect to fulfil psychological, political and economic functions for large parts of the European populations. The analytical challenge is to dissect these mechanisms.

First, the persistence of racism and its current resurgence is partially based on the psychological functions it fulfils for many individuals and groups whose lives are dominated by the frustrations experienced as the result of capitalist dynamics and other relations of oppression. The argument has first been made by Theodor W. Adorno et al. ([1950]1993) in their classic study on ‘The Authoritarian Personality’. Under capitalist conditions, many individuals, inevitably, suffer from an ›ego weakness‹, resulting from the denial of basic needs and emotional desires – and the inability to change these conditions. Confronted with the degradations of capitalist life, many people compensate these frustrations through an aggressive collective narcissism, directed against minority groups. Racism enables them to feel superior while looking down on groups racialised/racialized in an inferior position. Moreover, racism can offer psychological benefits of world-explanation and of

scapegoating: If the real reasons for narcissistic insults, frustrated hopes and damaged lives are beyond comprehension or power to change, it makes psychological sense to project the resulting resentments to inferior groups (cf. Hall 2012). The upsurge of anti-Muslim racism and its conspiracy theories, eerily similar to late nineteenth century anti-Semitism, are a case in point (Schiffer and Wagner 2011). Crucially, not all people subjected to the heteronomy of capitalist and other relations of oppression, react in this pathological way. Instead, different authoritarian personality types – who are themselves a product of historical conditions – are more likely to use racism to fulfil their psychological needs. Today, numerous studies use updated versions of Adorno's approach to explain the upsurge of racism Europe and beyond (Cornelis and van Hiel 2015; Gordon 2016).

A second reason why racism persists and currently surges in Europe is that white Europeans enjoy real material privileges from their superior position in the racist hierarchy and therefore tend either to actively defend these privileges or resist political measures that would undermine them. The advantages of racism are not illusions. 'Preferential access to information about job openings, treatment in competition for employment, jobs with better pay and conditions, and promotion are not imaginary. Nor is preferential treatment by landlords, service providers, business owners and the police.' (Camfield 2016: 55; cf. Bonilla-Silva 2001: 37). In the current social and economic crisis in Europe, many white Europeans perceive refugees and migrants as increased competition and threat to their social privileges. Thus, the defence of privileges incurred from superior position in racist and nationalist hierarchies, does have a certain rationality. The key contribution of a materialist perspective, however, is to contextualise these racist privileges in the economic and social order. Such an analysis can start with Étienne Balibar's (1991c) concept of the ›national-social state‹ (Balibaribid: 1991c: 92). Balibar argues that the European welfare states established in the post-war decades combined nationalism with social policy in order to regulate, that is, to temporarily pacify and contain the class struggles and economic crises that had destabilised Europe in the first half of the twentieth century. The welfare state became the central condition for capitalist hegemony in Europe. However, the social rights granted by these welfare states, were limited by citizenship, thereby ›nationalising‹ the European working classes and tying them to the success of ›their‹ nation-state in the global competition. Crucially, these ›national-social states‹ depend for their political and economic stability on the hierarchised exclusion of non-citizens. If borders were open and all newcomers were to receive full social rights, at least under neoliberal conditions, the viability of the European welfare models, key mechanism of hegemony, would be threatened. Thus, the social chauvinism directed by European populations against mass immigration has a rational core. In the current situation of a multiplicity of

European crises, this latent chauvinism intensifies. European populations try to defend their precarious social rights by struggling for new ›racial projects‹ and a nationalist re-regulation of capitalism.

This drive towards exclusion, facilitated by the national-social state, however, does not remain on the level of formal civic statues, that is nationality or citizenship. Almost inevitably, it takes on a racist character that is connected to imperialism. From the start, European colonialism and imperialism were interwoven with racism. People of colour (and certain white populations) became associated with imperialised territories – and thereby located in inferior positions on racist hierarchies that were used to justify and defend imperialist exploitation. Importantly, these old hierarchies still strongly resemble the imperialist hierarchies of the present. Imperialism today creates ‘a worldwide pattern of employment discrimination, violence, morbidity, impoverishment, pollution, and unequal exchange’ and (Howard Winant, quoted by Camfield 2016: 58f.) and functions as ‘a global system of social stratification’ that ‘correlates very well with racial criteria’ (Howard Winant, quoted by Camfield 2016: 58f.). *ibid.*). Among other factors, the exacerbation of these hierarchies in the last decades results from Cold War interventions, the neo-liberal regulation of transnational capitalism and climate change. ‘None of these recent processes are explicitly racialised/racialized. Yet they build on and entrench an already racialised/racialized structural distribution of property and economic power, locally and globally, which is the product of the long history of global racialised/racialized dispossession.’ (Jones 2008: 924; cf. Camfield 2016: 59). Even as the exclusionary practices of the European border regime are no longer openly justified by racist ideologies (and instead are officially based on citizenship), this exclusion is still partially driven by, relies on and reproduces racism. Thus, when EU citizens today implicitly support or openly demand a restrictive expansion of the European border regime to defend their national-social privileges, they inevitably do so in a strongly racialized context which they then reproduce. This is the structural racism of the European border regime.

The current conjuncture: A nation-social and neoliberal racism

Based on the analysis so far, it is now possible to summarise some key elements of the current conjuncture of racism in Europe. The European ›refugee‹ or ›migration crisis‹ of 2015/2016 provided a crucial opportunity structure for a resurgence of right-wing racist forces and for the spread of racist discourses to large sections of European populations which normally occupy the political centre ground (cf. Decker et al. 2016). Partially, this resurgence was a counter-reaction to a series of political defeats chauvinist forces suffered through the emergence of post-migrant

societies and the more liberal rhetoric of capital factions on EU migration policy. Coming out of a defensive position, right-wing populists and large segments of the European populations used racist mechanisms to incur psychological benefits and defend their material privileges in a situation of social and economic crisis.

Still, the growing strength of racist actors in the European relationship of forces is not the only reason why the European border regime has become more restrictive since 2015. As argued above, it is not a ›pure racism‹ but one that specifically intersects with the dynamics of other relations of oppression. Thus, racism is almost indistinguishably intertwined with fierce (anti-EU) nationalism and a social welfare chauvinism that rejects immigration because it is seen as danger to already precarious welfare states. Moreover, racist hierarchies in Europe are modified by the neo-liberal profit rationality. The attempts of capital to utilise and exploit migrant labour result in a form of ›neoliberal racism‹ that modifies racist hierarchies along perceived economic utility while at the same time resisting effective anti-racist reforms. As Camfield points out there is ‘widespread opposition of capitalists and their political advocates to measures that would substantially improve the bargaining power of racially oppressed workers in labour markets, such as granting citizenship or permanent-resident status to non-status migrants and those with temporary residency rights and instituting effective anti-racist reforms to employment law.’ (Camfield 2016: 61). A key reason for this ambivalence of European capital towards racism and a restrictive border regime is that capitalists continue to reap the ‘profits of racism’ (Camfield 2016: 59ff.): Workers who are racially discriminated can be forced to work harder for less. Racism still often functions as a ‘magic formula’ (Wallerstein 1991: 33), allowing capitalists to mobilise new (immigrant) workers while forestalling resistance of the existing labour force through the disenfranchisement of the newcomers.

Thus, only on a superficial level can the resurgence of racism in Europe be understood as a reaction to increased immigration. Instead, it needs to be interpreted as one element of a much broader dynamic. Right-wing factions from the French Front National over to the Alternative for Germany have created an authoritarian, ultra-conservative and deeply chauvinistic challenge to the multi-dimensional crisis of European neoliberalism whose mantra of austerity forever has lost almost all of its hegemonic appeal. Not unlike in the 1930s, the European Left is faced with the double challenge to overcome a crisis-ridden liberal capitalist formation while at the same time stopping a reactionary, even fascist solution to the crisis.

Conclusion

What is to be done? How can anti-racist movements and the European left meet this double challenge, push racist forces back and, if abolishing racism seems like a far-fetched goal under present conditions, at least stop its current offensive. In the concluding section I point to three anti-racist strategies that target today's national-social and neoliberal racism.

The first attack needs to be on racism directly. Because racism is a social relation that encompasses whole societies and a racist world-system, this attack has to be directed at proximate targets. These are racist discourses, ideologies, everyday practices and right-wing groups and parties but also the exponents of racism from the political centre. A critical self-reflection of white Europeans on their racist knowledge and privileges is one key part of this, practical anti-fascism is another. The Long Summer of Migration in Europe and especially Germany has shown that such efforts are not in vain. Despite its profound ambivalences, the organic ›Welcome Culture‹ created by countless citizens in, often paternalistic, support of refugees can be seen as a dialectical step in the right direction. A more radical push back against racism, could be based on the egalitarian principles inherent in radical interpretation of human rights, visions of a post-Eurocentric world and in the rich history of internationalism.

The second attack, in my view, should be inspired by this internationalist tradition. It has to be directed against racism's close and sometimes almost indistinguishable ally, nationalism. While at least on a rhetorical level, racism is almost universally rejected, this is not true for the basic tenets of nationalism. The idea of national communities where one owes more solidarity to one's compatriots than to foreigners, the idea that certain people are not part of ›our society‹ and are seen as ›refugees‹ and ›migrants‹ and, therefore, can be excluded, hierarchised and deported, is very much alive. This nationalist common sense has been questioned by the No Border movement and an internationalist left in Europe that has become, in part, explicitly anti-national. It does not take much today to proclaim oneself in opposition to racism. To directly attack nationalism is more difficult but may be politically more productive. Anti-racism has to be internationalist. Common interests and strategies have to be created among ›old‹ and ›new‹ Europeans in order to overcome nationalist and imperialist divisions and struggle together.

Finally, from a Marxist perspective, it is clear that in order to push racism back or even to abolish it, it is necessary to overcome the social and economic conditions to which racism is not reducible but which make its recurrent resurgences all too likely. Today, the zombie-like continuity of neoliberalism in Europe, despite all its failures and lack of hegemonic support, creates widespread stress, anxiety, social

exclusion and bitter competition over jobs and public resources. It is an ideal breeding ground for racism. To challenge the conflagration of neoliberalism, imperialism and racism, a ‘new class politics’ is necessary, a politics that clarifies ‘where and how the specific experiences of workers based on gender, race, citizenship, and other factors converge. It must reveal the overlapping interests of workers as members of the class. This makes common struggles possible.’ (Friedrich and Kuhn 2017b). Still, to overcome neoliberalism, even to abolish the capitalist mode of reproduction and distribution, would be no guarantee that racism would disappear. Its continuing persistence would depend, among other factors, on which mode of production would replace capitalism and the concrete dynamics of such a post-capitalist formation. Racism is a historical phenomenon. Therefore, there could be historical conditions under which it might be abolished. However, as long as capitalism persists it seems highly unlikely that these conditions will ever be met.

References

- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. and Sanford, N. [1950] 1993. *The Authoritarian Personality*. New York: W. W. Norton & Company.
- Amnesty International 2017: ‘A perfect storm: The failure of European policies in the central Mediterranean’ released 6 July 2017, Accessed 9 August 2017, <https://www.amnesty.org/download/Documents/EUR0366552017ENGLISH.PDF>.
- Balibar, É. 1991a. ‘Is there a “Neo-Racism”?’ In É. Balibar and I. Wallerstein, *Race Nation Class. Ambiguous Identities*. London/New York: Verso.
- Balibar, É. 1991b. ‘Racism and Nationalism’. In É. Balibar and I. Wallerstein, *Race Nation Class. Ambiguous Identities*. London/New York: Verso.
- Balibar, É. 1991c. ‘The Nation-Form’. In É. Balibar and I. Wallerstein, *Race Nation Class. Ambiguous Identities*. London, New York: Verso.
- Bellini, S. 2016. ‘EU Blue Card: A promising tool among labour migration policies? A comparative analysis of selected countries’, Working Paper, Institute for International Political Economy Berlin, No. 76/2016, Accessed 9 August 2017, <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/148414/1/873980875.pdf>.
- Blume, G., Brost, M., Hildebrandt, T., Hock, A., Klormann, S., Köckritz, A., Krupa, M., Lau, M., von Randow, G., Theile, M., Thumann, M. and Wefing, H. 2016. ‘The Night Germany Lost Control. What happened on September 4, 2015? What intentions, failures and misunderstandings led to a situation in which hundreds of thousands of refugees came to Germany?’, *Zeit.de*, 30 September 2016, Accessed 9 August 2017, <http://www.zeit.de/gesellschaft/2016-08/refugees-open-border-policy-september-2015-angela-merkel/komplettansicht>.
- Bojadžijev, M. 2006. ‘Migration und Kämpfe. Perspektiven des Rassismus’, *Jungle World*, 47/2006, 22 November 2006.

- Bojadžijev, M. and Karakayali, S. 2010. Recuperating the sideshows of capitalism: ‘The autonomy of migration today’, e-flux journal 17 (June 2010), Accessed 9 August 2017, <http://www.e-flux.com/journal/recuperating-the-sideshow-of-capitalism-the-autonomy-of-migration-today/>.
- Bonilla-Silva, E. 2001. White supremacy and racism in the post-civil rights era. Boulder/London: Lynne Rienner Publishers.
- Bonilla-Silva, E. 2017. Racism without racists: Color-blind racism and the persistence of racial inequality in America. Fifth Edition. London: Rowman & Littlefield.
- Buckel, S., Georgi, F., Kannankulam, J. and Wissel, J. 2014. ‘Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung’. In Forschungsgruppe ›Staatsprojekt Europa‹ (Ed.), Kämpfe um Migrationspolitik. Bielefeld: Transcript.
- Camfield, D. 2016. ‘Elements of a Historical-Materialist Theory of Racism’, Historical Materialism 24 (1): 31–70.
- Chick, K. 2015. ‘Seeking Refuge: Greece, long hostile to migrants, turns hospitable under Syriza’, Christian Science Monitor, 24 June 2015, Accessed 9 August 2017, <https://www.csmonitor.com/World/Europe/2015/0624/Seeking-Refuge-Greece-long-hostile-to-migrants-turns-hospitable-under-Syriza>.
- Cornelis, I. and van Hiel, A. 2015. ‘Extreme-Right Voting in Western Europe: The Role of Social-Cultural and Antiegalitarian Attitudes’, Political Psychology 36 (6): 749–760.
- Decker, O., Kiess, J. and Brähler, E. (Eds.) 2016. Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016. Gießen: Psychosozial Verlag.
- Deutsche Welle 2016. ‘Report: Five times more attacks on refugee homes in Germany in 2015’, 29 January 2016, Accessed 9 August 2017, <http://www.dw.com/en/report-five-times-more-attacks-on-refugee-homes-in-germany-in-2015/a-19011109>.
- Edwards, M. 2016. ‘Rethinking “eastern European racism”, OpenDemocracy.net, 2 March 2016, Accessed 9 August 2017, <https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/maxim-edwards/rethinking-eastern-european-racism>.
- European Commission 2000. ‘On a Community Immigration Policy. COM(2000) 757 final’, 22 November 2000, Accessed 9 August 2017, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2000:0757:FIN:EN:PDF>.
- European Commission 2015. ‘A European Agenda On Migration. COM(2015) 240 final’, 13 May 2015, Accessed 9 August 2017, https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda-migration/background-information/docs/communication_on_the_european_agenda_on_migration_en.pdf.
- European Commission 2017. ‘European Agenda on Migration – Legislative documents’, Accessed 9 August 2017, https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package_en.
- Eurostat 2016. ‘Asylum in the EU Member States. Eurostat news release 44/2016’, 4 March 2016, Accessed 9 August 2017, <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7203832/3-04032016-AP-EN.pdf/790eba01-381c-4163-bcd2-a54959b99ed6>.

- Eurostat 2017a. ‘Asylum applicants by citizenship till 2007 Annual data. Eurostat Database’, Accessed 9 August 2017, http://ec.europa.eu/eurostat/web/products-datasets/-/migr_asyctz.
- Espahangizi, K., Hess, S., Karakayali, J., Kasparek, B., Pagano, S., Rodatz, M. and Tsianos, V. 2016. ‘Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft. Zur Einleitung’, movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies 2 (1): 9–23, <http://movements-journal.org/issues/03.rassismus/01.espahangizi,hess,karakayali,kasparek,pagano,rodatz,tsianos--rassismus-in-der-postmigrantischen-gesellschaft.pdf>.
- Eurostat 2017b. ‘Asylum and first time asylum applicants by citizenship, age and sex Annual aggregated data (rounded)’, Accessed 9 August 2017, http://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-datasets/-/MIGR_ASYAPPCTZA.
- Fouroutan, N. 2015. ‘Unity in Diversity: Integration in a Post-Migrant Society (focus Migration Policy Brief, 28)’, Accessed 9 August 2017, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/205290/integration-in-a-post-migrant-society>.
- Fraser, Nancy 2017 ‘The End of Progressive Neoliberalism’, Dissent, 2 January 2017, Accessed 9 August 2017, https://www.dissentmagazine.org/online_articles/progressive-neoliberalism-reactionary-populism-nancy-fraser.
- Friedrich, S. and Kuhn, G. 2017a. ‘Between Capital and Volk. Germany's AfD poses as a defender of the “common man,” but seeks to impose an authoritarian form of neoliberalism.’, Jacobin, 29 June 2017, Accessed 10 August 2017, <https://www.jacobinmag.com/2017/06/germany-afd-cdu-immigrants-merkel-xenophobia-neoliberalism>.
- Friedrich, S. and Kuhn, G. 2017b. ‘A New Class Politics’, Counter-Punch, 20 July 2017, Accessed 10 August 2017, https://www.counterpunch.org/2017/07/20/94236/#_ftnref2.
- Georgi, F. 2010. ‘For the Benefit of Some: The International Organization for Migration and its Global Migration Management’. In M. Geiger and A. Pécoud (Eds.), The politics of international migration management. Basingstoke, Hampshire, New York: Palgrave Macmillan.
- Georgi, F. 2016. ‘Widersprüche im langen Sommer der Migration. Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse’, Prokla 46 (2): 183–203.
- Ghosh, B. 2000. ‘Towards a New International Regime for the Orderly Movement of People’. In B. Ghosh (Ed.), Managing Migration. Time for a new international regime? New York: Oxford University Press.
- Gordon, P. E. 2016. ‘The Authoritarian Personality Revisited: Reading Adorno in the Age of Trump’, boundary2, Accessed 9 August 2017, <http://boundary2.dukejournals.org/content/44/2/31.full.pdf+html?sid=c1c3109c-1dd1-4efc-9611-2f41986494eb>.
- Grillo, U. 2015. ‘BDI-Chef Grillo zur Flüchtlingssituation. “Es gibt Chancen, es gibt Risiken”’, 3 November 2015, Accessed 9 August 2017, http://www.deutschlandfunk.de/bdi-chef-grillo-zur-fluechtlingssituation-es-gibt-chancen.694.de.html?dram:article_id=335763.
- Hall, R. E. 2012. ‘Racism in the twenty-first century: an authoritarian political analysis’, International Review of Sociology 22 (3): 575–583.

- Hall, S. 1980. 'Race, articulation and societies structured in dominance', UNESCO (Ed.), *Sociological Theories: Race and Colonialism*. Paris, 305–345.
- Hess, S., Kasperek, B., Kron, S., Rodatz, M., Schwertl, M. and Sontowski, S. 2016. 'Der lange Sommer der Migration. Krise, Rekonstitution und ungewisse Zukunft des Europäischen Grenzregimes'. In Hess, S., Kasperek, B., Kron, S., Rodatz, M., Schwertl, M. and Sontowski, S. (Eds.). *Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III*. Berlin, Hamburg: Assoziation A.
- Heydarian, R. J. 2014. *How capitalism failed the Arab world. The economic roots and precarious future of Middle East uprisings*. London: Zed Books.
- IOM 1993. Summary Record of the 395th Meeting, 23 November 1993, at 3.25 p.m. Council 67th Session. MC/C/SR/395, 30.12.1993. Geneva: IOM.
- IOM 2012. Report on the 100th Session of the Council (5.-7.12.2011). Council 101st Session. MC/2342/Rev.1, 27.11.2012. Geneva: IOM.
- IOM 2015. *World Migration Report 2015. Migrants and Cities: New Partnerships to Manage Mobility*. Geneva: IOM.
- IOM 2016. 'Mixed Migration Flows in the Mediterranean and Beyond. Compilation of Available Data and Information. Reporting period 2015', Accessed 9 August 2017, <http://doe.iom.int/docs/Flows%20Compilation%202015%20Overview.pdf>.
- IOM 2017. 'Missing Migrants. Tracking death along migratory routes. Mediterranean', Accessed 10 August 2017, <https://missingmigrants.iom.int/mediterranean>.
- Jones, B. G. 2008. 'Race in the Ontology of International Order', *Political Studies* 56 (4): 907–927.
- Karakayali, S. and Kleist, J. O. 2016. 'Volunteers and asylum seekers', *Forced Migration Review* 51 (January 2016): 65–67.
- Kotsko, A. 2017. 'The Prince of This World: Adam Kotsko and Patrick Blanchfield in Conversation', *The Revealer*, 25 July 2017, Accessed 10 August 2017, <https://wp.nyu.edu/therevealer/2017/07/25/the-prince-of-this-world-adam-kotsko-and-patrick-blanchfield-in-conversation/>.
- Merkel, A. 2016. 'Im Wortlaut: Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Angela Merkel', 31 August 2016, Accessed 9 August 2017, <http://bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/08/2015-08-31-pk-merkel.html>.
- New York Times 2015. 'Migrant Influx May Give Europe's Far Right a Lift', 7 September 2015, Accessed 9 August 2017, https://www.nytimes.com/2015/09/08/world/europe/right-wing-european-parties-may-benefit-from-migrant-crisis.html?_r=0.
- Papadopoulos, D., Stephenson, N. and Tsianos, V. 2008. *Escape Routes: Control and Subversion in the 21st Century*. London: Pluto.
- Parenti, C. 2012. *Tropic of chaos. Climate change and the new geography of violence*. New York: Nation Books.
- Poulantzas, N. [1978] 2000. *State, Power, Socialism*. London: Verso.

- Ramesh, R. 2017: 'Geert Wilders was beaten, but at the cost of fuelling racism in the Netherlands', *The Guardian*, 17 March 2017, Accessed 9 August 2017, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2017/mar/17/geert-wilders-racism-netherlands-far-right>.
- Santer, K. and Wriedt, V. 2017. '(De)Constructing Borders. Contestations in and around the Balkan Corridor in 2015/2016', *Movements* 3 (1): 139–148.
- Schiffer, S. and Wagner, C. 2011. 'Anti-Semitism and Islamophobia-new enemies, old patterns', *Race & Class* 52 (3): 77–84.
- Spiegel Online 2015a. 'The Real Merkel Finally Stands up', 16 September 9.2015, Accessed 9 August 2017, <http://www.spiegel.de/international/germany/merkel-refuses-to-apologize-for-welcoming-refugees-a-1053253.html>.
- Spiegel Online 2015b. 'The Rise of Germany's New Right', 11 December 2015, Accessed 9 August 2017, <http://www.spiegel.de/international/germany/refugee-crisis-drives-rise-of-new-right-wing-in-germany-a-1067384.html>.
- Süddeutsche Zeitung 2015. 'Flüchtlinge. Sie arbeiten am nächsten Wirtschaftswunder', 24 September 2015, Accessed 9 August 2017, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/fluechtlinge-sie-arbeiten-am-naechsten-wunder-1.2661310>.
- Süddeutsche Zeitung 2016. 'Was Grenzkontrollen für die Wirtschaft bedeuten', 22 January 2016. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/fluechtlinge-und-die-eu-ein-rueckfall-in-die-er-jahre-1.2827966>.
- Swing, W. L. 2012. Director General's Report to the 101st Session of the Council. Milestones, stumbling stones and stepping stones. 27-30 November 2012, MICEM/3/2012. Geneva: IOM.
- The Guardian 2016. 'Nigel Farage's anti-migrant poster reported to police', 16 June 2016. Accessed 9 August 2017, <http://www.theguardian.com/politics/2016/jun/16/nigel-farage-defends-ukip-breaking-point-poster-queue-of-migrants>.
- Vieten, M. and Poynting, S. 2016. 'Contemporary Far-Right Racist Populism in Europe', *Journal of Intercultural Studies* 37 (6): 533–540.
- Wallerstein, I. 1991. 'The Ideological Tensions of Capitalism: Universalism versus Racism and Sexism'. In É. Balibar and I. Wallerstein. *Race Nation Class. Ambiguous Identities*. London, New York: Verso.
- Winant, H. 2001. 'White Racial Projects'. In B. B. Rasmussen, E. Klingenberg, I. J. Nexica and M. Wray (Eds.). *The making and unmaking of whiteness*. Durham, NC: Duke University Press.

Migration, Kapitalverwertung und Nationalstaaten – ein Widerspruch?

1. Migration – imperialistische Inwertsetzung und der Zwang der doppelt freien ArbeiterIn

Migration im Kapitalismus ist nicht zu stoppen, nicht zu kontrollieren und auch die Versuche ihrer Regulation sind zum Scheitern verurteilt. Diese Selbstständigkeit gegenüber politischen Maßnahmen wird strukturiert durch die Bewegungsgesetze der Kapitalakkumulation selbst, die die Ware Arbeitskraft zirkuliert und sie in Richtung der Fabriken in Bewegung setzt. So wie Migration und Kapitalismus historisch zusammen gehören, ist weltweite Migration eine notwendig zum globalisierten Markt gehörende Erscheinung. Zwar gab es Migration schon vor dem Kapitalismus und es gibt auch Migration und Flucht aus und in die noch bestehenden Enklaven (halbwegs) verwertungsfreier Gesellschaften (wie z.B. Kuba), doch produziert der Kapitalismus systemimmanent nationale und internationale Migration in vorher nicht gekanntem Ausmaß. Gleichzeitig unterwirft der Kapitalismus in seiner Geschichte der Gewalt alle Lebensprozesse einer Ausrichtung nach Verwertbarkeitskriterien. Migration im Kapitalismus steht historisch wie aktuell in einem Zusammenhang mit den Migration auslösenden gewaltförmigen Kapitalisierungen, den ökonomischen Umstrukturierungen und imperialistischen Feldzügen.

Vorraussetzung für die geschichtliche Entwicklung des Kapitalismus war die über den sich durchsetzenden Markt stattfindende „naturwüchsige“, also nicht zentral geplante gesellschaftliche Arbeitsteilung, deren Grundbedingung wiederum die Herausbildung eines allgemein akzeptierten Zahlungsmittels in Form des Goldes bzw. des Geldes war. Das Zahlungsmittel fungiert als Zirkulationsmittel und dient so als Austauschform der im Rahmen gesellschaftlicher Arbeitsteilung produzierten Güter. Die hergestellten Gebrauchsgüter transformieren sich so in Waren und erhalten ihren für die Kapitalakkumulation notwendigen Doppelcharakter, sowohl Gebrauchswert als auch Warenwert zu sein. Neben den produzierten Gütern muss sich, damit Geld zu Kapital wird, auch die menschliche Arbeitskraft in eine Ware verwandeln. Für diese Transformation ist die doppelt freie ArbeiterIn notwendig, „[...] der Geldbesitzer [muss] also den freien Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfinden, frei in dem Doppelsinn, dass er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, dass er andererseits

andre Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen“ (Marx 1890: 183). Frei im Sinne der bürgerlichen Subjekte, welche in Freiheit eigenständig über ihre Arbeitskraft verfügen und als freie Rechtssubjekte die Möglichkeit besitzen, einen Arbeitsvertrag zu unterzeichnen und sich verkaufen zu können. Gleichzeitig frei von jeglichem, was sie daran hindern würde, ihre Arbeitskraft nicht verkaufen zu müssen. Also frei an eigenen Produktionsmitteln oder landwirtschaftlich nutzbare Felder und frei von zum (Über) Leben Notwendigen.

Anders als die Gebrauchsgegenstände, die sich quasi aus ‚freien Stücken‘ in Waren verwandeln um ihren für die kapitalistischen Produktionsverhältnisse notwendigen Doppelcharakter zu erhalten, war historisch und ist immer noch staatlich organisierte Gewalt die einzige Möglichkeit, Menschen in dem doppelten Sinn frei und besitzlos zu machen. Nur so lassen sie sich dann über die strukturelle Gewalt der Ökonomie und die ideologische Einbindung in die bürgerliche Gesellschaft zwingen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Es bedurfte organisierter Gewalt, um die als Naturgesetze verklärten kapitalistischen Verhältnisse zu installieren. Also die gewaltsame Scheidung von ArbeiterInnen und Arbeitsbedingungen zu forcieren, um so auf der einen Seite die gesellschaftlichen Produktions- und Lebensmittel in Kapital und auf der anderen Seite die Bevölkerung in LohnarbeiterInnen zu verwandeln. Wichtig bei diesen analytischen Betrachtungen ist das bereits vor dem Kapitalismus bestehende Patriarchat¹ und das sich bis heute fortsetzende gewaltförmige Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis zwischen Männern und Frauen. Auf diese historisch vorhandene Ausbeutungsstruktur der Männerherrschaft baute der Kapitalismus auf, formte diese nach Verwertungskriterien um und benutzt sie nun sowohl als Quelle ökonomischer Ausbeutung als auch als Instrument ideologischer Herrschaft. Zentrale Basisstruktur ist eine vergeschlechtlichtegesellschaftliche Arbeitsteilung in bezahlte (Lohn)arbeit und unentgeltliche Arbeit wie Kindererziehung und Kinderbetreuung, Kochen für die Familie, Hausarbeiten etc. Diese Unterscheidung setzt sich fort in den Bezeichnungen der Lohnarbeit als produktiven Arbeit, die Mehrwert schafft und der Hausarbeit als ‚Reproduktionsarbeit‘, die dem Manne dient und schon deshalb unentgeltlich sei, da sie keinen Mehrwert schaffen könne. Wenn sich der Preis der Arbeitskraft jedoch nach den zur Reproduktion dieser notwendigen Lebensmitteln und den erkämpften Standards der zum Leben notwendigen Güter berechnet, wird in der Regel der Teil der Arbeit vergessen, den die Frau unentgeltlich

¹ Ich verwende den Patriarchatsbegriff trotz seiner Ungenauigkeiten als Arbeitsbegriff, siehe Kohlmorgen: 37, hier vor allem die Fußnote 9.

macht. Hierbei arbeitet die Frau vordergründig ohne Bezahlung innerhalb der Kleinfamilie, wo die grundlegenden Arbeiten der ‚Reproduktion‘ erledigt werden. Den Mehrwert dieser Arbeit eignet sich jedoch das Kapital an, da der Preis der Ware Arbeitskraft um den Teil der Arbeit der Frau billiger wird, die diese scheinbar freiwillig ohne Lohn verrichtet. Durch die ideologische Zuschreibung der ‚Reproduktionsarbeit‘ als typisch weiblich und als unentgeltlich am ‚nationalen Kollektiv‘ zu verrichtende Arbeit kommt es gleichzeitig zu einer Entwertung der ‚normalen‘ kapitalistischen Arbeit. Da die Frau ihren ‚Hauptarbeitsplatz‘ am Herd und in der Familie habe, könne sie nicht so qualifiziert anderen Arbeiten verrichten wie der Mann im allgemeinen und dieses kapitalistische Arbeiten soll immer auch eine Ausnahmesituation bleiben, da es ansonsten zu einer Vernachlässigung der zentralen ‚Familienarbeit‘ komme. So kann ihr Lohn als Arbeiterin unter den des männlichen Arbeiters gesenkt werden. Und Frauen arbeiteten historisch immer schon in der Doppelausbeutung Arbeiterin und Hausfrau und bekamen für die gleiche Arbeit immer schon weniger Lohn.

Ausgangspunkt meiner Betrachtungen ist eine doppelte Sichtweise auf das Patriarchat als gewaltförmiges Verhältnis, welches gekoppelt ist mit einer symbolischen Ordnung der Ungleichheit. Ausgangspunkt dieses Ausbeutungsverhältnisses ist die Festschreibung biologischer Unterschiede von „Kinder-bekommen-können“ und „Befruchten-können“ (sex) in binär angeordnete Menschentypen mit zugeordneten sozialen Eigenschaften, Rollenmodellen und symbolischen Wertigkeiten (gender). Hierbei sind die Rollenzuschreibungen und sozialen Stellungen zwar gelernt, diskursiv produziert und Teil kultureller und sozialer Codes, sie werden jedoch bereits bei Geburt aufgrund einer herausgegriffenen biologischen Differenzierung zugeordnet und ständig neu gelernt, reproduziert und gewaltförmig aufrechterhalten. Als Teil symbolisch-diskursiver Ordnung, sozialer Rollenmodelle und codiertem Verhalten sind diese ungleichen Zuordnungen von gesellschaftlicher Wertigkeit sozial konstruiert und können bis zu einem gewissen Grad auch diskursiv dekonstruiert werden. Scheidelinie der Aufbrechung sozialer Ungleichheiten und Codes sind jedoch die gewaltförmigen Grenzen, die Linien, an denen die Männer zur direkten Gewalt greifen, um sich die unentgeltliche Arbeit der Frauen als produktive Arbeit im Haushalt oder als „emotionale“ Sexarbeit aneignen zu können. Diese Grenzziehungen können nur im Rahmen sozialer Kämpfe verschoben werden.

Zentrale Kategorie patriarchaler Herrschaft und deren Umformung und Inwertsetzung durch die Ausbeutung des Kapitals ist die geschlechtsspezifische Teilung in ‚weibliche‘ und ‚männliche‘ Handlungsweisen/Verhalten/Arbeiten als gesellschaftliches Strukturmerkmal der Arbeitsteilung. Hierbei ist die geschlechtliche Ungleichheit innerhalb der Klassen-

struktur nicht eine additive Komponente zur weiteren Differenzierung von Ausbeutung, sondern zentrales Strukturmerkmal der gesamten Gesellschaft, welches als eigenständiges gewaltförmiges Herrschaftsverhältnis mit ökonomischer Ausbeutung und rassistischer Segregation verflochten ist und sich immer wieder gegenseitig beeinflusst und strukturiert. Hierbei gehe ich sowohl von einer relativen Autonomie und Eigenständigkeit der einzelnen Ausbeutungs- und Herrschaftsstrukturen aus als auch von einer wechselseitigen Determination und Umformung (dieser durch das Ökonomische). Die bedeutet nicht eine Wiederbelebung von Haupt- und Nebenwiderspruchsdebatten, sondern betont sowohl die grundlegende Strukturierung heutiger Gesellschaften durch immer auch gewaltförmige patriarchale Herrschaft als auch deren Funktionalität und Umorganisation im Rahmen der kapitalistischen Inwertsetzung der Gesellschaften.

2. Mehrdimensional gewaltförmige Gesellschaften und das widerständige Subjekt

Das Bürgertum als aufkommende Kapitalklasse fand ihre politische Organisation in dem bürgerlichen Staat, der durch sein Gewaltmonopol als scheinbar gerechte Rechtsform die Enteignung und die Vertreibung der so erst geschaffenen ArbeiterInnen nach Innen legitimierte und mittels einer imperialistischen Militärmaschinerie das noch nicht kapitalisierte Außen unterwarf. Die Anwendung von konzentrierter Gewalt war und ist notwendig, da sich innerhalb der doppelt freien ArbeiterIn, in der Ware Arbeitskraft, ein zentraler Widerspruch manifestiert und immer das Potential von Widerstand vorhanden ist, welches nur mittels Gewalt unterwerfbar ist. Im Gegensatz zum Doppelcharakter der allgemeinen Waren ist der Doppelcharakter der Arbeitskraft der zwischen der Warenförmigkeit der Arbeit und dem konkreten Menschen. Die andere Seite der Ware Arbeitskraft ist das auch immer widerständige Subjekt, die in konkreten gesellschaftlichen Strukturen lebenden Menschen als potentiell gesellschaftliches und soziales Wesen.

Gewalt ist der zentrale Motor der kapitalistischen Entwicklung, sie unterwirft die Menschen und ihre Lebensbedingungen, ihre Bedürfnisse und die zur Befriedigung notwendigen Güter der Warenproduktion und formt diese nach Verwertbarkeitskriterien um. Waren müssen, um Waren zu sein, zirkulieren und ausgetauscht werden und die Zirkulation der Ware Arbeitskraft in Richtung Produktionsstätten ist eine dem Kapitalismus inhärente Bewegung. "Einer der hauptsächlichen Mechanismen, die diese Akkumulation ermöglichen, ist die Verwandlung aller Dinge in Waren. Diese Waren fließen in der Form von Gütern, Kapital und Arbeitskraft auf den Weltmarkt. Je unge-

hemmt dieser Strom fließt, desto umfassender ist wahrscheinlich der Warencharakter aller Dinge. Folgerichtig sollte alles, was diesen Strom hemmt, was Güter, Kapital oder Arbeitskraft daran hindert, in vermarktbare Waren sich zu verwandeln, zumindest hypothetisch beseitigt werden“ (Wallerstein, 1990: 42).

Marx hat den Kapitalismus in seiner Funktionsweise analysiert, als sich die Verwertungsketten vor allen in europäisch-nationalem Rahmen entwickelten und sich die außereuropäische Verwertung in imperialistischen Raubzügen offenbarte. So kommt in seinen Analysen Migration allem als durch staatliche Gewalt ausgelöste Binnenmigration vor, die je nationale Vertreibung von ArbeiterInnen, auch als so genannte Land-Flucht beschrieben. Die heutige globale Migration ist die Oberflächenerscheinung der weltweit zirkulierenden Ware Arbeitskraft, Grundparadigma der Waren im Allgemeinen – also Austausch und Bewegung – und notwendige Voraussetzung der weltweiten Kapitalakkumulation. Diese Analyse bedeutet explizit nicht, die weltweite Migration als ein Anhängsel der globalen Ökonomie zu betrachten sondern sie als das anzuerkennen, was sie ist: notwendige Grundstruktur der Mehrwertaneignung, die parallel mit der weltweiten Zirkulation der Ware die Bühne betritt und nur oberflächlich und in ihrer besonderen Spezifik als Ware Arbeitskraft von der Warenzirkulation im allgemein zu trennen ist. Migration verläuft vor allem nach den Akkumulationszyklen des Kapitals in Richtung der lokalen, regionalen oder auch transnationalen Produktionsstätten. Hierbei ist im Gegensatz zur Ware die Gewalt der zentrale Motor der Zirkulation von Arbeitskräften.

Gewalt ist der zentrale Motor weltweiter Migration, Struktur und Triebfeder eines Großteils des millionenfachen Sich-auf-den-Weg-Machens. Die gewaltförmigen Strukturen der jeweiligen nationalen oder auch regionalen Gesellschaftsformationen sind die konkreten Rahmenbedingungen und Determinanten der Lebensweisen der Menschen, die migrieren. In der jeweiligen Lebenspraxis kommt es so auch zu einem unterschiedlich gewichteten Ineinander, gegenseitiger Strukturierung und auch zu Widersprüchlichkeiten von patriarchaler und ethnisierter Gewalt, staatsförmiger repressiver Herrschaft und ökonomischen Strukturzwängen. In der Analyse spezifisch nationaler und regionaler Flucht und Migration muss der Fokus also immer auf den subjektiv erfahrenen Gewaltstrukturen der konkreten Gesellschaften liegen und diese sind immer nur mehrdimensional als Verschränkung von patriarchaler, rassistischer und ökonomischer Ausbeutung beschreibbar. Somit sind Fluchtgründe „[...] in der Regel komplex und repräsentieren sowohl die ganze Bandbreite menschlicher Lebensweisen als auch die Folge globaler sozialer Ungerechtigkeit. Migration ist selten schlicht politische Flucht, sondern häufig Teil von Überlebensstrategien und

-ökonomien. Sie reflektiert ebenso den Anspruch auf Überleben und Freiheit vor Verfolgung wie auf ein Einkommen, Familienzusammenleben, auf Ausbildung oder Frauenrechte.“ (Düvell 2002: 121)

Eine vollkommene Kontrolle weltweiter Migration ist damit eine ideologische Illusion und muss an den systemimmanenten Aneignungsgesetzen des Kapitals scheitern, nicht aufgrund der Autonomie und der Eigenständigkeit der Bewegung der Migration, sondern weil diese eines der Grundparadigmen warenproduzierender Gesellschaften ist und ein Stillstand der Migration mit dem Zusammenbruch kapitalistischer Ausbeutungssysteme gleich bedeutend wäre. Migration in ihrer derzeitigen Form und der Kapitalismus als gewaltgestütztes weltweites Akkumulationsregime von durch die migrierenden ArbeiterInnen produziertem Mehrwert und Reichtum gehören notwendig zusammen. Der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit lässt sich in diesem globalen Maßstab erweitern in die über die weltweite Arbeitsteilung vermittelten weltweiten ArbeiterInnen, die also notwendig migrierenden ArbeiterInnen und dem transnational agierenden Kapital. Hierbei offenbart sich auch auf der Ebene globaler Akkumulationsregime eine patriarchale Strukturierung der Arbeitsteilung und Ausbeutung. Ausgehend von den Zentren des Kapitals werden Regionen und Gesellschaften der Mehrwertaneignung unterworfen – und als Strukturmerkmal dieser Ausbeutungsregime werden weltweit patriarchale und rassistische Gewalt und Herrschaft nach dem Muster des Westens installiert bzw. werden vorhandene Formen patriarchaler oder rassistischer Gewalt umorganisiert und inwertgesetzt. Weltweite Ausbeutung in ihrer Mehrdimensionalität bedeutet weltweite Zirkulation von Arbeitskraft. Migration im Kapitalismus ist nicht kontrollierbar, sie besitzt eine Eigendynamik und Eigenbewegung und die Installation von Migrationregimes zur Regulation und Selektion ist ein Anerkennen dessen.

3. Der Staat als zentrale Herrschaftsinstanz

Das, was als Autonomie der Migration erscheint, das scheinbare widerständige Ankämpfen gegen nationalstaatliche Grenzen, der offensichtlich ungleiche Kampf von migrierenden ArbeiterInnen, von politischen Flüchtlingen gegen eine hoch technisierte Militärmaschinerie, wird bewegt und angetrieben durch lokale Gewaltherrschaften und die Hoffnung auf ein besseres Leben. Viele sind erfolgreich und subversiv im Versuch, Grenzen zu überschreiten, wahrscheinlich weit mehr scheitern und kommen auf dem Meeresboden der Ägäis und in den Fluten der Oder elendig ums Leben. Diese gewaltsame und todbringende Realität der militärischen Grenzregimes zeigt gleichzeitig einen weiteren zentralen Widerspruch weltweiter Ausbeu-

tung: den Widerspruch zwischen der Bewegung produzierenden kapitalistischen Mehrwertaneignung und der nationalstaatlichen Organisierung der Verwertungszonen.

Historisch hat sich der Kapitalismus aus der Form vorhandener Herrschaftsgebilde entwickelt und hat diesen seine spezifische Herrschaftsform aufoktroziert. So betraten die Nationalstaaten die Bühne der Geschichte. Zentrales Konstitutionsparadigma für den Nationalstaat ist die politische Herrschaftsform der bürgerlichen Klasse, der moderne Staat mit seiner für die Länder des Westens typischen Organisationsform der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. Grundstruktur der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist die Trennung von Ökonomie und Staat, wobei sich Staat und Ökonomie gegenseitig konstituieren und der Staat als konkretes Kampffeld unterschiedlicher gesellschaftlicher Fraktionen zu verstehen ist. Offensichtlich bei der Betrachtung des bürgerlichen Staates ist der Ausschluss der Frauen bzw. die zentrale Stellung des Staates bei der Reproduktion patriarchaler Ausbeutung, welche sich ideologisch in der Trennung in politische und private Sphären manifestiert.

Die Grundlage für die Entstehung des bürgerlichen Staates liegt in der besonderen Form der bürgerlichen Klasse als männliches Kommando der Großindustrie. Die bürgerliche Klasse muss selbst arbeiten, um die kapitalistische Produktion aufrechtzuerhalten, sie wird über das Gesetz der Konkurrenz gezwungen, für den reibungslosen Ablauf in den Fabriken zu sorgen und die Produktion auf dem neusten Stand zu halten. Die repressive Aufrechterhaltung der Ordnung wird und muss so an eine andere Instanz abgegeben werden und so bildet sich historisch der bürgerliche Staat heraus. Die bürgerliche ist somit die erste herrschende Klasse, die ihre gewaltsame Herrschaft nicht direkt ausübt. Die herrschende Klasse verfügt also nicht über die repressive Gewalt in Personalunion sondern finanziert den Staat, der diese Aufgabe für sie übernimmt.

Historisch bildet sich der Staat als struktureller Machtblock heraus, der sich in den unterschiedlichen Apparaten des Staates der parlamentarischen Demokratie vergegenständlicht. Im Rahmen der sich herausbildenden Institutionen versuchen die unterschiedlichen Kapitalfraktionen, ihre je eigenen Partialinteressen durchzusetzen. Gleichzeitig haben soziale Kräfte als Widerstand von unten die Möglichkeit, auf die Kompromisse der einzelnen Kapitalfraktionen Einfluss zu nehmen oder im Rahmen sozialer Kämpfe eigene Forderungen durchzusetzen. Der Staat lässt sich also *“wie auch das Kapital, als ein Verhältnis, genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt“* (Poulantzas 2002: 159, *kursiv i.O.*) fassen, also als Struktur, in der sich die gesellschaftlichen Kräfte verdichtet

wieder finden lassen und in einer relativ festen Form ihre Kämpfe ausführen. Hier wird auch versucht, gesellschaftliche Widerstandskräfte einzubinden, was sich in Form von Kompromissen manifestiert.

In der konkreten Organisierung der gesellschaftlichen Ordnung übernimmt der bürgerliche Staat drei Hauptaufgaben. Hierbei muss klar sein, dass dies eine analytische Unterscheidung ist und dass sich die einzelnen Aufgaben in der gesellschaftlichen Realität des Staates überschneiden, gegenseitig ergänzen aber auch in Widerspruch zueinander stehen können.

Durch die Trennung von repressiver und ökonomischer Gewalt wird die gesellschaftliche Herrschaft des Kapitals und dessen Durchsetzung durch den juristischen Apparat als scheinbar objektives Rechtsverhältnis verschleiert. Dies ist die erste Aufgabe des Staates, er sichert im Rahmen bürgerlichen Rechts neben dem Patriarchat die Aufrechterhaltung und die Durchsetzung der ökonomischen Gewaltherrschaft ab. Zentrale Stütze ist das uneingeschränkte Recht auf Privateigentum und die staatlich garantierte Hilfe bei der Verteidigung desselben. Hierfür unterwirft der Staat alle Menschen dem Gesetz als scheinbar Gleiche. Dennoch wird im Strafmaß und der Einordnung der unterschiedlichen Delikte gleichzeitig von der geschlechtlichen, ethnischen und ökonomischen Ungleichheit abstrahiert. Ein einklagbares Rechtsverhältnis sorgt weiter für gleiche Ausgangsbedingungen für die unterschiedlichen Kapitalfraktionen und für einen rechtlichen Rahmen des Marktes, es ordnet und normiert so die Konkurrenzsituation als scheinbar fairen Kampf untereinander. Als zweites sorgt der Staat als Durchsetzungsorgan des Allgemeininteresses aller Kapitalfraktionen für die Infrastruktur der Produktion, für eine ordentliche Ausbildung der ArbeiterInnen, teilweise für eine Krankenversorgung, für Wohnungen etc. Außenpolitisch dient das Gewaltmonopol des Staates zur militärischen Durchsetzung von nationalen Kapitalinteressen gegen die Ansprüche anderer nationaler Kapitale im Rahmen der weltweiten Unterwerfung des Trikonts durch den ‚Norden‘. Als dritte zentrale Funktion des Staates ist seine ideologische zu nennen. Der Staat selbst als zentrale ideologische Macht legitimiert durch seine Existenz als Vertreter des Allgemeininteresses die bürgerliche Herrschaft. Eine weitere ideologische Funktion übernimmt das bürgerliche Recht als die einklagbare Idee der Gleichheit aller und des gleichen Rechts aller auf das je eigene Privateigentum.

Gramsci fasst dies als integralen Staat, als Zusammenspiel eines staatlichen repressiven Zwangspanzers und der ideologischen Hegemonie als eine durch die Mehrheit anerkannte Legitimation der Herrschaft auf. Gesellschaftliche Hegemonie wird innerhalb der über den Staat finanzierten Zivilgesellschaft als die unterschiedlichen Institutionen, NGO's, Kirchen etc. organisiert, als ideologische Einbindung der Menschen in die herrschenden Begründungs-

muster zur ‚notwendigen‘ Funktionsweise der Gesellschaft. Durch die Produktion und Verbreitung bestimmter Denkweisen über gesellschaftliche Probleme, durch das Anbieten von vorstrukturierten Lösungsmöglichkeiten und legitimen Diskursformationen kommt es zu einer staatsförmigen Regulierung von kulturellen Praxen, Denkformen und Verhaltensweisen. „Die gesellschaftliche Macht über der Gesellschaft ist von Anfang an ideologische Macht und könnte anders sich nicht über der Gesellschaft stabilisieren. Dies gilt – abgesehen von Grenzfällen, die nicht dauern können – auch dann, wenn die Überordnung die einer Armee von Eroberern ist. Die ideologische Macht des Staates ist mit einem Gewaltpanzer gepanzert, aber auch dieser gesellschaftliche Apparat über der Gesellschaft stellt strukturell von dem Moment an ein ideologisches Faktum dar, in dem sich Individuen der Macht der Fakten beugen.“ (Haug 1993: 49)

Um die Widersprüche, die die patriarchal-rassistische kapitalistische Gesellschaft spalten, zu verdecken und die Partialinteressen des Kapitals als Allgemeininteressen aller verkaufen zu können, ist es zentral, eine ideologische Gemeinschaft zu konstituieren, deren verbindende Eigenschaften quer zu den Klassenwidersprüchen verlaufen. Mittelpunkt einer solchen virtuellen Gemeinschaft ist der Staat als der legitime Vertreter des Allgemeininteresses und das Volk als die Masse der vor dem Staat gleichen BewohnerInnen des Landes. Die Funktionsweise der Konstitution einer legitimen Ingroup als ‚nationale Volksgemeinschaft‘ und dem dafür notwendigen Ausschluss eines Teiles der Bevölkerung anhand äußerer oder ethnisierter Merkmale manifestiert sich in den zusammenhängenden ideologischen Herrschaftsinstrumenten des Nationalismus und des Rassismus. Sexismus, Nationalismus, Rassismus oder Antisemitismus als Grundstruktur nationalstaatlich organisierter ideologischer Herrschaft fungieren nicht nur als bewusst eingesetzte politische Herrschaftsinstrumente sondern entwickeln sich damit auch zur gelebten Praxis konkreter Menschen und ihrer gesellschaftlichen Strukturen. Historisch kommen sie aus der Lebenspraxis der Menschen und werden herrschaftsförmig aufgegriffen und ideologisch funktionalisiert.

4. Weltweite Ausbeutung und nationale Herrschaft

Bevor ich auf die doppelte Funktion rassistischer Ideologien im Rahmen der Organisierung nationaler Verwertung eingehen möchte, komme ich noch einmal zu dem vorher aufgemachten Widerspruch zwischen allgemeinen Kapitalinteressen an billigen Arbeitskräften und der für die nationalstaatliche Organisierung der Verwertungszonen notwendigen militärisch gesicherten Grenzen und Abschottung nach Außen und der Exklusionen durch

Rassismus nach Innen zurück. Da in der BRD durch rassistische Parolen immer noch Wahlen gewonnen werden können (siehe z.B. die Landtagswahl in Hessen 1999), ist deren Instrumentalisierung funktional für die Politik. Entsprechend manifestierte sich in der Debatte um das Einwanderungsbegrenzungs-gesetz der aufgemachte Widerspruch als Differenz zwischen Anforderungen des Kapitals und konservativen Politikvorstellungen. So versuchte allen voran die CDU/CSU durch populistisch-rassistische Stimmungsmache gegen „Sans Papiers“ und MigrantInnen, die mit Schuld daran seien, dass dem Staat die Steuereinnahmen wegbrächen und die den Deutschen ‚ihre‘ Arbeitsplätze wegnähmen, eine restriktive Einwanderungspolitik durchzusetzen. Die SPD/Grünen Regierung stand in dieser Debatte für die Interessen des Großkapitals nach einem Ende des Zuwanderungstops und versuchte, diese Anforderungen als nationale Interessen durch eine geforderte Selektion der Zuwanderung nach Verwertbarkeitskriterien zu vermarkten. Durchgesetzt haben sich in dieser Auseinandersetzung schließlich die rassistischen Positionen.

An dem aktuellen Beispiel zeigt sich sehr deutlich, wie innerhalb des Staates als institutionalisiertem Apparat und Austragungsort von Machtkämpfen unterschiedliche Kapitalfraktionen und rechtskonservative TechnokratInnen um einen innenpolitischen Kompromiss ringen. Der Widerspruch zwischen dem Zusammenhang von kapitalistischer Verwertung und Migration auf der einen und der Schaffung einer nationalen Gemeinschaft zur Organisierung dieser Verwertung auf der anderen Seite ist immer zu verstehen als ein mehr oder weniger labiles Gleichgewicht zwischen Verwertbarkeitsanforderungen und innerer politischer Stabilität. Zur ideologischen Aufrechterhaltung der Ordnung wird sowohl der staatlich organisierte Ausschluss bestimmter Bevölkerungsteile als potentielle ArbeiterInnen als auch der Aufbau von Barrieren für neue ArbeiterInnen in Kauf genommen. „Ein expandierendes kapitalistisches System (und es expandiert während der Hälfte der Zeit) benötigt die gesamte Arbeitskraft, die es finden kann, weil nur sie die Güter hervorbringt, mittels derer mehr Kapital produziert, realisiert und akkumuliert werden kann. Von daher ist der Ausschluss aus dem System sinn- und zwecklos. Doch zur Maximierung der Kapitalakkumulation ist es notwendig, zugleich die Produktionskosten (und mithin die Kosten der Arbeitskraft) und die Kosten, die durch politische Störungen entstehen, zu minimieren (das heißt, den politischen Protest der Arbeiterschaft möglichst gering zu halten, denn gänzlich beseitigen lässt er sich nicht). Der Rassismus ist die Zauberformel, die diese Zielvorstellungen miteinander in Einklang bringt.“ (Wallerstein 1990: 44)

5. Rassismus – zur Funktion einer “Zauberformel“

Rassismus als Herrschaftsinstrument hat eine ähnliche Funktionsweise wie Herrschaft im Allgemeinen, verständlich als Kombination und Verzahnung von repressiver staatlicher Gewalt und Ideologie. Hierbei gibt es immer ein Wechselspiel zwischen lokalen gesellschaftlichen Zusammenhängen, in denen sich Ausbeutung und Unterdrückung in den konkreten Lebenspraxen und sozialen Netzen reproduziert und dem Aufgreifen aber auch Implementieren dieser lokalen Reproduktion durch ideologische Apparate. Das Ausländergesetz, das Asylverfahrensgesetz und das Asylbewerberleistungsgesetz bilden den rechtlichen Rahmen der Entrechtung von Menschen, deren Illegalisierung und gesellschaftlicher Exklusion. Die staatliche Durchsetzung organisieren die juristischen Apparate, die den Gesetzen ihre objektive Legitimation verleihen in Kombination mit der Repression als direkte Gewalt rassistischer Polizeiübergriffe, als Abschieberegime oder in Form neuer ‚Ausreisezentren‘. Die gesellschaftliche Absicherung übernimmt die Ideologieproduktion, in dessen Rahmen das Schüren rassistischer Denkformen und Gewaltexzesse eine zentrale Stellung einnimmt. Hierbei ist ein Wechselspiel der gegenseitigen Legitimationen zu beobachten. Erst durch die ausländergesetzlichen Rahmenbedingungen werden die Bilder produziert, die dann im Rahmen rassistischer Ideologien als Vergegenständlichung und Begründung des gesellschaftlichen Ausschlusses fungieren. Dies zeigt sich z.B. an den Kriminalitätsstatistiken, die aufzeigen, dass MigrantInnen vermehrt straffällig sind, jedoch nicht aufzeigen, dass ein Großteil der ‚Straftaten‘ sich erst aus den ausländerrechtlichen Verboten ergeben und von Menschen mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus überhaupt nicht begangen werden können.

Die doppelte Funktion von Rassismus lässt sich nun folgendermaßen beschreiben: Auf der einen Seite dienen rassistische Ideologien als Herrschaftsinstrument bzw. die verschiedenen ideologischen Mechanismen zur Schaffung gegeneinander ausspielbarer Ausgrenzungsstrukturen zur innenpolitischen Stabilität und Herrschaft. Über das ‚Dazugehören‘ einer Mehrheit der Bevölkerung in meist mehreren virtuellen Ingroups wird die Zustimmung zum Staat und zur nationalen Gemeinschaft organisiert. Hierbei wird der Staat als zentrale Instanz zur Organisation von ideologischer Herrschaftslegitimation zum Dreh- und Angelpunkt der konstituierten nationalistischen oder rassistisch-patriarchalen Gemeinschaften. Ziel ist es, Partialinteressen des Kapitals und der politischen Technokratie als Allgemeininteresse im Rahmen der Organisation von Hegemonie zu installieren.

Die zweite Funktion von Rassismus liegt in der empirischen Verschränkung der Auswirkungen dieser innenpolitischen Auseinandersetzungen. Der ideo-

logisch begründete Ausschluss von Teilen der Bevölkerung manifestiert sich in der Realität in der rechtlichen und gesellschaftlichen Segregationen mittels ausländergesetzlicher und rassistischer Mechanismen, derzeit in erster Linie gegen hier lebende MigrantInnen und Flüchtlinge. Dieser staatlich organisierte und institutionalisierte Ausschluss von MigrantInnen schafft erst die Voraussetzung für die billigen Löhne eines ethnisierten Arbeitsmarktes und der durch MigrantInnen verrichteten irregulären Arbeit. Ein ethnisierte Arbeitsmarkt ist in dem Sinne funktional für das Kapital und durchlässige Nationalgrenzen bilden wie auch die damit verbundene institutionalisierte Form der Differenzierung von Menschen durch den Ein- und Ausschluss in oder aus gesetzlich garantierten Rechten ein konstitutives Moment nationalstaatlicher Produktionsbedingungen im Kapitalismus. So hat sich der Arbeitsmarktsektor der irregulären Arbeit von MigrantInnen ohne Papiere und eine ethnisierte Segmentierung der regulären Sektoren als ökonomische Basis der westeuropäischen und amerikanischen Verwertungszonen herausgebildet. Ohne diesen würde ein Großteil der landwirtschaftlichen Produktion, des Gastronomie-, Haushaltshilfe-, Bau- oder Prostitutionsgewerbes innerhalb der kapitalistischen Zentren zusammenbrechen. Die hier skizzierte scheinbar gegensätzliche Doppelbewegung ist nun folgendermaßen aufschlüsselbar: Die eine Bewegung beschreibt die Migration als dem Kapitalismus inhärent, als eine zentrale Grundstruktur kapitalistischer Ausbeutung. Grundlage der Bewegung ist das gewaltgestützte Inbewegungsetzen der Ware Arbeitskraft. Dahinter steht immer das Ziel, zu teure oder nach Verwertungsgesichtspunkten zu ‚schlechte‘ Arbeitskraft austauschen zu können und einen allgemein niedrigen Durchschnittslohn zu installieren. Die scheinbare Gegenbewegung liegt in dem Aufbau nationalstaatlicher Grenzen, einer bevorzugten ‚nationalen‘ Arbeiter-Innenschaft und der innenpolitischen Entrechtung und dem damit verbundenen gesellschaftlichen Ausschluss von Teilen der arbeitsfähigen Bevölkerung. Der Rassismus verbindet diese beiden Bewegungen als Kombination einer forcierten Ausbeutung unterhalb der je nationalen Kompromisse bei gleichzeitiger Stärkung der innenpolitischen ideologischen Herrschaft. Zentraler Mechanismus aller ideologischen Herrschaftsstrukturen ist der Ausschluss eines Teiles der Bevölkerung zur Konstituierung einer bevorzugten Mehrheit im Einschluss. Die rassistischen Segregationsmechanismen funktionieren als „Teile und Herrsche“ durch das Ausspielen der Bewegungen gegeneinander. Rassismus spaltet die ausgebeutete Bevölkerung eines Gebietes in scheinbare GewinnerInnen, in legitime Zugehörige zum nationalen Kollektiv und in die ‚SchmarotzerInnen‘, die dafür verantwortlich gemacht werden, dass kapitalistische Ausbeutung Ungleichheit produziert und die gleichzeitig die schlechtbezahltesten und körperlich

verschleißendsten Arbeiten übernehmen müssen. Kapitalistische Verwertung ist ein labiles System der Herrschaft weniger über viele, welches seinen reibungslosen Ablauf erst in der ideologischen Formierung der Untertanen zu freiwilligen ArbeiterInnen findet.

Widerstand als Gegenwehr der Ausgebeuteten formiert sich so immer wieder und manifestiert sich historisch in vielen Niederlagen und partiellen Erfolgen. Im Rassismus in Verschränkung mit Sexismus und dem damit zusammenhängenden Nationalismus und Antisemitismus verschmilzt die Instabilität kapitalistischer Ausbeutung zu einer symbolischen Formierung und Einteilung der einzelnen Subjekte. So wird Rassismus und Sexismus als Aus- und Eingrenzungsstruktur zur zentralen Matrix der Aufrechterhaltung der Hegemonie, die die Bevölkerung zerteilt und die Teile in Konkurrenz zueinander und wieder zu einem staatsförmigen hegemonialen Block zusammensetzt. So können die gegenläufigen Bewegungen ideologisch umgepolt und herrschaftsförmig umgedeutet werden. Gleichzeitig werden fast alle zu realen ProfiteurInnen dieser ideologischen Differenzierung im Rahmen der konkreten gesellschaftlichen Strukturen: der Mann an der Arbeit der Frau, die weiße Frau an der Arbeit der migrantischen Frau, der migrantische Mann an der Arbeit der migrantischen Frau etc.

Die Strategie westlicher Staaten, Migration durch Kriege, ‚Struktur-anpassungsprogramme‘ und weltweite Deregulierung als Grundbewegung globaler Mehrwertaneignung zu forcieren und gleichzeitig die Migrierenden scheinbar nicht zu wollen und so die Entrechtung zu legitimieren, verbinden sich so zu einem zentralen Knotenpunkt als Verschmelzung von kapitalistischer Ausbeutung und symbolisch-ideologischer Herrschaft. Nebeneffekt der weltweiten Herrschaft des Kapitals ist die Zerteilung der widerständigen Bewegungen und Menschen in ‚nationale‘ Einheiten. Während das Kapital sich immer mehr transnational organisiert um gegen lokale soziale Bewegungen die eigenen Interessen durchsetzen zu können, ist dieser Schritt bei den sozialen Gegenkräften erst am Anfang und scheint immer wieder an der Wirksamkeit nationaler, rassistischer und sexistischer Ideologien zu scheitern.

Dieser Knotenpunkt muss nun Ansatzpunkt von Widerstand sein, ideologisch als Kampf um die Hegemonie, konkret als Kampf gegen die Entrechtung und die Mechanismen der In- und Exklusionen durch den Aufbau solidarischer und kollektiver Strukturen und Lebensweisen. Langfristig geht es dann um die gemeinsame revolutionäre Inbesitznahme der Produktionsstätten und dem Aufbau kollektiver (nichtkapitalistischer) (Re)produktions- und Lebensweisen, in denen weder Differenzierungen nach Geschlechtern oder anderer scheinbar biologischer Merkmale Herrschaft produzieren.

Diese Strukturanalyse weltweiter Migration und nationaler Herrschaft schließt die Subjektperspektive und sozialen Gegenbewegungen und Widerstände nicht aus. Nur als Wechselspiel von Strukturebene als Handlungsräume strukturierende gewaltförmige Herrschafts- und Ausbeutungsregimes und der (lokalen) Handlungsebene Einzelner und sozialer Gegenkräfte ist die Wirklichkeit aufschlüsselbar – als widersprüchliche Entwicklung von immer auch widerständigen Subjekten, die versuchen, vorgefundene Gesellschaftsformationen zu verändern. In gewaltförmigen Gesellschaften wie der unsrigen sind die Handlungsmöglichkeiten strukturell beschränkt, doch die Offenheit der Geschichte und die partiellen Erfolge emanzipativer Kämpfe sind Augenzeuginnen von zukünftigen Veränderungen.

Literatur

- Düvell, Frank: Die Globalisierung der Migrationskontrolle. In: Materialien für einen neuen Antiimperialismus 7: Die Globalisierung des Migrationsregimes, Berlin, 2002.
- Haug, Wolfgang Fritz: Elemente einer Theorie des Ideologischen, Hamburg, 1993.
- Kohlmorgen, Lars: Regulation Klasse Geschlecht, Münster, 2004.
- Marx, Karl: Das Kapital, MEW 23, Berlin, 1890/1977.
- Poulantzas, Nicos: Staatstheorie – Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg, 2002.
- Wallerstein, Immanuel: Ideologische Spannungsverhältnisse im Kapitalismus: Universalismus vs. Sexismus und Rassismus. In: Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel: Rasse Klasse Nation, Hamburg, 1990.